

Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2013

109 Grundlagen

135 Segmentberichterstattung

139 Erläuterungen zur
Konzern-Gesamtergebnisrechnung

143 Erläuterungen zur Konzernbilanz

176 Sonstige Angaben

I. GRUNDLAGEN

ALLGEMEINE ANGABEN

Die Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder (nachfolgend auch „FP Holding“ genannt), besteht in der Rechtsform der Aktiengesellschaft und ist im Handelsregister des Amtsgerichts Neuruppin unter HRB 7649 eingetragen. Der Sitz der Gesellschaft befindet sich im Triftweg 21–26, 16547 Birkenwerder, Deutschland. Der Konzernabschluss der FP Holding für das zum 31. Dezember 2013 endende Geschäftsjahr umfasst die FP Holding und ihre Tochtergesellschaften (nachfolgend auch „FP-Konzern“ oder „FP-Gruppe“ genannt).

Der FP-Konzern ist ein international tätiges Unternehmen im Bereich der Postausgangsverarbeitung mit einer 90-jährigen Geschichte. Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit liegt in dem traditionellen Produktgeschäft, welches aus der Entwicklung, Herstellung und dem Vertrieb von insbesondere Frankiermaschinen, aber auch Kuvertiermaschinen und dem After-Sales-Geschäft besteht. Durch ihre Tochtergesellschaft freesort und ihre Mehrheitsbeteiligungen an der iab und der Mentana-Claimsoft bietet die FP-Gruppe ihren Kunden in Deutschland zudem auch Sortier- und Konsolidierungsdienstleistungen sowie Hybrid-Mail-Produkte und Produkte zur vollelektronischen Kommunikation an.

Der Vorstand der Francotyp-Postalia Holding AG hat den Konzernabschluss am 31. März 2014 zur Weitergabe an den Aufsichtsrat freigegeben. Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Konzernabschluss zu prüfen und zu erklären, ob er diesen billigt.

ÜBEREINSTIMMUNGSKLÄRUNG

Die FP Holding hat ihren Konzernabschluss zum 31. Dezember 2013 nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, sowie den ergänzend nach § 315a Abs. 1 Handelsgesetzbuch (HGB) anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt.

GRUNDLAGEN DER RECHNUNGSLEGUNG

Die Francotyp-Postalia Holding AG fungiert als Konzernobergesellschaft, unter der die FP-Gruppe konsolidiert wird. Die Geschäftsjahre entsprechen für sämtliche Konzerngesellschaften dem Kalenderjahr.

Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht der FP Holding zum 31. Dezember 2013 wurden gemäß § 315a Abs. 1 HGB nach den am Abschlussstichtag in der EU gültigen, verpflichtend anzuwendenden International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt und werden beim elektronischen Bundesanzeiger eingereicht und veröffentlicht.

Der Konzernabschluss ist in Euro aufgestellt. Alle Beträge werden – soweit nicht anders dargestellt – zum Zweck der Übersichtlichkeit und Vergleichbarkeit grundsätzlich in Tausend Euro (TEUR) angegeben. Durch kaufmännische Rundungen von Einzelpositionen und Prozentangaben kann es zu geringfügigen Rechendifferenzen kommen.

Die Gliederung der Konzernbilanz erfolgt in Anwendung von IAS 1 nach dem Prinzip der Fristigkeit. Die Bilanzposten werden deshalb in langfristige und kurzfristige Vermögenswerte bzw. Schulden aufgeteilt. Vermögenswerte und Schulden werden grundsätzlich dann als kurzfristig eingestuft, wenn sie eine Restlaufzeit oder einen Umschlag im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von weniger als einem Jahr haben. Entsprechend werden Vermögenswerte und Schulden dann als langfristig klassifiziert, wenn sie länger als ein Jahr im Unternehmen verbleiben.

Die Konzern-Gesamtergebnisrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

STETIGKEIT DER BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN SOWIE ANPASSUNGEN VON ANHANGANGABEN FÜR DAS VORJAHR

Die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind gegenüber denen des Vorjahres unverändert.

ANWENDUNG NEUER UND ÜBERARBEITETER IFRS-VORSCHRIFTEN

Grundsätzlich wendet der FP-Konzern neue und überarbeitete IFRS-Vorschriften erst ab dem Zeitpunkt an, zu dem sie verpflichtend anzuwenden sind. Zu bestimmten neuen oder überarbeiteten IFRS-Vorschriften nimmt der FP-Konzern nachfolgend Stellung.

ANGABEPFLICHTIGE VORSCHRIFTEN NACH IAS 8.28

Amendments to IFRS 7 – Offsetting Financial Assets and Financial Liabilities

Mit dieser Änderung zu IFRS 7 werden die Anhangangaben zu verrechneten und verrechenbaren Finanzinstrumenten erweitert.

Der FP-Konzern ist den erweiterten Angabepflichten nachgekommen (siehe Ausführungen in Abschnitt IV., Tz. 26).

IFRS 13 – Fair Value Measurement

Mit diesem Standard wird die Fair Value-Bewertung in IFRS-Abschlüssen einheitlich geregelt. Alle nach anderen Standards geforderten Fair Value-Bewertungen haben nunmehr den einheitlichen Vorgaben des IFRS 13 zu folgen; lediglich für IAS 17 und IFRS 2 gibt es weiter eigene Regelungen. Der Standard ersetzt und erweitert zudem die Angabepflichten hinsichtlich der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert in anderen IFRS.

Der Fair Value nach IFRS 13 ist als exit price definiert, d. h. als Preis, der erzielt werden würde durch den Verkauf eines Vermögenswertes, bzw. als Preis, der gezahlt werden müsste, um eine Schuld zu übertragen. Wie bereits bislang aus der Fair Value-Bewertung finanzieller Vermögenswerte bekannt, wird ein 3-stufiges Hierarchiesystem eingeführt, das bezüglich der Abhängigkeit von beobachtbaren Marktpreisen abgestuft ist.

In Übereinstimmung mit den Übergangsvorschriften des IFRS 13 hat der FP-Konzern die neuen Vorschriften zur Bewertung zum beizulegenden Zeitwert prospektiv angewendet. Die Änderung hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf die Bewertungen der Vermögenswerte und Schulden des Konzerns.

Amendments to IAS 1 – Presentation of Items of Other Comprehensive Income

Dieses Amendment hat die Darstellung des sonstigen Ergebnisses in der Gesamtergebnisrechnung geändert. Die Posten des sonstigen Ergebnisses, die später unter bestimmten Bedingungen in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden („recycling“), werden nunmehr separat von den Posten des sonstigen Ergebnisses dargestellt, die niemals reklassifiziert werden. Sofern die Posten brutto, d. h. ohne Saldierung mit Effekten aus latenten Steuern, ausgewiesen sind, werden die latenten Steuern nunmehr nicht mehr in einer Summe ausgewiesen, sondern den beiden Gruppen von Posten zugeordnet. Der FP-Konzern ist den veränderten Ausweispflichten nachgekommen und hat das sonstige Ergebnis kategorisiert.

Amendments to IAS 12 – Recovery of underlying assets

Bei als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien ist es oftmals schwierig zu beurteilen, ob sich bestehende temporäre steuerliche Differenzen im Rahmen der fortgeführten Nutzung oder im Zuge einer Veräußerung umkehren. Mit der Änderung des IAS 12 ist nun klargestellt geworden, dass die Bewertung der latenten Steuern auf Basis der widerlegbaren Vermutung zu erfolgen hat, dass die Umkehrung durch Veräußerung erfolgt.

Die Änderung hat keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der FP-Holding.

IAS 19 – Employee Benefits (revised 2011)

Die wesentlichste Änderung aus der Überarbeitung des IAS 19 (revised 2011) betrifft die Bilanzierung von Pensionsverpflichtungen aus leistungsorientierten Versorgungsplänen. Bislang gab es ein Wahlrecht, wie die sogenannten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste im Abschluss erfasst werden können. Diese konnten entweder

- a) ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung,
- b) sofort und vollständig im sonstigen Ergebnis (OCI) oder
- c) zeitverzögert nach der sogenannten Korridor-methode erfasst werden.

Mit der Neufassung des IAS 19 ist dieses Wahlrecht für eine transparentere und vergleichbarere Abbildung abgeschafft worden, sodass nunmehr nur noch eine unmittelbare und vollumfängliche Erfassung im Jahr der Entstehung zulässig ist. Die Erfassung ist verpflichtend im sonstigen Ergebnis vorzunehmen. Außerdem ist nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand jetzt im Jahr der Entstehung direkt im Gewinn oder Verlust zu erfassen.

Zudem wurden bislang zu Beginn der Rechnungsperiode die erwarteten Erträge des Planvermögens anhand der Erwartungen des Managements über die Wertentwicklung des Anlageportfolios ermittelt. Mit Anwendung des IAS 19 (revised 2011) ist nur noch eine typisierende Verzinsung des Planvermögens in Höhe des Diskontierungszinssatzes der Pensionsverpflichtungen zu Periodenbeginn zulässig.

Neben der Änderung der Bilanzierung ergeben sich auch geänderte Anhangangaben, z. B. in Form von Sensitivitätsanalysen.

Da der Konzern bislang die sogenannte Korridor-methode zur Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste angewendet hatte, hat sich aus der rückwirkenden Umstellung zum 1. Januar 2012 zunächst eine niedrigere Rückstellung ergeben. 2012 führte die Neubewertung zu einer deutlichen Erhöhung der Pensionsrückstellungen. Zudem wird das operative Ergebnis nach der neuen Methode nicht durch die Amortisation des den Korridor übersteigenden Betrags beeinflusst, stattdessen hat sich eine stärkere Belastung des sonstigen Ergebnisses ergeben.

Die geänderte Definition der Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses (termination benefits) wirkt sich auf die Bilanzierung der im Rahmen von Altersteilzeitvereinbarungen zugesagten Aufsto-

ckungsbeträge aus. Bislang wurden die Aufstockungsbeträge als Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses klassifiziert und demzufolge im Zeitpunkt der Vereinbarung eines Altersteilzeitvertrags mit ihrem Gesamtbetrag zurückgestellt. Aufgrund der definitorischen Änderung der Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses erfüllt der Aufstockungsbetrag bei Anwendung des IAS 19 (revised 2011) nicht mehr die Voraussetzungen für das Vorliegen von Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Es handelt sich vielmehr grundsätzlich um andere langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer, die über die betreffende Dienstzeit der Arbeitnehmer ratierlich anzusammeln sind.

Infolge der geänderten Definition für Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses stellen die im Rahmen von Altersteilzeitvereinbarungen zugesagten Aufstockungsbeträge nunmehr andere langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer dar. Aufgrund der rückwirkenden Umstellung hat sich im Wesentlichen eine geringere Rückstellung ergeben.

Die Auswirkungen aufgrund des geänderten IAS 19 (revised 2011) auf die Posten der Bilanz, der Gesamtergebnisrechnung und der Kapitalflussrechnung für das Vorjahr und für das laufende Jahr werden in nachfolgenden Tabellen dargestellt:

**Auswirkungen der geänderten Bilanzierungsmethoden
auf leistungsorientierte Pläne**
*Auswirkungen der geänderten Bilanzierungsmethoden
auf die Bilanz*

KONZERN PENSIONEN UND ALTERSTEILZEITVEREINBARUNGEN

			in TEUR
1.1.2012	Wie zuvor berichtet	Auswirkungen der geänderten Bilanzierungs- methode	angepasst
Latente Steueransprüche	9.270	-167	9.103
Eigenkapital	15.887	404	16.291
– davon Verlustvortrag	-31.171	49	-31.122
– davon Neubewertung der Nettoschuld aus leistungsorientierten Versorgungsplänen	0	323	323
– davon nicht beherrschende Anteile	634	32	666
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	12.146	-497	11.649
Sonstige Rückstellungen	2.188	-67	2.121
Latente Steuerverbindlichkeiten	1.097	-7	1.090

KONZERN PENSIONEN UND ALTERSTEILZEITVEREINBARUNGEN

			in TEUR
31.12.2012	Wie zuvor berichtet	Auswirkungen der geänderten Bilanzierungs- methode	angepasst
Latente Steueransprüche	6.469	433	6.902
Eigenkapital	23.244	-1.673	21.571
– davon Konzernergebnis nach Anteilen anderer Gesellschafter	4.120	4	4.124
– davon Verlustvortrag	-31.171	49	-31.123
– davon Neubewertung der Nettoschuld aus leistungsorientierten Versorgungsplänen	0	-1.742	-1.742
– davon nicht beherrschende Anteile	475	17	492
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	12.235	2.396	14.631
Sonstige Rückstellungen	1.822	-72	1.750
Latente Steuerverbindlichkeiten	928	-218	710

KONZERN PENSIONEN UND ALTERSTEILZEITVEREINBARUNGEN

		in TEUR
31.12.2013		Leistungsorientierte Pläne
Latente Steueransprüche		435
Eigenkapital		-1.221
– davon Konzernergebnis		119
– davon Neubewertung der Nettoschuld aus leistungsorientierten Versorgungsplänen		-1.372
– davon nicht beherrschende Anteile		32
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		1.766
Sonstige Rückstellungen		-72
Latente Steuerverbindlichkeiten		-38

Auswirkungen der geänderten Bilanzierungsmethoden auf die Gesamtergebnisrechnung

KONZERN PENSIONEN UND ALTERSTEILZEITVEREINBARUNGEN

2012	Wie zuvor berichtet	Auswirkungen der geänderten Bilanzierungsmethode	in TEUR angepasst
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	930	-6	924
Steueraufwand	12.208	2	12.210
Sonstiges Ergebnis			
– Neubewertungen von leistungsorientierten Plänen	0	-2.080	-2.080
– davon Steuern	0	813	813
– davon für nicht beherrschende Anteile	0	-15	-15

KONZERN PENSIONEN UND ALTERSTEILZEITVEREINBARUNGEN

2013	Leistungsorientierte Pläne	in TEUR
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		-93
Steueraufwand		26
Sonstiges Ergebnis		
– Neubewertungen von leistungsorientierten Plänen		385
– davon Steuern		-152
– davon für nicht beherrschende Anteile		15

Auswirkungen auf das Ergebnis je Aktie ergaben sich im laufenden und im vorangegangenen Jahr nicht.

andere angegeben, werden die Auswirkungen auf den FP-Konzernabschluss derzeit geprüft.

Improvements to IFRS 2009 – 2011

Im Rahmen des *annual improvement project* wurden Änderungen an fünf Standards vorgenommen. Mit der Anpassung von Formulierungen in einzelnen IFRS soll eine Klarstellung der bestehenden Regelungen erreicht werden. Daneben gibt es Änderungen mit Auswirkungen auf die Bilanzierung, den Ansatz, die Bewertung sowie auf Anhangangaben. Betroffen sind die Standards IAS 1, IAS 16, IAS 32, IAS 34 und IFRS 1.

Die Änderungen haben keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der FP-Holding.

Angabepflichtige Vorschriften nach IAS 8.30

Für die folgenden neuen oder geänderten Standards und Interpretationen, die verpflichtend erst in späteren Geschäftsjahren anzuwenden sind, plant der FP-Konzern keine frühzeitige Anwendung. Soweit nicht

a) EU Endorsement ist bereits erfolgt

IFRS 10 – Consolidated Financial Statements

Mit diesem Standard wird der Begriff der Beherrschung („control“) neu und umfassend definiert. Beherrscht ein Unternehmen ein anderes Unternehmen, hat das Mutterunternehmen das Tochterunternehmen zu konsolidieren. Nach dem neuen Konzept ist Beherrschung gegeben, wenn das potenzielle Mutterunternehmen die Entscheidungsgewalt aufgrund von Stimmrechten oder anderen Rechten über das potenzielle Tochterunternehmen hat, es an positiven oder negativen variablen Rückflüssen aus dem Tochterunternehmen partizipiert und diese Rückflüsse durch seine Entscheidungsgewalt beeinflussen kann.

Der neue Standard ist erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen. IFRS 10 ist – mit bestimmten Ausnahmen – retrospektiv anzuwenden.

Für den FP-Konzern ergeben sich keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

IFRS 11 – Joint Arrangements

Mit IFRS 11 wird die Bilanzierung von gemeinsamen Vereinbarungen (Joint Arrangements) neu geregelt. Nach dem neuen Konzept ist zu entscheiden, ob eine gemeinschaftliche Tätigkeit (Joint Operation) oder ein Gemeinschaftsunternehmen (Joint Venture) vorliegt. Eine gemeinschaftliche Tätigkeit liegt vor, wenn die gemeinschaftlich beherrschenden Parteien unmittelbare Rechte an den Vermögenswerten und Verpflichtungen für die Verbindlichkeiten haben. Die einzelnen Rechte und Verpflichtungen werden anteilig im Konzernabschluss bilanziert. In einem Gemeinschaftsunternehmen haben die gemeinschaftlich beherrschenden Parteien dagegen Rechte am Nettovermögen. Dieses Recht wird durch Anwendung der Equity-Methode im Konzernabschluss abgebildet, das Wahlrecht zur quotalen Einbeziehung in den Konzernabschluss entfällt somit.

Der neue Standard ist erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen. Für den Übergang z. B. von der Quotenkonsolidierung auf die Equity-Methode bestehen spezifische Übergangsvorschriften. Für den FP-Konzern ergeben sich keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

IFRS 12 – Disclosure of Interests in Other Entities

Dieser Standard regelt die Angabepflichten in Bezug auf Anteile an anderen Unternehmen. Die erforderlichen Angaben sind erheblich umfangreicher gegenüber den bisher nach IAS 27, IAS 28 und IAS 31 vorzunehmenden Angaben.

Der neue Standard ist erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen. Die Änderungen haben keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der FP-Holding.

Amendments to IFRS 10, IFRS 11 and IFRS 12 – Transition Guidance

Die Änderungen beinhalten eine Klarstellung und zusätzliche Erleichterungen beim Übergang auf IFRS 10, IFRS 11 und IFRS 12. So werden angepasste Vergleichsinformationen lediglich für die vorhergehende Vergleichsperiode verlangt. Darüber hinaus entfällt im Zusammenhang mit Anhangangaben zu nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen (structured entities) die Pflicht zur Angabe von Vergleichsinformationen für Perioden, die vor der Erstanwendung von IFRS 12 liegen.

Die Änderungen der IFRS 10, IFRS 11 und IFRS 12 sind erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen. Die Änderungen haben keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der FP-Holding.

Amendments to IFRS 10, IFRS 12 and IAS 27 – Investment Entities

Die Änderungen enthalten eine Begriffsdefinition für Investmentgesellschaften und nehmen derartige Gesellschaften aus dem Anwendungsbereich des IFRS 10 Consolidated Financial Statements heraus.

Investmentgesellschaften konsolidieren danach die von ihnen beherrschten Unternehmen nicht in ihrem IFRS-Konzernabschluss; dabei ist diese Ausnahme von den allgemeinen Grundsätzen nicht als Wahlrecht zu verstehen. Statt einer Vollkonsolidierung bewerten sie die zu Investitionszwecken gehaltenen Beteiligungen zum beizulegenden Zeitwert und erfassen periodische Wertschwankungen im Gewinn oder Verlust.

Die Änderungen haben keine Auswirkungen für einen Konzernabschluss, der Investmentgesellschaften umfasst, sofern nicht die Konzernmutter selbst eine Investmentgesellschaft ist. Die Änderungen sind erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen. Die Änderungen haben keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der FP-Holding.

Amendments to IAS 27 – Separate Financial Statements

Im Rahmen der Verabschiedung des IFRS 10 Consolidated Financial Statements werden die Regelungen für das Kontrollprinzip und die Anforderungen an die Erstellung von Konzernabschlüssen aus dem IAS 27 ausgelagert und abschließend im IFRS 10 behandelt (siehe Ausführungen zu IFRS 10). Im Ergebnis enthält IAS 27 künftig nur die Regelungen zur Bilanzierung von Tochtergesellschaften, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen in IFRS-Einzelabschlüssen.

Die Änderung ist erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen. Die Änderungen haben keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der FP-Holding.

Amendments to IAS 28 – Investments in Associates and Joint Ventures

Im Rahmen der Verabschiedung des IFRS 11 Joint Arrangements erfolgten auch Anpassungen an IAS 28. IAS 28 regelt – wie bislang auch – die Anwendung der Equity-Methode. Allerdings wird der Anwendungsbereich durch die Verabschiedung des IFRS 11 erheblich erweitert, da zukünftig nicht nur Beteiligungen an assoziierten Unternehmen, sondern auch an Gemeinschaftsunternehmen (siehe IFRS 11) nach der Equity-Methode bewertet werden müssen. Die Anwendung der quotalen Konsolidierung für Gemeinschaftsunternehmen entfällt mithin.

Eine weitere Änderung betrifft die Bilanzierung nach IFRS 5, wenn nur ein Teil eines Anteils an einem assoziierten Unternehmen oder an einem Joint Venture zum Verkauf bestimmt ist: Auf den zu veräußernden Anteil ist IFRS 5 anzuwenden, während der übrige (zurückzubehaltende) Anteil bis zur Veräußerung des erstgenannten Anteils weiterhin nach der Equity-Methode zu bilanzieren ist.

Die Änderung ist erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen. Die Änderungen haben keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der FP-Holding.

Amendments to IAS 32 – Offsetting Financial Assets and Financial Liabilities

Diese Ergänzung zum IAS 32 stellt klar, welche Voraussetzungen für die Saldierung von Finanzinstrumenten bestehen. In der Ergänzung wird die Bedeutung des gegenwärtigen Rechtsanspruchs zur Aufrechnung erläutert und klargestellt, welche Verfahren mit Bruttoausgleich als Nettoausgleich im Sinne des Standards angesehen werden können.

Die Änderung des IAS 32 ist erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen. Die Änderungen haben keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der FP-Holding.

Amendment to IAS 36 – Recoverable Amount Disclosures for Non-Financial Assets

Im Zuge einer Folgeänderung aus IFRS 13 Bemessung des beizulegenden Zeitwerts wurde eine neue Pflichtangabe zum Goodwill-Impairment-Test nach IAS 36 eingeführt: es ist der erzielbare Betrag der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten anzugeben, unabhängig davon, ob tatsächlich eine Wertminderung vorgenommen wurde. Da diese Anhangangabe unbeabsichtigt eingeführt wurde, wird sie mit diesem Amendment aus Mai 2013 wieder gestrichen.

Andererseits ergeben sich aus diesem Amendment zusätzliche Angaben, wenn eine Wertminderung tatsächlich vorgenommen wurde und der erzielbare Betrag auf Basis eines beizulegenden Zeitwerts ermittelt wurde.

Die Änderungen sind erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen. Der FP-Konzern ist den zusätzlichen Angaben nachgekommen.

Amendment to IAS 39 – Novation of Derivatives and Continuation of Hedge Accounting

Infolge dieser Änderung bleiben Derivate trotz einer Novation eines Sicherungsinstruments auf eine zentrale Gegenpartei infolge gesetzlicher Anforderungen unter bestimmten Voraussetzungen weiterhin als Sicherungsinstrumente in fortbestehenden Sicherungsbeziehungen designiert.

Die Änderungen sind erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen. Die Änderungen haben keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der FP-Holding.

b) EU Endorsement ist noch ausstehend

IFRS 9 – Financial Instruments

Die Bilanzierung und Bewertung von Finanzinstrumenten nach IFRS 9 wird IAS 39 ersetzen.

Finanzielle Vermögenswerte werden zukünftig nur noch in zwei Gruppen klassifiziert und bewertet: zu fortgeführten Anschaffungskosten und zum Fair Value. Die Gruppe der finanziellen Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten besteht aus solchen finanziellen Vermögenswerten, die nur den Anspruch auf Zins- und Tilgungszahlungen an vorgegebenen Zeitpunkten vorsehen und die zudem im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten werden, dessen Zielsetzung das Halten von Vermögenswerten ist. Alle anderen finanziellen Vermögenswerte bilden die Gruppe zum Fair Value. Unter bestimmten Voraussetzungen kann für finanzielle Vermögenswerte der ersten Kategorie – wie bisher – eine Designation zur Kategorie zum Fair Value („Fair Value Option“) vorgenommen werden.

Wertänderungen der finanziellen Vermögenswerte der Kategorie zum Fair Value sind grundsätzlich im Gewinn oder Verlust zu erfassen. Für bestimmte Eigenkapitalinstrumente jedoch kann vom Wahlrecht Gebrauch gemacht werden, Wertänderungen im sonstigen Ergebnis zu erfassen; Dividendenansprüche aus diesen Vermögenswerten sind jedoch im Gewinn oder Verlust zu erfassen.

Die Vorschriften für finanzielle Verbindlichkeiten werden grundsätzlich aus IAS 39 übernommen. Der wesentlichste Unterschied betrifft die Erfassung von Wertänderungen von zum Fair Value bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten. Zukünftig sind diese aufzuteilen: der auf das eigene Kreditrisiko entfallende Teil ist im sonstigen Ergebnis zu erfassen, der verbleibende Teil der Wertänderung ist im Gewinn oder Verlust zu erfassen.

Der Erstanwendungszeitpunkt von IFRS 9 ist derzeit noch offen, aber nicht vor dem 1. Januar 2017 zu erwarten.

Es werden keine wesentlichen Änderungen aus den Erstanwendungen für den FP-Konzern erwartet.

IFRS 9 – Hedge Accounting and Amendments to IFRS 9, IFRS 7 and IAS 39

Zielsetzung des neuen Hedge-Account-Modells unter IFRS 9 ist es, eine engere Verknüpfung zwischen dem Risikomanagementsystem und der bilanziellen Abbildung zu erreichen. Die weiterhin zulässigen Arten von Sicherungsbeziehungen sind das „Cash Flow Hedge Accounting“, „Fair Value Hedge Accounting“ und der „Hedge of an net investment in a foreign operation“.

Der Kreis für qualifizierende Grund- und Sicherungsgeschäfte wurde jeweils erweitert. So sind nun insbesondere Gruppen von Grundgeschäften, soweit sich die Grundgeschäfte einzeln für eine Designation qualifizieren, sowie Nettopositionen und Nettonullpositionen designierbar. Als Sicherungsinstrument ist grundsätzlich jedes Finanzinstrument geeignet, welches zum Fair Value bilanziert wird. Ausnahme hierzu sind Verbindlichkeiten, für die die Fair Value Option ausgeübt wurde sowie Eigenkapitalinstrumente unter der FVOCI-Option („fair value through other comprehensive income“) nach den Regelungen der Phase I.

Unter IFRS 9 wird auf die nach IAS 39 geforderten Bandbreiten von 80 % bis 125 % im Rahmen der Effektivitätsmessung verzichtet, sodass kein retrospektiver Effektivitätstest mehr durchzuführen ist. Der prospektive Effektivitätstest ist wie auch die Erfassung jeglicher Ineffektivität weiterhin erforderlich.

Eine Beendigung einer Sicherungsbeziehung ist nur möglich, wenn die hierfür definierten Voraussetzungen erfüllt sind; dies bedeutet, dass bei unveränderter Risikomanagementzielsetzung die Sicherungsbeziehungen zwingend fortzuführen sind.

Hinsichtlich der Risikomanagementstrategie, der Auswirkungen des Risikomanagements auf künftige Zahlungsströme sowie der Auswirkungen des Hedge Accountings auf den Abschluss sind erweiterte Anhangangaben zu machen.

Daneben ist die erfolgsneutrale Bilanzierung im sonstigen Ergebnis eigener Ausfallrisiken für finanzielle Verbindlichkeiten der FVO („Fair Value Option“) nun isoliert, d. h. ohne Anwendung der restlichen Anforderungen von IFRS 9 möglich.

Die Erstanwendung der neuen Regelungen zum Hedge Accounting folgt den Regelungen zur erstmaligen Anwendung von IFRS 9. Sicherungsbeziehungen sind aufgrund des Übergangs von IAS 39 auf IFRS 9 nicht zu beenden, sofern die Voraussetzungen und qualitativen Merkmale weiterhin erfüllt sind. Die bestehenden Regelungen nach IAS 39 sind wahlweise auch unter IFRS 9 weiterhin anwendbar.

Es werden keine Änderungen aus der Erstanwendung für den FP-Konzern erwartet.

Amendments to IFRS 9 and IFRS 7 – Mandatory Effective Date and Transition Disclosures

Die Änderungen ermöglichen einen Verzicht auf angepasste Vorjahreszahlen bei der Erstanwendung von IFRS 9. Ursprünglich war diese Erleichterung nur bei vorzeitiger Anwendung von IFRS 9 vor dem 1. Januar 2012 möglich.

Die Erleichterung bringt zusätzlichen Anhangangaben nach IFRS 7 im Übergangzeitpunkt mit sich. Der Erstanwendungszeitpunkt dieser Änderungen ist analog zu den Regelungen des IFRS 9 derzeit noch offen, aber nicht vor dem 1. Januar 2017 zu erwarten. Es werden keine wesentlichen Änderungen aus der Erstanwendung für den FP-Konzern erwartet.

Amendments to IAS 19 – Defined Benefit Plans: Employee Contributions

Mit den Änderungen werden die Vorschriften klargestellt, die sich mit der Zuordnung von Arbeitnehmerbeiträgen bzw. Beiträgen von dritten Parteien zu den Dienstleistungsperioden beschäftigen, wenn die Beiträge mit der Dienstzeit verknüpft sind. Darüber hinaus werden Erleichterungen geschaffen, wenn die Beiträge von der Anzahl der geleisteten Dienstjahre unabhängig sind.

Die Änderungen sind – vorbehaltlich einer noch ausstehenden Übernahme in EU-Recht – erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Juli 2014 beginnen. Es werden keine wesentlichen Änderungen aus der Erstanwendung für den FP-Konzern erwartet.

IFRIC 21 – Levies

IFRIC 21 *Abgaben* ist eine Interpretation zu IAS 37 *Rückstellungen, Eventualforderungen und Eventualverbindlichkeiten*. Geklärt wird vor allem die Frage, wann eine gegenwärtige Verpflichtung bei durch die öffentliche Hand erhobenen Abgaben entsteht und eine Rückstellung oder Verbindlichkeit anzusetzen ist. Nicht in den Anwendungsbereich der Interpretation fallen insbesondere Strafzahlungen und Abgaben, die aus öffentlich-rechtlichen Verträgen resultieren oder in den Regelungsbereich eines anderen IFRS fallen, zum Beispiel IAS 12 *Ertragsteuern*. Nach IFRIC 21 ist ein Schuldposten für Abgaben anzusetzen, wenn das die Abgabepflicht auslösende Ereignis eintritt. Dieses auslösende Ereignis, das die Verpflichtung begründet, ergibt sich wiederum aus dem Wortlaut der zugrundeliegenden Norm. Deren Formulierung ist insofern ausschlaggebend für die Bilanzierung.

Die Änderungen sind – vorbehaltlich einer noch ausstehenden Übernahme in EU-Recht – erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen. Es werden keine wesentlichen Änderungen aus der Erstanwendung für den FP-Konzern erwartet.

Improvements to IFRS 2010 – 2012

Im Rahmen des *annual improvement project* wurden Änderungen an sieben Standards vorgenommen. Mit der Anpassung von Formulierungen in einzelnen IFRS soll eine Klarstellung der bestehenden Regelungen erreicht werden. Daneben gibt es Änderungen mit Auswirkungen auf Anhangangaben. Betroffen sind die Standards IFRS 2, IFRS 3, IFRS 8, IFRS 13, IAS 16, IAS 24 und IAS 38.

Die Änderungen sind – vorbehaltlich einer noch ausstehenden Übernahme in EU-Recht – erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Juli 2014 beginnen bzw. die Änderung zu IFRS 2 auf anteilsbasierte Vergütungen, die am oder nach dem 1. Juli 2014 gewährt werden.

Es werden keine wesentlichen Änderungen aus der Erstanwendung für den FP-Konzern erwartet.

Improvements to IFRS 2011 – 2013

Im Rahmen des *annual improvement project* wurden Änderungen an vier Standards vorgenommen. Mit der Anpassung von Formulierungen in einzelnen IFRS soll eine Klarstellung der bestehenden Regelungen erreicht werden. Betroffen sind die Standards IFRS 1, IFRS 3, IFRS 13 und IAS 40.

Die Änderungen sind – vorbehaltlich einer noch ausstehenden Übernahme in EU-Recht – erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Juli 2014 beginnen. Es werden keine wesentlichen Änderungen aus der Erstanwendung für den FP-Konzern erwartet.

Angabepflichtige Vorschriften nach IAS 8.41

Rückwirkende Anwendung

In der Berichtsperiode wurden die Vorjahreszahlen entsprechend den Vorschriften des IAS 8 „Accounting policies, changes in accounting estimates and errors“ für den nachfolgenden Sachverhalt rückwirkend angepasst.

Mit Wirkung zum 30. September 2013 hat der Konzern die ursprünglich per 3. März 2011 erfolgte Erstkonsolidierung der mentana-claimsoft AG (jetzt Mentana-Claimsoft GmbH) geändert. Die Änderung der Bilanzierung erfolgte rückwirkend erfolgsneutral.

Im Kaufvertrag vom 3. März 2011 wurde zwischen den beiden Verkäufern der Geschäftsanteile der mentana-claimsoft AG und dem Käufer FP Holding AG eine Eigenkapitalgarantie vereinbart. Aufgrund der nunmehr endgültig vorliegenden Abschlüsse für die Geschäftsjahre 2010 und 2011 geht der FP-Konzern davon aus, dass eine Garantieverletzung seitens der Veräußerer zum Zeitpunkt der Kontrollerlangung bzw. Erstkonsolidierung vorlag.

Bei der Schadensersatzforderung aus der Garantieverletzung, die der FP-Konzern aufgrund des Kaufvertrages hat, handelt es sich um ein „financial asset“ bzw. ein „contractual right to receive cash“ gemäß IAS 32.11. Diese Forderung wäre nach IFRS 3.11ff als „asset acquired“ im Zeitpunkt der Erstkonsolidierung bzw. Kaufpreisallokation zu bilanzieren gewesen und hätte c.p. den ursprünglich ermittelten Unterschiedsbetrag aus der Kaufpreisallokation (Goodwill) in gleicher Höhe vermindert. Da das „one-year-window“ des IFRS 3.45, in dessen

Anwendungsbereich eine solche Korrektur gefallen wäre (neue Informationen über Assets und Liabilities und die Verhältnisse zum Akquisitionszeitpunkt, IFRS 3.45), abgelaufen ist, erfolgt eine Korrektur nach IAS 8.

Da alle „assets acquired“ zu bilanzieren sind, handelt es sich bei der Korrektur nach IAS 8 um eine Fehlerkorrektur nach IAS 8.41ff. In der Eröffnungsbilanz des Vorjahres (1. Januar 2012) wurde eine Forderung gegenüber den Verkäufern der Geschäftsanteile in Höhe von TEUR 434,5 ausgewiesen. Spiegelbildlich wurde der angesetzte Goodwill um den gleichen Betrag von TEUR 869 gemindert. Im Berichtsjahr wurde mit einem der beiden Verkäufer eine Vereinbarung über den Ausgleich der Forderung getroffen und abgewickelt. Somit wird per 31. Dezember 2013 noch eine Forderung in Höhe von TEUR 435 ausgewiesen.

Die beschriebenen Anpassungen sind in der Entwicklung der Konzernbilanz dargestellt. Eine verkürzte Darstellung der Anpassungen bezogen auf die jeweiligen betroffenen Abschlussposten sind nachfolgend tabellarisch aufgezeigt.

Die durchgeführten Korrekturen wirken sich bei beiden genannten Posten der Konzernbilanzen wie nachfolgend aus:

KONZERNBILANZ ZUM 1.1.2012				in TEUR	
Aktiva		1.1.2012 wie ausge- wiesen	Verän- derun- gen aus Anpas- sungen gemäß IAS 8	1.1.2012	
A. I.	2.	Geschäfts- oder Firmenwerte	10.016	-869	9.147
B. III.	4.	Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	9.169	869	10.038

**KONZERNBILANZ
 ZUM 31.12.2012**

in TEUR

Aktiva		31.12. 2012 wie ausge- wiesen	Verän- derun- gen aus Anpas- sungen gemäß IAS 8	31.12. 2012
A. I.	2. Geschäfts- oder Firmenwerte	10.016	-869	9.147
B. III.	4. Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	8.160	869	9.029

Auf die Konzern-Gesamtergebnisrechnung des Geschäftsjahres 2012 und für die Berichtsperiode (1. Januar 2013 bis 30. September 2013) haben sich keine Auswirkungen ergeben. Gleiches gilt für das Ergebnis je Aktie.

Konzernkreis

In den Konzernabschluss der FP Holding werden alle Unternehmen einbezogen, bei denen die Möglichkeit besteht, die Finanz- und Geschäftspolitik zu beherrschen (Tochterunternehmen). Tochterunternehmen werden ab dem Zeitpunkt in den Konzernabschluss einbezogen, ab dem die FP Holding die Möglichkeit der Beherrschung erlangt. Endet diese Möglichkeit, scheiden die entsprechenden Gesellschaften aus dem Konsolidierungskreis aus.

Gegenüber dem Konzernabschluss zum 31. Dezember 2012 kam es im Berichtszeitraum zu keiner Veränderung bei der Zusammensetzung des Konzernkreises. Der Konzernanteil an der Mentana-Claimsoft GmbH, Fürstenwalde, wurde von 51% auf 75,5% aufgestockt. Hieraus resultierte eine Erhöhung der (in Bezug auf die Mentana-Claimsoft negativen) nicht beherrschenden Anteile um TEUR 386. Demgegenüber steht eine Verminderung des Bilanzergebnisses des Konzerns von TEUR 651.

In den Konzernabschluss 2013 der FP-Gruppe sind neben der Francotyp-Postalia Holding AG dreizehn (im Vorjahr dreizehn) inländische und zehn (im Vorjahr zehn) ausländische Tochterunternehmen einbezogen (siehe die nachfolgende Aufstellung).

Ferner bestehen folgende drei Beteiligungen:

Eine Beteiligung von 49% an der FP Data Center Inc., Japan. Diese wird im Konzernabschluss 2013 zu Anschaffungskosten ausgewiesen (wie im Vorjahr). Es handelt sich dabei um ein Teleporto-Datenzentrum ohne eigenes Personal. Eine Bilanzierung at equity ist aufgrund von Unwesentlichkeit nicht erfolgt (wie im Vorjahr). Die finanziellen Eckdaten der FP Data Center Inc., Japan, stellen sich zum 31. Dezember 2013 wie folgt dar: Vermögenswerte: TEUR 812 (im Vorjahr TEUR 1.035), Verbindlichkeiten: TEUR 172 (im Vorjahr TEUR 260), Umsatzerlöse: TEUR 191 (im Vorjahr TEUR 254) und Jahresergebnis: TEUR 35 (im Vorjahr TEUR 70). Die Währungsumrechnung erfolgte zu einem Durchschnittskurs fürs Jahresergebnis von EUR 1 zu 129,65 Yen und zu einem Stichtagskurs für die Bilanzkennzahlen von EUR 1 zu 144,51 Yen.

Eine 99,99%-Beteiligung an der FP Systems India Private Limited, Mumbai, Indien. Sie wird im Konzernabschluss 2013 wie im Vorjahr zu Anschaffungskosten ausgewiesen. Die Gesellschaft ist bisher noch nicht operativ tätig. Eine Bilanzierung at equity bzw. eine Vollkonsolidierung ist aufgrund der Unwesentlichkeit wie im Vorjahr nicht erfolgt. Zum 31. Dezember 2013 beträgt das Eigenkapital TEUR 1 (im Vorjahr TEUR 4). Die Währungsumrechnung erfolgte zu einem Stichtagskurs für das Eigenkapital von 0,01173 EUR zu 1 Indische Rupie.

Eine weitere 100%-Beteiligung hält die Francotyp-Postalia Ltd., Dartford, Großbritannien, an der FP Direct Ltd., Dartford, Großbritannien. Sie wird im Konzernabschluss 2013 wie im Vorjahr zu Anschaffungskosten ausgewiesen. Die Gesellschaft ist bisher noch nicht operativ tätig und erstellte bisher auch noch keinen Abschluss. Eine Bilanzierung at equity bzw. eine Vollkonsolidierung ist aufgrund der Unwesentlichkeit wie im Vorjahr nicht erfolgt. Zum 31. Dezember 2013 beträgt das Eigenkapital unverändert GBP 1 (EUR 1,20).

Die Summe der Betriebsergebnisse der nicht konsolidierten Tochterunternehmen beträgt rund 0,4% des Konzern-Betriebsergebnisses. Der geschätzte Effekt einer Konsolidierung der Gesellschaften auf die Konzern-Bilanzsumme liegt bei rund 0,3% der Konzern-Bilanzsumme.

ANTEILSBESITZLISTE NACH § 313 HGB

Lfd. Nr.	Name und Sitz des Unternehmens	31.12.2013 Beteiligungsanteil in % ¹⁾
Konsolidierte Unternehmen		
1	Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland	
2	Francotyp-Postalia GmbH, Birkenwerder, Deutschland (kurz: „FP GmbH“)	100,00
3	freesort GmbH, Langenfeld, Deutschland (kurz: „freesort“)	100,00
4	internet access GmbH lilibit Berlin Gesellschaft für Kommunikation und Digitaltechnik, Berlin, Deutschland (kurz: „iab“)	51,01
5	IAB Verwaltungs- und Vertriebs GmbH, Berlin, Deutschland (36,99 % gehalten von Nr. 1; 63,01 % gehalten von Nr. 4)	100,00
6	FP Direkt Vertriebs GmbH, Birkenwerder, Deutschland	100,00
7	Francotyp-Postalia Vertrieb und Service GmbH, Birkenwerder, Deutschland	100,00
8	Francotyp-Postalia International GmbH, Birkenwerder, Deutschland	100,00
9	FP Hanse GmbH, Hamburg, Deutschland	100,00
10	FP InovoLabs GmbH, Birkenwerder, Deutschland	100,00
11	Frankierversand UG (haftungsbeschränkt), Birkenwerder, Deutschland	100,00
12	Francotyp-Postalia Unterstützungseinrichtung GmbH, Birkenwerder, Deutschland	100,00
13	FP Produktionsgesellschaft mbH, Wittenberge, Deutschland	100,00
14	Mentana-Claimsoft GmbH, Fürstenwalde, Deutschland	75,50
15	Francotyp-Postalia N.V./S.A., Zaventem, Belgien	99,97
16	Francotyp-Postalia GmbH, Wien, Österreich	100,00
17	Ruys Handelsvereniging B.V., Den Haag, Niederlande (kurz: „Ruys B.V.“)	100,00
18	Italiana Audion s. r. l, Mailand, Italien	100,00
19	Francotyp-Postalia Ltd., Dartford, Großbritannien (kurz: „FP Ltd.“)	100,00
20	Francotyp-Postalia Inc., Addison, Illinois, USA (kurz: „FP Inc.“)	100,00
21	Francotyp-Postalia Canada Inc., Markham, Kanada	100,00
22	Francotyp-Postalia Asia Pte. Ltd., Singapur	100,00
23	Francotyp-Postalia Sverige AB, Stockholm, Schweden	100,00
24	Francotyp-Postalia France SARL, Rungis, Frankreich	100,00
Nicht-konsolidierte Unternehmen		
25	FP Data Center Inc., Osaka, Japan	49,00
26	FP Systems India Private Limited, Mumbai, Indien (99,996 % gehalten von Nr. 2; 0,002 % gehalten von Nr. 1)	99,998
27	FP Direct Ltd., Dartford, Großbritannien (gehalten von Nr. 19)	100,00

1) Direkt und indirekt zurechenbare Anteile berücksichtigt.

KONSOLIDIERUNGSGRUNDSÄTZE

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt nach den Grundsätzen des IFRS 3 (2008). Im Rahmen der Erstkonsolidierung werden sämtliche stillen Reserven und stillen Lasten des übernommenen Unternehmens aufgedeckt und alle identifizierbaren immateriellen Vermögenswerte separat ausgewiesen. Mithin erfolgt eine Neubewertung aller Vermögenswerte und aller Schulden zu beizulegenden Zeitwerten. Die Anschaffungskosten der Beteiligungen werden sodann gegen das neu bewertete, anteilige Eigenkapital verrechnet. Darüber hinausgehende Beiträge werden als Geschäfts- oder Firmenwert aktiviert. Anschaffungsnebenkosten bei Unternehmenszusammenschlüssen werden aufwandswirksam erfasst.

Forderungen und Verbindlichkeiten bzw. Rückstellungssachverhalte zwischen den konsolidierten Gesellschaften werden eliminiert. Konzerninterne Umsatzerlöse und andere konzerninterne Erträge sowie die entsprechenden Aufwendungen werden eliminiert. Zwischengewinne aus dem konzerninternen Lieferungs- und Leistungsverkehr werden ergebniswirksam bereinigt. Auf ergebniswirksame Konsolidierungsvorgänge werden latente Steuern angesetzt, die in ihrer Höhe der durchschnittlichen Gewinnsteuerbelastung des empfangenden Konzernunternehmens entsprechen.

Die angewandten Konsolidierungsmethoden wurden im Vergleich zum Vorjahr nicht geändert.

Zu weiteren Bilanzierungsgrundsätzen verweisen wir auf den Punkt „Grundlagen der Rechnungslegung“.

WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Die funktionale Währung der FP Holding ist der Euro (EUR).

Fremdwährungsgeschäfte in den Abschlüssen der FP Holding und der inländischen Tochtergesellschaften werden jeweils mit dem Umrechnungskurs zum Zeitpunkt der Geschäftsvorfälle umgerechnet. Zum Bilanzstichtag werden monetäre Posten in fremder Währung unter Verwendung des Stichtagskurses angesetzt. Umrechnungsdifferenzen werden jeweils in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung der betroffenen Konzerngesellschaft erfolgswirksam erfasst und im Finanzergebnis ausgewiesen.

Die zum FP-Konzern gehörenden ausländischen Gesellschaften sind selbstständige Teileinheiten und stellen ihre Jahresabschlüsse jeweils in Landeswährung auf. Im Rahmen der Konzernabschlusserstellung werden Vermögenswerte und Schulden zum Abschlussstichtagskurs in Euro umgerechnet. Das Eigenkapital der nicht in Euro bilanzierenden Tochterunternehmen wird jeweils zum historischen Kurs umgerechnet. Auswirkungen aus der Währungsumrechnung des Eigenkapitals werden im sonstigen Ergebnis erfasst. Die Positionen der Konzern-Gesamtergebnisrechnung werden mit gewichteten Jahresdurchschnittskursen umgerechnet. Währungsumrechnungsdifferenzen, die sich aus unterschiedlichen Umrechnungskursen für Bilanzpositionen und für Positionen der Konzern-Gesamtergebnisrechnung ergeben, werden ins sonstige Ergebnis gebucht. Scheiden Konzernunternehmen aus dem Konsolidierungskreis aus, wird die betreffende Währungsumrechnungsdifferenz erfolgswirksam aufgelöst.

Umrechnungsdifferenzen aus monetären Posten, die Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe darstellen, werden auf Konzernebene nach IAS 21.15 i. V. m. IAS 21.32 im sonstigen Ergebnis erfasst. Im Fall einer späteren Veräußerung der jeweiligen Nettoinvestition bzw. der Tilgung der Darlehen werden die betreffenden Eigenkapitalbeträge über das Periodenergebnis gebucht. In 2013 wurden die Darlehen um TEUR 808 getilgt.

Der Währungsumrechnung liegen die nachfolgenden Wechselkurse zugrunde:

	Stichtagskurs		Durchschnittskurs	
	31.12.2013	31.12.2012	2013	2012
1 EURO =				
US-Dollar (USD)	1,3767	1,3185	1,3282	1,2858
Britische Pfund (GBP)	0,8331	0,8155	0,8493	0,8112
Kanadische Dollar (CAD)	1,4636	1,3116	1,3685	1,2849
Singapur-Dollar (SGD)	1,7391	1,6110	1,6620	1,6061
Schwedische Kronen (SEK)	8,8262	8,5844	8,6506	8,7077

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses 2013 ging der Vorstand von der Unternehmensfortführung sämtlicher in den Konzernabschluss enbezogener Gesellschaften aus. Die Bilanzierung und Bewertung erfolgte mithin unter der Going-Concern-Annahme.

Die Erfassung von **Umsatzerlösen** und **sonstigen betrieblichen Erträgen** erfolgt dann, wenn die Leistung erbracht bzw. die Waren oder Erzeugnisse geliefert worden sind, d. h. der Gefahrenübergang auf den Abnehmer stattgefunden hat. Weitere Voraussetzungen sind die Wahrscheinlichkeit, dass der wirtschaftliche Nutzen dem Konzern zufließen wird und dass die Höhe der Erträge verlässlich bestimmt werden kann. Die Umsatzerlöse sind abzüglich Skonti, Preisnachlässen, Kundenboni und Rabatten ausgewiesen. Umsatzerlöse aus operate-lease-Verträgen sowie Dienstleistungen werden grundsätzlich über den Zeitraum der Erbringung realisiert; bei Verträgen mit pauschalen Entgelten, wie z. B. Serviceverträgen, erfolgt die Umsatzrealisation linear über die Laufzeit des Vertrages.

Umsätze und Gewinne aus **Fertigungsaufträgen** werden gemäß IAS 11 entsprechend dem Fertigstellungsgrad erfasst („Percentage-of-Completion-Methode“). Der Fertigstellungsgrad ergibt sich aus dem Verhältnis der bis zum Ende des Geschäftsjahres bereits angefallenen Auftragskosten und den aktuell geschätzten gesamten Auftragskosten („Cost-to-Cost-Methode“). Verluste aus Fertigungsaufträgen werden unabhängig vom erreichten Fertigstellungsgrad sofort in voller Höhe in dem Geschäftsjahr erfasst, in dem die Verluste erkennbar werden.

Fertigungsaufträge, die nach der „Percentage-of-Completion-Methode“ bewertet sind, werden je nach Höhe der erhaltenen Abschlagszahlungen bzw. Teilabrechnungen unter den Forderungen beziehungsweise Verbindlichkeiten aus Fertigungsaufträgen ausgewiesen. Sie sind zu Herstellungskosten zuzüglich eines anteiligen Gewinns entsprechend des erreichten Fertigstellungsgrades bewertet. Soweit die kumulierte Leistung (Auftragskosten und Auftragsergebnis) die Abschlagszahlungen im Einzelfall übersteigen, erfolgt der Ausweis der Fertigungsaufträge aktivisch unter den Forderungen aus Fertigungsaufträgen. Verbleibt nach Abzug der Anzahlungen ein negativer Saldo, wird dieser als Verpflichtung aus Fertigungsaufträgen passivisch unter den

Verbindlichkeiten aus Fertigungsaufträgen ausgewiesen. Zu erwartende Auftragsverluste werden durch Abwertungen beziehungsweise Rückstellungen berücksichtigt. Sie werden unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken ermittelt.

Zuwendungen werden im Sinne von IAS 20.7 erfasst, wenn die ihnen zugrunde liegenden Bedingungen der Gewährung erfüllt sind und angemessene Sicherheit über die Gewährung der Zuwendung besteht. Zuwendungen werden grundsätzlich unter den sonstigen Erträgen ausgewiesen. Zuschüsse für Vermögenswerte werden buchwertmindernd erfasst. Zulagen für Vermögenswerte werden hingegen ebenfalls erfolgswirksam unter den sonstigen Erträgen erfasst. Soweit es sich um Zuwendungen für selbsterstellte Vermögenswerte handelt, mindern die Zuwendungen die aktivierten Eigenleistungen und den Buchwert in gleicher Höhe.

Zinserträge werden erfasst, wenn es wahrscheinlich ist, dass der wirtschaftliche Nutzen aus dem Geschäft dem Unternehmen zufließt und die Höhe der Erträge verlässlich bestimmt werden kann. **Zinsaufwendungen** werden unter Berücksichtigung etwaiger Transaktionskosten und Disagien periodengerecht erfasst.

Der **Geschäfts- oder Firmenwert** stellt den Überschuss der Anschaffungskosten der Unternehmenserwerbe über die beizulegenden Zeitwerte der Anteile des Konzerns an den Nettovermögenswerten der erworbenen Unternehmen zu den jeweiligen Erwerbszeitpunkten dar. Die jeweiligen Geschäfts- oder Firmenwerte werden mindestens jährlichen Werthaltigkeitstests (Impairment-Tests) unterzogen bzw. immer dann, wenn es einen Anhaltspunkt gibt, dass die Zahlungsmittel generierende Einheit wertgemindert sein könnte. Die Werthaltigkeitstests werden auf Ebene von zahlungsmittelgenerierenden Einheiten vorgenommen. Beim Test werden die jeweiligen erzielbaren Beträge ermittelt. Zur Bestimmung des erzielbaren Betrages wird der höhere Wert aus Nutzungswert oder Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten herangezogen. Ein einmal für den Geschäfts- oder Firmenwert erfasster Wertminderungsaufwand wird in den nachfolgenden Berichtsperioden nicht aufgeholt.

Negative Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung werden gemäß IFRS 3 sofort erfolgswirksam in den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren Anschaffungskosten unter Berücksichtigung der Nebenkosten angesetzt und wie im Vorjahr planmäßig linear über ihre wirtschaftliche Nutzungsdauer von drei bis sechs Jahren abgeschrieben.

Die Anschaffungskosten von **im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworbenen immateriellen Vermögenswerten** entsprechen ihrem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt. Die immateriellen Vermögenswerte werden in den Folgeperioden mit ihren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen und kumulierter Wertminderungsaufwendungen angesetzt. Kosten für selbst geschaffene immaterielle Vermögenswerte werden mit Ausnahme von aktivierungsfähigen Entwicklungskosten erfolgswirksam in der Periode erfasst, in der sie anfallen. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen entsprechend den im Rahmen der Kaufpreisermittlung eruierten Nutzungsdauern. Kundenbeziehungen oder Kundenlisten werden entsprechend über 15 Jahre abgeschrieben.

Die Bewertung von im Rahmen von Kaufpreisallokationen aktivierten Kundenbeziehungen erfolgt durch einen ertragsorientierten Ansatz (Residualwertmethode), wobei der Wert der Kundenbeziehungen durch Diskontierung der aus ihnen resultierenden Cashflows dargestellt wird. Von den durch die Kundenbeziehungen erwarteten Mehrumsätzen werden die mit der Umsatzerbringung verbundenen Kosten in Abzug gebracht. Abschreibungsbedingte Steuervorteile aus einem fiktiven Einzelwerb der Kundenbeziehungen wurden bei den Berechnungen berücksichtigt.

Entwicklungskosten für selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren Herstellungskosten aktiviert, sofern die Herstellung dieser Produkte technisch so weit realisiert werden kann, dass diese genutzt oder verkauft werden können, der Konzern die Absicht hat, den Wert fertigzustellen und ihn zu nutzen oder zu verkaufen, der FP-Konzern fähig ist, den immateriellen Vermögenswert zu nutzen bzw. zu verkaufen, die Art des Nutzenzuflusses nachgewiesen werden kann, die technischen und finanziellen Ressourcen zur Fertigstellung zur Verfügung stehen und die während der Entwicklung zurechenbaren Ausgaben verlässlich bewertet werden können. Die Entwicklungskosten umfassen dabei alle dem Entwicklungsprozess direkt zurechenbaren Kosten. Erhaltene Zuschüsse zu Entwicklungskosten werden aktivisch abgesetzt. Falls die Voraussetzungen einer Akti-

vierung nicht gegeben sind, werden die Aufwendungen im Jahr ihrer Entstehung ergebniswirksam verrechnet. Fremdkapitalkosten, die direkt einem Entwicklungsprojekt zugeordnet werden können, werden für den Zeitraum der Herstellung als Teil der Herstellungskosten aktiviert. Der Betrag der aktivierbaren Fremdkapitalkosten wurde durch Anwendung eines Finanzierungskostensatzes auf die Entwicklungskosten bestimmt. Der Finanzierungskostensatz entspricht dem gewogenen Durchschnitt der Fremdkapitalkosten für die von Fremdkapitalgebern gewährten Kredite.

In der Konzern-Gesamtergebnisrechnung werden die Entwicklungsaufwendungen entsprechend dem Zugang zu aktivierten Entwicklungskosten im Anlagevermögen als aktivierte Eigenleistung ausgewiesen. Aktivierte Entwicklungskosten werden mit Beginn der kommerziellen Fertigung der entsprechenden Produkte linear über die Zeit ihres erwarteten Nutzens, maximal über sechs Jahre, abgeschrieben. Kosten für selbst geschaffene immaterielle Vermögenswerte werden mit Ausnahme von aktivierungsfähigen Entwicklungskosten erfolgswirksam in der Periode erfasst, in der sie anfallen. Während der Entwicklungsphase und auch nach der Aktivierung wird jährlich ein Werthaltigkeitstest durchgeführt. Nicht mehr werthaltige aktivierte Entwicklungen werden außerplanmäßig abgeschrieben. Forschungskosten werden gemäß IAS 38 als laufender Aufwand ausgewiesen.

Das **Sachanlagevermögen** wird zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um nutzungsbedingte planmäßige Abschreibungen, bewertet. Die Anschaffungskosten enthalten den Anschaffungspreis, die Nebenkosten sowie nachträgliche Anschaffungskosten. Anschaffungspreisminderungen werden abgesetzt. Die Herstellungskosten selbst erstellter Sachanlagen (vermietete /verleaste Frankiermaschinen und Zubehör) umfassen alle Einzelkosten sowie alle Gemeinkosten, die im Zusammenhang mit dem Herstellungsvorgang anfallen. Finanzierungskosten für den Zeitraum der Herstellung werden einbezogen, soweit qualifizierte Vermögenswerte vorliegen. Kosten für Wartung und Reparatur von Gegenständen des Sachanlagevermögens werden als Aufwand verrechnet. Aufbereitungskosten von Gegenständen des Sachanlagevermögens werden nach den Kriterien der IAS 16.12 ff. als nachträgliche Herstellungskosten erfasst, wenn durch diese Kosten der zukünftige Nutzen der Sachanlage erhöht wird (IAS 16.10). Auf Gegenstände des Sachanlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden planmäßige lineare Ab-

schreibungen verrechnet. Wenn Sachanlagen stillgelegt, verkauft oder aufgegeben werden, wird der Gewinn oder Verlust aus der Differenz zwischen dem Verkaufserlös und dem Restbuchwert unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Aufwendungen erfasst.

Den planmäßigen Abschreibungen liegen im Wesentlichen folgende wirtschaftliche Nutzungsdauern zugrunde:

Sachanlagevermögen	Nutzungsdauer
Gebäude	15 bis 40 Jahre
Technische Anlagen und Maschinen	13 bis 15 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung	4 bis 10 Jahre
Vermietete Erzeugnisse	5 Jahre
Anlagen in Finanzierungsleasingverhältnissen	4 bis 15 Jahre

Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen werden nach IAS 36 vorgenommen, wenn der erzielbare Betrag, d. h. der höhere Wert aus Nutzungswert des betroffenen Vermögenswertes und beizulegendem Zeitwert abzüglich der Verkaufskosten, unter den Buchwert gesunken ist. Kann der erzielbare Betrag für den einzelnen Vermögenswert nicht geschätzt werden, erfolgt die Schätzung des erzielbaren Betrags der zahlungsmittelgenerierenden Einheit, zu der der Vermögenswert gehört. Die Abgrenzung der Zahlungsmittel generierenden Einheiten erfolgt grundsätzlich auf Basis der rechtlichen Struktur der Gesellschaften.

Der Abgleich zwischen erzielbarem Betrag und Buchwert wird dann ebenfalls auf Ebene der zahlungsmittelgenerierenden Einheit vorgenommen. Sollten die Gründe für eine in Vorjahren vorgenommene außerplanmäßige Abschreibung entfallen, werden entsprechende Zuschreibungen vorgenommen; dies gilt nicht für den Geschäfts- oder Firmenwert.

Die Bewertung der **Vorräte** zum Bilanzstichtag erfolgt zum niedrigeren Betrag aus Anschaffungs- / Herstellungskosten einerseits und dem realisierbaren Nettoveräußerungswert andererseits. Von Bewertungsvereinfachungsmethoden in Form von Durchschnittspreisbewertungen wurde Gebrauch gemacht.

Die Anschaffungskosten der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Waren enthalten den Anschaffungspreis und

die Nebenkosten abzüglich Anschaffungspreisminderungen. Die Herstellungskosten der fertigen und unfertigen Erzeugnisse beinhalten neben den direkt zurechenbaren Einzelkosten auch dem Produktionsprozess zuzurechnende Gemeinkosten einschließlich angemessener Abschreibungen auf Fertigungsanlagen unter der Annahme einer Normalauslastung. Finanzierungskosten für den Zeitraum der Herstellung werden nicht einbezogen, weil qualifizierte Vermögenswerte nicht vorliegen. Der Nettoveräußerungswert ist der geschätzte im normalen Geschäftsverlauf erzielbare Verkaufserlös abzüglich der noch notwendigen Fertigstellungskosten sowie der Veräußerungskosten.

Wertminderungen des Vorratsvermögens werden für Waren sowie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe im Materialaufwand und für fertige sowie unfertige Erzeugnisse in den Bestandsveränderungen gezeigt.

Fremdkapitalkosten, die direkt dem Erwerb, dem Bau oder der Herstellung eines qualifizierten Vermögenswertes zugeordnet werden können, werden als Teil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten dieses Vermögenswertes aktiviert. Bedeutung bei Francotyp-Postalia hat die Aktivierung von Fremdkapitalkosten ausschließlich bei der Aktivierung von Entwicklungskosten (bei den aktivierten Entwicklungskosten handelt es sich um Vermögenswerte, für die ein beträchtlicher Zeitraum erforderlich ist, um sie in ihren beabsichtigten gebrauchsfähigen oder verkaufsfähigen Zustand zu versetzen).

Finanzinstrumente sind Verträge, die bei einem Unternehmen zu einem finanziellen Vermögenswert und bei einem anderen zu einer finanziellen Schuld oder einem Eigenkapitalinstrument führen. Gemäß IAS 32 gehören hierzu einerseits originäre Finanzinstrumente wie zum Beispiel Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen oder auch Finanzforderungen und -verbindlichkeiten. Andererseits gehören hierzu auch derivative Finanzinstrumente, die als Sicherungsgeschäfte zur Absicherung gegen Risiken aus Änderungen von Währungskursen und Zinssätzen eingesetzt werden.

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten werden ab dem Zeitpunkt in der Konzernbilanz berücksichtigt, zu welchem der Konzern Vertragspartei des Finanzinstruments wird. Die Bilanzierung von finanziellen Vermögenswerten erfolgt grundsätzlich zum Erfüllungstag („settlement date“). Die **Beteiligungen**

sind zu Anschaffungskosten angesetzt. Gleiches gilt für das **assoziierte Unternehmen** FP Data Center Inc. aus Unwesentlichkeitsgründen.

Finanzielle Vermögenswerte werden hierbei in die folgenden Kategorien unterteilt: erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte, Kredite und Forderungen, zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sowie liquide Mittel.

Die Klassifizierung hängt von dem jeweiligen Zweck ab, für den die finanziellen Vermögenswerte erworben wurden. Das Management bestimmt die Klassifizierung der finanziellen Vermögenswerte beim erstmaligen Ansatz und überprüft die Klassifizierung zu jedem Stichtag.

Die Bewertung von Finanzinstrumenten erfolgt beim erstmaligen Ansatz zum beizulegenden Zeitwert ggf. zzgl. Transaktionskosten. Für die Ermittlung der fortgeführten Anschaffungskosten wird die Effektivzinsmethode zugrunde gelegt.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sind nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte, die als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert und nicht in eine der zwei vorstehend genannten Kategorien eingestuft sind. Im Konzern gehören hierzu die sonstigen Beteiligungen. Die **Beteiligungen** sind zu Anschaffungskosten angesetzt. Gleiches gilt für das **assoziierte Unternehmen** FP Data Center Inc. aus Unwesentlichkeitsgründen.

Nach der erstmaligen Bewertung werden zur Veräußerung gehaltene finanzielle Vermögenswerte zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Der beizulegende Zeitwert entspricht im Allgemeinen dem Markt- oder Börsenwert. Wenn kein aktiver Markt existiert, wird der beizulegende Zeitwert mittels finanzmathematischer Methoden, z. B. durch Diskontierung der geschätzten zukünftigen Zahlungsflüsse mit dem Marktzinssatz oder durch die Anwendung anerkannter Optionspreismodelle ermittelt und durch Bestätigungen der Banken, die die Geschäfte abwickeln, überprüft.

Nicht realisierte Gewinne oder Verluste werden im sonstigen Ergebnis erfasst. Wenn ein solcher finanzieller Vermögenswert ausgebucht wird oder wertgemindert ist, werden die zuvor im sonstigen Ergebnis erfassten Beträge über das jeweilige Periodenergebnis gebucht. Bei der Prüfung, ob eine Wertminderung bilanziell zu

erfassen ist, werden entsprechende objektiv erscheinende Hinweise berücksichtigt. Hinweise dieser Art sind etwa wirtschaftliches Umfeld, rechtliche Situation, Dauerhaftigkeit und Ausmaß von Wertverlusten u. Ä. Sofern der beizulegende Zeitwert eines Eigenkapitalinstruments nicht verlässlich ermittelt werden kann, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten.

Kassageschäfte von finanziellen Vermögenswerten werden zum Erfüllungstag erstmalig erfasst. Bei Derivaten richtet sich die buchmäßige Behandlung nach dem Handelstag (Tag des Kaufs bzw. Verkaufs).

Die Gruppe der **erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte** enthält die zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten, die beim erstmaligen Ansatz und bei den folgenden Ansätzen als zum beizulegenden Zeitwert bewertet eingestuft werden. Finanzielle Vermögenswerte werden als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert, wenn sie für Zwecke der Veräußerung in der nahen Zukunft erworben werden (bei der FP-Gruppe fallen hierunter ausschließlich zu Handelszwecken gehaltene Anteile an einem thesaurierenden Fonds, der überwiegend in verzinsliche Wertpapiere, Geldmarktinstrumente und Sichteinlagen investiert ist). Derivate werden ebenfalls als zu Handelszwecken gehalten eingestuft. Gewinne oder Verluste aus finanziellen Vermögenswerten, die zu Handelszwecken gehalten werden, werden erfolgswirksam erfasst.

Kredite und Forderungen sind nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbar Zahlungen, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind. Die Zugangsbewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Nach der erstmaligen Erfassung werden die Kredite und Forderungen zu fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich etwaiger Wertberichtigungen bilanziert. Bei der Bewertung der Forderungen wird allen erkennbaren Einzelrisiken durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen. Eine Wertberichtigung bei Forderungen aus Lieferungen und Leistungen auf Einzelbasis wird dann erfasst, wenn objektive Hinweise dafür vorliegen, dass die fälligen Forderungsbeiträge nicht vollständig einbringlich sind (z. B. Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder erhebliche Zahlungsverzögerungen beim Schuldner). Im Übrigen verweisen wir auf unsere Ausführungen in Abschnitt IV., Tz. 13. Für die Wertberichtigungen wird ein gesondertes Wertberichtigungskonto genutzt; auf diesem Konto erfasste Beträge

werden ausgebucht, sobald sich herausstellt, dass ein definitiver Wertausfall des Kredits oder der Forderung vorliegt. Die Höhe der Wertberichtigung bemisst sich als Differenz zwischen dem Buchwert der Forderung und dem Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows aus dieser Forderung. Gewinne und Verluste werden im Periodenergebnis erfasst, wenn die Kredite und Forderungen ausgebucht oder wertberichtigt sind oder im Rahmen von Amortisationen.

Die **Liquiden Mittel** umfassen alle flüssigen Mittel, d. h. Kassenbestände, Schecks und Guthaben bei Kreditinstituten, deren ursprüngliche Laufzeit bis zu drei Monate beträgt. Diese werden zum Nennbetrag bilanziert. Nicht frei verfügbare Zahlungsmittel werden gesondert angegeben. Die Guthaben bei Kreditinstituten sind zum Teil verpfändet in Zusammenhang mit verwalteten Portogeldern.

Finanzielle Verbindlichkeiten und Eigenkapitalinstrumente

Finanzielle Verbindlichkeiten werden in die folgenden Kategorien unterteilt:

- zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten und
- erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten.

Die Bewertung von Finanzinstrumenten erfolgt beim erstmaligen Ansatz zum beizulegenden Zeitwert ggf. zzgl. Transaktionskosten. Für die Ermittlung der fortgeführten Anschaffungskosten wird die Effektivzinsmethode zugrunde gelegt.

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten werden bei der erstmaligen Erfassung mit dem beizulegenden Zeitwert unter Einbeziehung der mit der Darlehensaufnahme direkt verbundenen Transaktionskosten bewertet. Die Darlehen werden nicht als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet designiert. Nach der erstmaligen Erfassung werden die verzinslichen Darlehen zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten umfassen die zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Verbindlichkeiten sowie andere finanzielle Verbindlichkeiten, die

bei ihrem erstmaligen Ansatz als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert werden. Finanzielle Verbindlichkeiten werden als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert, wenn sie für Zwecke der Veräußerung in der nahen Zukunft erworben werden. Unter den erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten werden auch die Verbindlichkeiten aus Derivatgeschäften gezeigt. Gewinne oder Verluste aus finanziellen Verbindlichkeiten, die zu Handelszwecken gehalten werden, werden erfolgswirksam erfasst.

Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing werden mit dem Barwert der Leasingraten ausgewiesen.

Ein **Eigenkapitalinstrument** ist jede vertragliche Vereinbarung, die einen Residualanspruch an den Vermögenswerten des Konzerns nach Abzug sämtlicher Schulden darstellt. Das gezeichnete Kapital wurde als Eigenkapital klassifiziert, wobei die Kosten (gemindert um die damit verbundenen Ertragsteuervorteile), die direkt der Ausgabe von eigenen Aktien zurechenbar sind, vom Eigenkapital in Abzug gebracht wurden.

In der **Kapitalrücklage** wird der Betrag von Zuzahlungen in das Eigenkapital ausgewiesen, die Anteilseigner geleistet haben. Aufwendungen, die unmittelbar durch die Ausgabe neuer Aktien im Rahmen des früheren Börsengangs der FP Holding angefallen waren, wurden gemäß IAS 32.35 als Abzug von der Kapitalrücklage bilanziert.

Die **Stock-Options-Rücklage** weist im Personalaufwand erfasste Beträge aus dem Aktienoptionsprogramm 2010 aus. Maßgabe hierbei ist der beizulegende Zeitwert der voraussichtlich ausübbareren Aktienoptionen, der periodisch verteilt wird.

Erwirbt der Konzern **eigene Anteile**, so werden diese direkt vom Eigenkapital abgezogen. Der Kauf, Verkauf sowie die Ausgabe oder die Einziehung von eigenen Anteilen berühren nicht das Konzernergebnis.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren („Projected Unit Credit Method“) auf der Basis versicherungsmathematischer Grundsätze gebildet. Bei diesem Verfahren werden nicht nur die am Abschlussstichtag bestehenden Renten und erworbenen Anwartschaften, sondern auch künftig zu erwartende Steigerungen von Renten und Gehältern bei Einschätzung

der relevanten Einflussgrößen berücksichtigt. Diese im Austausch für erbrachte Arbeitsleistungen erdienten Versorgungsleistungen werden mit dem am Periodenende zugrunde liegenden Zinssatz diskontiert. Von diesem Anwartschaftsbarwert der Versorgungsverpflichtungen wird das Planvermögen mit seinem beizulegenden Zeitwert abgezogen. Hieraus ergibt sich die als Rückstellung anzusetzende Nettoschuld aus leistungsorientierten Versorgungsverpflichtungen.

Für die Ermittlung der Nettoschuld werden für jeden Abschlussstichtag versicherungsmathematische Gutachten von qualifizierten Gutachtern zugrunde gelegt.

Der Zinssatz wird auf der Grundlage der Renditen bestimmt, die am jeweiligen Stichtag für erstrangige, festverzinsliche Industriefinanzierungen am Markt erzielt werden. Für die Auswahl der zugrunde liegenden Anleihen werden die Währungen und Laufzeiten berücksichtigt, die den Währungen und voraussichtlichen Fristigkeiten der zu erfüllenden Versorgungsverpflichtungen entsprechen.

Der Nettozinsaufwand der Periode wird auf Basis der Nettoschuld zum Periodenbeginn und dem zugrunde liegenden Zinssatz am Periodenbeginn ermittelt. Diese Aufwendungen werden unter den Zinsaufwendungen ausgewiesen.

Die sogenannte Neubewertungskomponente umfasst die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus der Bewertung der Versorgungsverpflichtung sowie den Unterschiedsbetrag zwischen der zu Periodenbeginn typisiert angenommenen Rendite aus dem Planvermögen und der tatsächlich realisierten Planvermögensrendite. Sämtliche Effekte aus der Neubewertungskomponente werden im sonstigen Ergebnis erfasst.

Der Dienstzeitaufwand (als dritte Komponente des Nettopensionsaufwands neben Nettozins- und Neubewertungskomponente) enthält sowohl den laufenden und den nachzuerrechnenden Dienstzeitaufwand als auch Effekte aus Abgeltung von Versorgungsplänen. Der nachzuerrechnende Dienstzeitaufwand resultiert aus Änderungen des Anwartschaftsbarwerts der Versorgungsverpflichtung infolge einer Planänderung oder -kürzung. Die Dienstzeitaufwendungen werden in der Periode im Personalaufwand erfasst, in der die Versorgungsleistungen erdient werden oder die Planänderung oder kürzung bzw. die Abgeltung des Plans eingetreten ist.

Beiträge im Rahmen von beitragsorientierten Plänen sind Aufwendungen der Periode, in der die betreffenden Leistungen erbracht werden. Gemeinschaftliche Pläne mit anderen Arbeitgebern, die leistungsorientierte Pläne darstellen und bei denen gleichzeitig nicht ausreichend Informationen für die auf uns entfallenen Versorgungsverpflichtungen und Planvermögen vorliegen, werden wie beitragsorientierte Pläne behandelt.

Rückstellungen und sonstige Rückstellungen werden für ungewisse Verpflichtungen gegenüber Dritten, deren Eintritt wahrscheinlich zu einer Vermögensbelastung führen wird, gebildet, wenn die Höhe des notwendigen Rückstellungsbetrages zuverlässig schätzbar ist. Rückstellungen werden mit ihrem auf den Bilanzstichtag abgezinsten Erfüllungsbetrag angesetzt, sofern der Zinseffekt wesentlich ist. Der Erfüllungsbetrag umfasst auch die erwarteten Preis- und Kostensteigerungen. Der Abzinsung liegen Zinssätze vor Steuern zugrunde, die die aktuellen Markterwartungen im Hinblick auf den Zinseffekt sowie die für die Schuld spezifischen Risiken widerspiegeln und von der entsprechenden Laufzeit der Verpflichtung abhängig sind. Der Zinsanteil der Rückstellungszuführung wird im Finanzergebnis erfasst.

Wenn eine Anzahl gleichartiger Verpflichtungen besteht, wird die Wahrscheinlichkeit einer Vermögensbelastung auf Basis der Gruppe dieser Verpflichtungen ermittelt.

Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses werden gewährt, wenn ein Mitarbeiter vor dem regulären Renteneintritt entlassen wird oder wenn ein Mitarbeiter gegen eine Abfindungsleistung freiwillig aus dem Arbeitsverhältnis ausscheidet. Der Konzern erfasst Abfindungsleistungen, wenn er nachweislich verpflichtet ist, das Arbeitsverhältnis von gegenwärtigen Mitarbeitern entsprechend einem detaillierten formalen Plan, der nicht rückgängig gemacht werden kann, zu beenden oder wenn er nachweislich Abfindungen bei freiwilliger Beendigung des Arbeitsverhältnisses durch Mitarbeiter zu leisten hat. Bei der Italiana Audion s. r. l., Mailand / Italien, und der Francotyp-Postalia GmbH, Wien / Österreich, werden entsprechend der Rechtslage in den jeweiligen Ländern planmäßig Rückstellungen für Abfindungszahlungen gebildet, die bei Ausscheiden der Mitarbeiter fällig werden.

Rückstellungen für Altersteilzeit wurden mit den jeweiligen Barwerten der Erfüllungsrückstände und Aufstockungsbeträgen bewertet. Die Rückstellung wurde

gemäß IAS 19.102 ff. mit dem zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Planvermögen in der Form einer zur Rückdeckung von Altersteilzeitzusagen eingesetzten Versicherung saldiert.

Eine Rückstellung für Restrukturierungsmaßnahmen wird erfasst, wenn der Konzern einen detaillierten formalen Restrukturierungsplan aufgestellt hat, der bei den Betroffenen eine gerechtfertigte Erwartung geweckt hat, dass die Restrukturierungsmaßnahmen durch den Beginn der Umsetzung des Plans oder die Ankündigung seiner wesentlichen Bestandteile den Betroffenen gegenüber durchgeführt wird. Bei der Bewertung einer Restrukturierungsrückstellung finden nur die direkten Aufwendungen für die Restrukturierung Eingang. Es handelt sich dabei nur um die Beträge, die durch die betreffende Restrukturierung verursacht sind und nicht in Zusammenhang mit den fortgeführten Geschäftstätigkeiten des Unternehmens stehen.

Der Konzern passiviert eine Rückstellung für Gewinnbeteiligungen und Boni in den Fällen, in denen eine vertragliche Verpflichtung besteht oder sich aufgrund der Geschäftspraxis der Vergangenheit eine faktische Verpflichtung ergibt.

Rückstellungen für Jubiläumswendungen werden nach der gemäß IAS 19 vorgeschriebenen Bewertungsmethode „Projected Unit Credit Method“ entsprechend dem Verfahren der Einmalprämienfinanzierung für den jährlichen Anwartschaftszuwachs unter Berücksichtigung von Trendannahmen gebildet.

Rückstellungen für Gewährleistungsaufwendungen werden zum Verkaufszeitpunkt der betreffenden Produkte nach der besten Einschätzung des Managements hinsichtlich der Erfüllung der Verpflichtung des Konzerns notwendigen Ausgaben angesetzt.

Die **Steuerschulden** enthalten Verpflichtungen aus laufenden Ertragsteuern. Latente Steuern werden in gesonderten Posten der Bilanz und der Gesamtergebnisrechnung ausgewiesen.

Steuerschulden für Gewerbesteuer und Körperschaftsteuer oder vergleichbare Steuern vom Einkommen und vom Ertrag werden auf der Grundlage der steuerpflichtigen Einkommen der einbezogenen Gesellschaften ermittelt und abzüglich geleisteter Vorauszahlungen

angesetzt. Sonstige zu veranlagende Steuern werden entsprechend berücksichtigt.

Die tatsächlichen Steuererstattungsansprüche und Steuerschulden für die laufende und die früheren Perioden werden mit dem Betrag bemessen, in dessen Höhe eine Erstattung von der Steuerbehörde bzw. eine Zahlung an die Steuerbehörde erwartet wird. Der Berechnung des Betrags werden die Steuersätze und Steuergesetze zugrunde gelegt, die zum Abschlussstichtag gelten.

Die Bilanzierung und Bewertung der **latenten Steuern** folgt gemäß IAS 12 der bilanzorientierten Verbindlichkeitenmethode auf Grundlage der zum Zeitpunkt der Realisation voraussichtlich gültigen Steuersätze. Hiernach sind grundsätzlich für sämtliche temporären Differenzen zwischen den steuerlichen Wertansätzen und den Werten in der Konzernbilanz latente Steuern zu bilden.

Latente Steuerforderungen werden in dem Umfang angesetzt, in dem es wahrscheinlich ist, dass ein positives zu versteuerndes Einkommen verfügbar sein wird, gegen das die temporäre Differenz verwendet werden kann. Aktive latente Steuern wurden auf nutzbare steuerliche Verlustvorträge gebildet, wenn sie künftig wahrscheinlich realisiert werden können. Soweit eine Identität der Steuergläubiger und Fristenkongruenz besteht, werden aktive latente Steuern mit passiven latenten Steuern verrechnet.

Latente Steueransprüche und -schulden werden anhand der Steuersätze bemessen, die in der Periode, in der ein Vermögenswert realisiert oder eine Schuld erfüllt wird, voraussichtlich Gültigkeit erlangen werden. Dabei werden die Steuersätze und Steuergesetze zugrunde gelegt, die zum Bilanzstichtag gelten. Zukünftige Steuersatzänderungen sind am Bilanzstichtag zu berücksichtigen, sofern materielle Wirksamkeitsvoraussetzungen im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens erfüllt sind.

Steuerlatenzen, die im sonstigen Ergebnis gebuchte Geschäftsvorfälle betreffen, werden ebenso im sonstigen Ergebnis erfasst.

Eventualverbindlichkeiten sind mögliche Verpflichtungen, die auf vergangenen Ereignissen beruhen und deren Existenz erst durch das Eintreten eines oder mehrerer ungewisser zukünftiger Ereignisse bestätigt wird, die jedoch außerhalb des Einflussbereichs des FP-Konzerns liegen. Ferner können gegenwärtige Verpflichtungen

dann Eventualverbindlichkeiten darstellen, wenn die Wahrscheinlichkeit des Abflusses von Ressourcen nicht hinreichend wahrscheinlich für die Bildung einer Rückstellung ist und /oder die Höhe der Verpflichtung nicht ausreichend zuverlässig geschätzt werden kann. Die Wertansätze der Eventualverbindlichkeiten entsprechen dem am Bilanzstichtag bestehenden Haftungsumfang. Sie werden grundsätzlich nicht in der Bilanz erfasst, sondern im Anhang erläutert.

BILANZIERUNG VON LEASINGVERHÄLTNISSEN, BEI DENEN FRANCO TYP-POSTALIA ALS LEASINGGEBER AUFTRIT

IAS 17 definiert ein Leasingverhältnis als eine Vereinbarung, in der der Leasinggeber dem Leasingnehmer gegen eine Zahlung oder eine Reihe von Zahlungen das Recht an der Nutzung eines Vermögenswerts für einen bestimmten Zeitraum überträgt. Hierbei wird in Finanzierungsleasingverträge (Finance Lease) und andere Leasingverträge (Operate Lease) differenziert.

Im Rahmen von Finance Lease werden die vermieteten Sachanlagen nicht im Sachanlagevermögen aktiviert. Es erfolgt ein Ausweis unter den Forderungen aus Finanzierungsleasing. Die betreffenden Voraussetzungen sind erfüllt, wenn die wesentlichen Chancen und Risiken, die sich aus der Nutzung ergeben, auf Seiten des Leasingnehmers sind. Beim Finanzierungsleasing wird dann eine Forderung in Höhe des Barwerts der Mindestleasingzahlungen zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses aktiviert. Die zugehenden Leasingraten werden in einen Tilgungs- und einen Zinsanteil aufgeteilt. Der Tilgungsanteil vermindert ergebnisneutral den Forderungsbestand. Der Zinsanteil wird erfolgswirksam vereinnahmt. Für Finanzierungsleasingverträge wird der Marktzinssatz mit Bezug auf vergleichbare Leasingvereinbarungen ermittelt.

Bei Vermietungen, bei denen das wirtschaftliche Eigentum behalten wird, erfolgt die Behandlung als **Operate Lease**. Die Leasinggegenstände werden als vermietete Erzeugnisse unter den langfristigen Vermögenswerten im Sachanlagevermögen ausgewiesen, Leasingraten als Umsatz ausgewiesen.

Die Vertragsgestaltungen bei der Vermietung von Frankier- und Kuvertiermaschinen als Leasinggeber werden

insbesondere bei den deutschen FP-Gesellschaften und teils in den Niederlanden als **Finance Lease** qualifiziert.

Die Vermietungen von Frankier- und Kuvertiermaschinen durch die übrigen FP-Gesellschaften werden überwiegend als **Operate Lease** eingestuft, da bei diesen Vertragsgestaltungen das wirtschaftliche Eigentum behalten wird.

Im Rahmen des Finanzierungsleasings werden sowohl Neu- als auch Gebrauchtmachines verleast.

BILANZIERUNG VON LEASINGVERHÄLTNISSEN, BEI DENEN FRANCO TYP-POSTALIA ALS LEASINGNEHMER AUFTRIT

Das wirtschaftliche Eigentum an den von der freesort GmbH genutzten Druckern, Fotokopiergeräten, Frankier-, Sortier- und Kuvertiermaschinen wird teilweise der freesort GmbH zugerechnet. Sie erfüllt die Voraussetzungen als Leasingnehmer im Rahmen von **Finance-Lease-Verträgen**. Die geleasten Vermögenswerte werden als Anlagen in Finanzierungsleasingverhältnissen unter den langfristigen Vermögenswerten ausgewiesen. Der erstmalige Ansatz eines Leasinggegenstandes erfolgt in Höhe des niedrigeren Wertes aus seinem beizulegenden Zeitwert und dem Barwert der Mindestleasingzahlungen. Die zusammenhängenden Verbindlichkeiten sind unterteilt nach Fristigkeit als Finanzverbindlichkeiten passiviert.

Vermietete Erzeugnisse wurden teilweise über Sale-and-Lease-back-Verträge refinanziert. FP schloss hierzu Mietkaufverträge ab, die an einem vereinbarten Zeitpunkt, zu einem anfänglich festgelegten Rückkaufpreis den Rückerwerb vorsehen. Diese Geräte werden als Anlagen in Finanzierungsleasing ausgewiesen. Die zusammenhängenden Verbindlichkeiten sind unterteilt nach Fristigkeit als Finanzverbindlichkeiten passiviert.

Immobilien, Kraftfahrzeugen und Bürogeräten wurden teils über **Operate Lease-Verträge** genutzt. Die Laufzeiten der Leasingverträge entsprechen nicht dem überwiegenden Teil der wirtschaftlichen Nutzungsdauer und beinhalten zum Teil Verlängerungsoptionen sowie Preis-anpassungsklauseln. Diese Leasingverhältnisse werden als gewöhnliche Mietverträge behandelt, wobei die Leasingraten als Aufwand erfasst werden.

ERMESSENSENTSCHEIDUNGEN UND SCHÄTZUNGEN

Ermessensentscheidungen

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses bestehen zu einem gewissen Grad Ermessensspielräume des Managements; diese Spielräume wirken sich auf Ansatz, Bewertung und Ausweis von bilanzierten Vermögenswerten und Schulden sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode aus. Die wesentlichen Ermessensspielräume bei der Rechnungslegung der FP-Gruppe resultieren aus dem Leasing von Gegenständen und der bilanziellen Behandlung von Zuwendungen.

In Abhängigkeit davon, wem das wirtschaftliche Eigentum an einem **Leasing**gegenstand zuzuordnen ist, wird zwischen Finanzierungsleasing und Operating-Leasing unterschieden. Dabei kann es in Einzelfällen schwierig sein, den wirtschaftlichen Eigentümer zu identifizieren. Entscheidend für die Zuordnung ist dabei die Beurteilung, in welchem Umfang die mit dem Eigentum eines Leasinggegenstandes verbundenen Chancen und Risiken beim Leasinggeber und beim Leasingnehmer liegen.

Die Klassifizierung von Leasingverhältnissen wird anhand von bestimmten Kriterien vorgenommen, die regelmäßig – einzeln oder in Kombination – auf ein Finanzierungsleasing hindeuten. Diese Kriterien sind jedoch nicht abschließend und haben eher Indizcharakter. Bei der Beurteilung bestehen teilweise große Ermessensspielräume.

Zum 31. Dezember 2013 werden Anlagen in Finanzierungsleasingverhältnissen mit Buchwerten von TEUR 7.509 (im Vorjahr TEUR 5.929), Forderungen aus Finanzierungsleasing in Höhe von TEUR 1.990 (im Vorjahr TEUR 2.735) und Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing in Höhe von TEUR 5.267 (im Vorjahr TEUR 4.202) ausgewiesen.

Weiterhin bestehen zum Bilanzstichtag Verpflichtungen aus Operate-Lease-Verträgen in Höhe von TEUR 26.670 (im Vorjahr TEUR 20.601).

Ermessensspielräume mit möglicherweise erheblicher Auswirkung auf den Konzernabschluss bestehen bei der bilanziellen Behandlung von **Zuwendungen** im Hinblick auf die eingeschätzten Wahrscheinlichkeiten zukünftiger Nutzenzuflüsse bzw. Nutzenabflüsse im Zusammenhang mit der Einhaltung der Förderbedingungen. Im Übrigen verweisen wir auf unsere Ausführungen bei Abschnitt III., Tz. 2.

ANNAHMEN UND SCHÄTZUNGSUNSIKERHEITEN

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind zu einem gewissen Grad Annahmen zu treffen und Schätzungen vorzunehmen, die sich auf die Höhe und den Ausweis der bilanzierten Vermögenswerte und Schulden sowie der Erträge und Aufwendungen der Berichtsperiode auswirken. Die Annahmen und Schätzungen beruhen auf dem jeweils aktuellen Kenntnisstand. Insbesondere wurden bezüglich der erwarteten künftigen Geschäftsentwicklung die zum Zeitpunkt der Aufstellung des Konzernabschlusses vorliegenden Umstände ebenso wie die als realistisch unterstellte zukünftige Entwicklung des globalen und branchenbezogenen Umfelds zugrunde gelegt.

Durch von den Annahmen abweichende und außerhalb des Einflussbereichs des Managements liegende Entwicklungen dieser Rahmenbedingungen können die sich einstellenden Beträge von den ursprünglich erwarteten Schätzwerten abweichen. Wenn die tatsächlichen Entwicklungen von den erwarteten Entwicklungen abweichen, werden die Prämissen und, falls erforderlich, die Buchwerte der betreffenden Vermögenswerte und Schulden entsprechend angepasst.

Im Folgenden werden die wichtigsten zukunftsbezogenen Annahmen sowie die sonstigen wesentlichen Quellen von Schätzungsunsicherheiten am Abschlussstichtag angegeben:

Entwicklungskosten

Entwicklungskosten werden gemäß der bereits dargestellten Bilanzierungs- und Bewertungsmethode aktiviert. Die erstmalige Aktivierung der Aufwendungen beruht auf der Einschätzung des Managements, dass die technische und wirtschaftliche Realisierbarkeit nachgewiesen ist; dies ist i. d. R. dann der Fall, wenn ein Entwicklungsprojekt einen bestimmten Meilenstein in einem bestehenden Projekt erreicht hat. Für Zwecke der Beurteilung der Werthaltigkeit der zu aktivierenden Beträge trifft das Management Annahmen über die Höhe der aus Vermögenswerten zu erwartenden Cashflows, die anzuwendenden Abzinsungssätze und den Zeitraum des Zuflusses von zu erwartenden zukünftigen Cashflows, die die Vermögenswerte generieren.

Die aktivierten Entwicklungskosten für selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte sind in der Konzern-

bilanz zum 31. Dezember 2013 mit TEUR 11.723 (im Vorjahr TEUR 11.840) bzw. mit TEUR 7.131 (im Vorjahr TEUR 6.135) für noch nicht abgeschlossene Entwicklungsprojekte berücksichtigt. Insgesamt sind im Berichtsjahr TEUR 8.989 (im Vorjahr TEUR 10.362) Entwicklungskosten angefallen davon wurden TEUR 4.165 (im Vorjahr TEUR 5.147) aktiviert.

Neubewertung immaterieller Vermögenswerte bei der Abbildung von Unternehmenszusammenschlüssen

Schätzungen sind erforderlich bei Neubewertungen immaterieller Vermögenswerte bei der Abbildung von Unternehmenszusammenschlüssen nach IFRS 3 (2008). Im Rahmen von Kaufpreisallokationen sind immaterielle Vermögenswerte bei den erworbenen Unternehmen zu identifizieren und zum beizulegenden Zeitwert anzusetzen; von einem etwaigen (negativen) Geschäfts- oder Firmenwert werden sie separiert. Bei der Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte sind zwangsläufig diverse Schätzungen vorzunehmen.

Geschäfts- oder Firmenwert

Zur Feststellung eines eventuellen Wertminderungsbedarfs des Geschäfts- oder Firmenwerts ist es erforderlich, den Nutzungswert des Assets bzw. den beizulegenden Zeitwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit zu ermitteln.

Hier wird geprüft, ob der Buchwert über dem erzielbaren Betrag liegt. Unter dem erzielbaren Betrag versteht man hierbei den höheren Wert aus beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten und Nutzungswert. Der Unterschiedsbetrag zwischen Buchwert und erzielbarem Betrag ist der Wertberichtigungsbedarf.

Die Berechnung des Nutzungswerts und gegebenenfalls auch des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten bedarf der Schätzung künftiger Cashflows aus der zahlungsmittelgenerierenden Einheit sowie eines geeigneten Abzinsungssatzes für die Barwertberechnung.

Der Buchwert des Geschäfts- oder Firmenwertes beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 9.147 (im Vorjahr TEUR 9.147 - geändert). Siehe hierzu Abschnitt IV., Tz. 10.

Aktive latente Steuern

Aktive latente Steuern werden für alle nicht genutzten, steuerlichen Verlustvorträge in dem Maße erfasst, in dem es wahrscheinlich ist, dass diese Verlustvorträge zukünftig durch positives zu versteuerndes Einkommen tatsächlich genutzt werden können. Bei der Ermittlung der Höhe der aktiven latenten Steuern ist eine wesentliche Ermessensausübung der Unternehmensleitung bezüglich des erwarteten Eintrittszeitpunkts und der Höhe des künftigen zu versteuernden Einkommens sowie der zukünftigen Steuerplanungsstrategien erforderlich.

Zum 31. Dezember 2013 beläuft sich der Buchwert aktiver latenter Steuern auf nicht genutzte steuerliche Verlust- und Zinsvorträge auf TEUR 5.429 (im Vorjahr TEUR 5.889).

Francotyp-Postalia hat im Jahr 2009 eine Studie über die internationalen Konzernverrechnungspreise in Auftrag gegeben. Als erstes Ergebnis dieser Studie wurden die Verrechnungspreise für das Jahr 2009 angepasst. Für die Geschäftsjahre ab 2010 sind entsprechend überarbeitete Preislisten zur Anwendung gekommen.

Im Jahr 2010 wurden bei mehreren deutschen FP-Konzerngesellschaften Betriebsprüfungen im Ertragsteuerbereich für die Jahre 2005 bis 2008 angeordnet. Die Prüfungen wurden im Berichtsjahr 2011 aufgenommen und mit Berichten vom 16. Januar 2013 beendet. Die Betriebsprüfung hat zu signifikanten Korrekturen der Verrechnungspreise für Warenlieferungen der Organgesellschaft FP GmbH an deren ausländische Vertriebsgesellschaften geführt. Die Mehrsteuern wurden in 2013 festgesetzt und teilweise entrichtet bzw. im Übrigen zum 31. Dezember 2013 nebst Zinsen auf Ebene der FP Holding passiviert. Zum 31. Dezember 2013 betragen die für die Jahre der Betriebsprüfung im Konzernabschluss der FP Holding zurückgestellten Ertragsteuern TEUR 896 (im Vorjahr TEUR 1.111) zuzüglich Nachzahlungszinsen in Höhe von TEUR 287 (im Vorjahr TEUR 289). Die Verminderung der Rückstellungen gegenüber dem Vorjahr resultiert aus im Jahr 2013 geleisteten Zahlungen.

Die betreffenden Bescheide wurden mit Einspruch angefochten. Des Weiteren hat die FP GmbH aufgrund der Transferpreiskorrekturen die Einleitung von Verständigungsverfahren nach dem DBA bzw. der EU-Schiedskonvention zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien, USA, Österreich, Niederlande bzw. Belgien beantragt.

Francotyp-Postalia hat bereits im Vorfeld der genannten Betriebsprüfung mit Wirkung ab dem Geschäftsjahr 2009 das Verrechnungspreissystem hin zur transaktionsbezogenen Nettomargenmethode (TNMM) geändert. Entsprechend wurden die Vertriebsverträge neu gefasst und im Dezember jährliche Verrechnungspreisanpassungen auf den Rand der interquartilen Margenbandbreite vergleichbarer Vertriebsgesellschaften vorgenommen. Dieses Vorgehen steht im Einklang mit einer von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte angefertigten Verrechnungspreisstudie für die Jahre 2005 bis 2008.

Im Zuge einer Nachschau für die Geschäftsjahre 2009 bis 2012 ist in 2012 aufgefallen, dass die endgültigen EBIT-Margen der ausländischen Vertriebsgesellschaften trotz vertragsgemäßer Anpassung der Verrechnungspreise teilweise außerhalb der Bandbreite der fremdüblichen EBIT-Margen liegen. Ursächlich hierfür ist insbesondere, dass die im Inland vollständig erfolgswirksamen Transferpreisanpassungen bei den Auslandsgesellschaften nach den dortigen Rechnungslegungsstandards teilweise in der jeweiligen Periode erfolgsneutral erfasst wurden (insbesondere Aktivierung von Leasingvermögen) und erst in Folgeperioden über höhere Abschreibungen zu Aufwand führen.

Die Transferpreisanpassungen sollten aus Sicht von Francotyp-Postalia für die Überprüfung der EBIT-Margen der Vertriebsgesellschaften im Rahmen der TNMM – wie auch im BP-Zeitraum 2005 bis 2008 – vollständig erfolgswirksam berücksichtigt werden. Die teilweise erfolgsneutrale buchmäßige Behandlung führt ansonsten zu überschießenden Transferpreiskorrekturen, die im Übrigen auch von den Parteien nicht beabsichtigt waren. Francotyp-Postalia hat jedoch das Ergebnis der Nachschau zum Anlass genommen, die Systematik der Verrechnungspreisermittlung unter Berücksichtigung der abweichenden buchmäßigen Behandlung im Ausland derzeit nochmals zu analysieren. Ggf. werden die Transferpreismittlungen / -vereinbarungen in Abstimmung mit den ausländischen Vertriebsgesellschaften dahingehend anzupassen sein, dass die abweichende buchmäßige Behandlung der Transferpreisanpassungen im In- / Ausland künftig besser abgebildet werden kann.

Der von FP im Zuge der Nachschau für die Jahre 2009 bis 2012 ermittelte Anpassungsbedarf beträgt EUR 3,8 Mio. Die Einkommenskorrektur führte aufgrund der Ertragslage des Organkreises der FP Holding und ausreichender Verlustvorträge nur zu einer unwesentlichen Steuer-mehrbelastung für diese Jahre.

Aufgrund der aus den Anpassungseffekten für die Folgejahre nach der Betriebsprüfung im Ausland als Folge der oben genannten Verständigungs- und Schiedsverfahren zu erwartenden Steuerforderungen wurden im Konzernabschluss der Francotyp-Postalia Holding AG zum 31. Dezember 2013 laufende Steuerforderungen in Höhe der aufgrund der Verrechnungspreiskorrektur aufgelösten latenten Steueransprüche sowie der diesbezüglichen voraussichtlichen Steuernachzahlungen in Deutschland aktiviert. Zum 31. Dezember 2013 werden Steuerforderungen von insgesamt TEUR 6.689 ausgewiesen (im Vorjahr TEUR 6.689). Hinsichtlich der Höhe und des Realisationszeitpunktes bestehen jedoch Unsicherheiten, die aus den beantragten Verständigungs- und Schiedsverfahren zwischen Deutschland und den Steuerbehörden im Ausland resultieren können.

Im Jahr 2013 wurden körperschaft- bzw. gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von TEUR 2.465. (im Vorjahr TEUR 1.148) bzw. TEUR 3.223 (im Vorjahr TEUR 1.854) für die Verrechnung mit positiven steuerlichen Ergebnissen 2013 verbraucht. Nach den aktuellen steuerlichen Planungen, die analog zum Vorjahr aus der Unternehmensplanung (Mittelfristplanung) abgeleitet wurden, werden die steuerlichen Verlust- und Zinsvorträge, für die aktive latente Steuern angesetzt wurden, innerhalb der nächsten 5 Jahre verbraucht sein. Diesem Verbrauch der Verlust- und Zinsvorträge liegt als wesentliche Annahme die weiterhin erfolgreiche Marktplatzierung der Produktlinie PostBase zugrunde.

Pensionen und Leistungen nach Beendigung von Arbeitsverhältnissen

Verpflichtungen für Pensionen und sonstige Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses und damit zusammenhängende Aufwendungen werden in Übereinstimmung mit versicherungsmathematischen Bewertungen ermittelt. Die versicherungsmathematische Bewertung erfolgt auf der Grundlage von Annahmen zu Zinssätzen, künftigen Lohn- und Gehaltssteigerungen, Sterblichkeit und den künftigen Rentensteigerungen. Entsprechend der langfristigen Ausrichtung der Pläne unterliegen die Schätzungen wesentlichen Unsicherheiten. Die Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen betrug zum 31. Dezember 2013 TEUR 14.089 (im Vorjahr TEUR 14.631). Die Neubewertung der Nettoschuld leistungsorientierter Versorgungszusagen wird im sonstigen Ergebnis erfasst. Siehe hierzu auch Abschnitt III, Tz. 18.

Rückstellungen

Die Bestimmung von Rückstellungen für drohende Verluste aus Aufträgen, von Gewährleistungsrückstellungen und von Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten ist in erheblichem Maß mit Einschätzungen des Managements verbunden.

Die FP Holding bildet dann eine Rückstellung für drohende Verluste aus Aufträgen, wenn die aktuell geschätzten Gesamtkosten die aus dem jeweiligen Vertrag zu erwartenden Umsatzerlöse übersteigen. Diese Einschätzungen können sich infolge neuer Informationen ändern.

Die FP Holding bildet eine Rückstellung für Rechtsstreitigkeiten, wenn es wahrscheinlich ist, dass in Zusammenhang mit diesen Verfahren eine Verpflichtung entstanden ist, die wahrscheinlich zu zukünftigen Mittelabflüssen führen wird und hinsichtlich ihrer Höhe verlässlich schätzbar ist. Rechtsstreitigkeiten liegen

häufig komplexe rechtliche Fragestellungen zugrunde, weshalb sie mit erheblichen Unsicherheiten verbunden sind. Entsprechend liegt der Beurteilung, ob zum Abschlussstichtag eine gegenwärtige Verpflichtung als Ergebnis eines Ereignisses in der Vergangenheit besteht, ob ein zukünftiger Mittelabfluss wahrscheinlich und die Verpflichtung verlässlich schätzbar ist, ein erhebliches Ermessen des Managements zugrunde. Die FP Holding beurteilt den jeweiligen Stand des Verfahrens regelmäßig auch unter Einbeziehung unternehmensexterner Anwälte. Eine Beurteilung kann aufgrund neuer Informationen zu ändern sein. Es kann notwendig werden, dass die Höhe einer Rückstellung für ein laufendes Verfahren aufgrund neuer Entwicklungen in Zukunft angepasst werden muss. Veränderungen von Schätzungen und Prämissen im Zeitablauf können wesentliche Auswirkungen auf die künftige Ertragslage haben. In Abhängigkeit von dem Ausgang eines Verfahrens können der FP Holding Erträge oder Aufwendungen aus zuvor zu hoch oder zu niedrig dotierten Rückstellungen entstehen.

Im Geschäftsjahr 2013 sind insbesondere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Personalbereich (Rückstellungen für Prämien, Abfindungen, Jubiläen, Sozialkasse) in Höhe von TEUR 72 (im Vorjahr TEUR 301) und für Restrukturierung TEUR 36 (im Vorjahr 326) angefallen.

Eine Rückstellung für Restrukturierungsmaßnahmen wird erfasst, wenn der Konzern einen detaillierten formalen Restrukturierungsplan aufgestellt hat, der bei den Betroffenen eine gerechtfertigte Erwartung geweckt hat, dass die Restrukturierungsmaßnahmen durch den Beginn der Umsetzung des Plans oder die Ankündigung seiner wesentlichen Bestandteile den Betroffenen gegenüber durchgeführt werden. Bei der Bewertung einer Restrukturierungsrückstellung finden nur die direkten Aufwendungen für die Restrukturierung Eingang. Es handelt sich dabei nur um die Beträge, die durch die betreffende Restrukturierung verursacht sind und nicht in Zusammenhang mit den fortgeführten Geschäftstätigkeiten des Unternehmens stehen.

Im Berichtsjahr 2013 wurden Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen in Höhe von TEUR 92 (im Vorjahr TEUR 506) zugeführt (Buchwert 31. Dezember 2013: TEUR 1.077; Buchwert 31. Dezember 2012: TEUR 2.900). Darin enthalten ist ein Rückstellungsvolumen für den festgesetzten Sozialplan in Höhe von TEUR 174 (im Vorjahr TEUR 1.221) und für belastende Verträge in Höhe von TEUR 868 (im Vorjahr TEUR 1.645). Der überwiegende Anteil der Mittelabflüsse betraf das erste Quartal 2013.

Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte

Eine Reihe von Rechnungslegungsmethoden und Angaben des Konzerns verlangen die Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte für finanzielle und nichtfinanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten. Der Konzern hat ein Kontrollrahmenkonzept hinsichtlich der Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte festgelegt. Dazu gehört ein Bewertungsteam, geleitet vom Bereichsleiter Rechnungswesen, Finanzen und Controlling, das die allgemeine Verantwortung für die Überwachung aller wesentlichen Bewertungen zum beizulegenden Zeitwert, einschließlich der beizulegenden Zeitwerte, trägt und direkt an den Finanzvorstand berichtet.

Das Bewertungsteam führt eine regelmäßige Überprüfung der wesentlichen, nicht beobachtbaren Inputfaktoren sowie der Bewertungsanpassungen durch. Wenn Informationen von Dritten, beispielsweise Preisnotierungen von Brokern oder Kursinformationsdiensten, zur Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte verwendet werden, prüft das Bewertungsteam die von den Dritten erlangten Nachweise für die Schlussfolgerung, dass derartige Bewertungen die Anforderungen der IFRS erfüllen, einschließlich der Stufe in der Fair Value-Hierarchie, in der diese Bewertungen einzuordnen sind. Wesentliche Punkte bei der Bewertung werden dem Finanzvorstand berichtet.

Bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes eines Vermögenswertes oder einer Schuld verwendet der Konzern soweit wie möglich am Markt beobachtbare Daten. Basierend auf den in den Bewertungstechniken verwendeten Inputfaktoren werden die beizulegenden Zeitwerte in unterschiedliche Stufen in der Fair Value-Hierarchie eingeordnet:

- Stufe 1: Notierte Preise (unbereinigt) auf aktiven Märkten für identische Vermögenswerte und Schulden.
- Stufe 2: Bewertungsparameter, bei denen es sich nicht um die in Stufe 1 berücksichtigten notierten Preise handelt, die sich aber für den Vermögenswert oder die Schuld entweder direkt (d. h. als Preis) oder indirekt (d. h. als Ableitung von Preisen) beobachten lassen.
- Stufe 3: Bewertungsparameter für Vermögenswerte oder Schulden, die nicht auf beobachtbaren Marktdaten beruhen.

Wenn die zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes eines Vermögenswertes oder einer Schuld verwendeten Inputfaktoren in unterschiedliche Stufen der Fair Value-Hierarchie eingeordnet werden können, wird die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert in ihrer Gesamtheit der Stufe der Fair Value-Hierarchie zugeordnet, die dem niedrigsten Inputfaktor entspricht, der für die Bewertung insgesamt wesentlich ist.

Der Konzern erfasst Umgruppierungen zwischen verschiedenen Stufen der Fair Value-Hierarchie zum Ende der Berichtsperiode, in der die Änderung eingetreten ist.

Weitere Informationen zu den Annahmen bei der Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte sind in den nachstehenden Anhangangaben enthalten:

- Anhangangabe Abschnitt III., Tz. 17 – Bedingte Kapitalerhöhung und Aktienoptionsplan 2010
- Anhangangabe Abschnitt IV., Tz. 22 – Finanzinstrumente

II. SEGMENTBERICHTERSTATTUNG

Die Segmentberichterstattung folgt den Regelungen von IFRS 8. Danach sind Geschäftssegmente auf Basis der internen Steuerung von Konzernbereichen abzugrenzen, deren Betriebsergebnisse regelmäßig von den Hauptentscheidungsträgern des Unternehmens im Hinblick auf die Verteilung von Ressourcen zu diesem Segment und der Bewertung seiner Ertragskraft überprüft werden.

Francotyp-Postalia ist in die vier Segmente **Produktion, Vertrieb Deutschland, Vertrieb International sowie zentrale Funktionen** aufgeteilt. Die Segmente berichten nach lokalen Rechnungslegungsvorschriften. Dadurch enthalten die zu einem Gesamtsegmentergebnis aufsummierten HB-I-Zahlen auch Intrasegmentzahlen sowie Zwischengewinne. In der Überleitung auf den Konzernabschluss bzw. in der Überleitungsspalte werden deshalb sowohl die Anpassungsbuchungen nach IFRS als auch die Konsolidierungsbuchungen ausgewiesen. Die Konsolidierungsbuchungen betreffen Geschäftsbeziehungen innerhalb der Segmente und zwischen den Segmenten.

Das Segment **Produktion** beinhaltet im Wesentlichen das traditionelle Produktgeschäft, welches aus der Entwicklung, Herstellung und dem Vertrieb von insbesondere Frankiermaschinen, aber auch Kuvertiermaschinen und dem After-Sales-Geschäft an ausländische Handelspartner besteht. Weiterhin sind in diesem Segment zentrale Unternehmensbereiche wie Einkauf, Konzernsteuerung und Teile des Rechnungswesens sowie die Aussteuerung des internationalen Händlernetzes angesiedelt. Im Berichtsjahr gab es nur noch eine Produktionsstätte in Wittenberge.

Im **Vertrieb Deutschland** werden unter dem Namen „FP Your Mail Management Company“ die inländischen Vertriebskräfte gebündelt und gezielt eingesetzt. In diesem Segment sollen Synergien gehoben und die Kundenpotenziale der einzelnen Gesellschaften bestmöglich zugänglich gemacht und bearbeitet werden.

Dem Segment **Vertrieb International** ist der weltweite Vertrieb der Frankier- und Kuvertiermaschinen über die eigenen Tochtergesellschaften in den wichtigsten Märkten zugeordnet.

Unter das Segment **zentrale Funktionen** fallen die Francotyp-Postalia Holding AG (HB-I-Abschluss), die FP InovoLabs GmbH (HB-I-Abschluss) und die Zwischenholding Francotyp-Postalia International AG (HB-I-Abschluss), die die Beteiligungen an der britischen, der niederländischen sowie der italienischen Tochtergesellschaft hält. Umsatzerlöse wurden im Berichtsjahr aus Dienstleistungen für andere Konzerngesellschaften generiert.

In der Spalte „Überleitung Konzern“ werden Inter- und Intrasegment-Beziehungen eliminiert sowie Anpassungen lokaler Bilanzierung an IFRS ausgewiesen. Detaillierte Aussagen dazu sind unter dem Abschnitt „Überleitungen zu den Segmentinformationen“ zu finden.

Die vorgenannten Segmente sind berichtspflichtige Segmente und Geschäftssegmente zugleich.

Das EBITDA entspricht dem Betriebsergebnis vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen auf Sachanlagen und auf immaterielle Vermögenswerte – vor Gewinnabführung bzw. Verlustübernahme. Das Segmentvermögen ergibt sich aus dem bilanziellen Gesamtvermögen, d. h. aus den aufsummierten Bilanzsummen der HB-I-Abschlüsse nach Berücksichtigung der Ergebnisabführungen. Hingegen errechnen sich die Segmentschulden aus den Bilanzsummen abzüglich Eigenkapital. Die Investitionen beinhalten die Zuführungen zu den langfristigen Vermögenswerten (abzüglich der Finanzinstrumente und der latenten Steuern) sowie die Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte.

Die Angaben zu Produkten und Dienstleistungen sowie zu den geografischen Bereichen sind den Erläuterungen zu den Umsatzerlösen in Abschnitt III., Tz. 1, zu entnehmen. Eine Abhängigkeit von wichtigen Kunden im Sinne des IFRS 8.34 besteht für Francotyp-Postalia nicht.

SEGMENTINFORMATIONEN 2013

in TEUR

	A	B	C	D		
	Produktion	Vertrieb Deutschland	Vertrieb International	Zentrale Funktionen	Überleitung Konzern	Gesamt
Umsatzerlöse	77.227	97.365	72.976	2.206	-80.857	168.918
mit externen Dritten	6.018	92.996	71.243	0	-1.340	168.918
Inter-/Intrasegment-Umsätze	71.209	4.369	1.733	2.206	-79.517	0
EBITDA	6.652	5.775	13.298	-2.384	-1.179	22.162
Abschreibungen und Wertminderungen	1.107	2.595	8.903	20	-825	11.800
Zinsergebnis	-662	-688	-507	-798	323	-2.332
davon Zinsaufwand	2.232	966	910	2.662	-3.499	3.271
davon Zinsertrag	1.570	278	403	1.864	-3.176	939
Sonstiges Finanzergebnis	5.167	152	-4	10.963	-16.494	-215
Steuerergebnis	-183	-64	-1.698	-1.105	87	-2.964
Ergebnisabführung	-9.487	-2.351	4	-626	12.460	0
Nettoergebnis	380	230	2.190	6.030	-3.979	4.851
Segmentvermögen	112.359	82.961	81.269	139.322	-278.510	137.400
Investitionen	425	888	14.680	10	-1.220	14.782
Segmentsschulden	110.820	74.819	63.316	71.588	-209.017	111.526

SEGMENTINFORMATIONEN 2012, ANGEPASST

in TEUR

	A	B	C	D		
	Produktion	Vertrieb Deutschland	Vertrieb International	Zentrale Funktionen	Überleitung Konzern	Gesamt
Umsatzerlöse	69.309	91.277	76.164	3.569	-74.680	165.640
mit externen Dritten	5.166	86.903	74.184	0	-614	165.640
Inter-/Intrasegment-Umsätze	64.143	4.374	1.980	3.569	-74.066	0
EBITDA	3.659	5.038	13.436	-2.487	-635	19.011
Abschreibungen und Wertminderungen	1.127	2.833	7.942	89	-2.046	9.945
Zinsergebnis	-955	-519	-210	-1.198	163	-2.719
davon Zinsaufwand	2.427	1.033	753	3.119	-3.637	3.696
davon Zinsertrag	1.472	514	543	1.922	-3.474	977
Sonstiges Finanzergebnis	5.918	-48	93	6.249	-12.487	-275
Steuerergebnis	-208	-123	-2.269	-944	1.436	-2.107
Ergebnisabführung	-6.903	-2.018	-4	-652	9.577	0
Nettoergebnis	424	-504	3.104	919	21	3.965
Segmentvermögen	113.088	84.735	94.483	125.788	-281.615	136.479
Investitionen	1.579	883	10.858	97	1.250	14.666
Segmentsschulden	112.058	76.893	75.433	63.955	-213.430	114.908

SEGMENTINFORMATIONEN

						in TEUR
	Produktion	Vertrieb Deutschland	Vertrieb International	Zentrale Funktionen	Überleitung Konzern	Gesamt
	A	B	C	D		
2013						
Rückstellungen für Restrukturierung	-1.644	-180	0	0	0	-1.824
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	110	128	0	21	-259	0
2012						
Rückstellungen für Restrukturierung	-4.692	-1.063	0	0	0	-5.755
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	904	283	0	21	-1.208	0

Die Abschreibungen enthalten in der Überleitungsspalte Wertminderungsaufwendungen in Höhe von TEUR 180 (im Vorjahr TEUR 0) für die Kundenbeziehungen in Schweden.

ÜBERLEITUNGEN ZU DEN SEGMENTINFORMATIONEN

	in TEUR	1.1.-31.12.	
		2013	2012
UMSATZERLÖSE			
Umsatzerlöse der Segmente A-C		247.569	236.750
Umsatzerlöse des Segments Zentrale Funktionen		2.206	3.570
Effekte aus der Anpassung Finanzierungsleasing		-1.340	-614
		248.435	239.706
Abzüglich Intersegmentumsätze		79.517	74.066
Umsatzerlöse laut Abschluss		168.918	165.640

	in TEUR	1.1.-31.12.	
		2013	2012 angepasst
EBITDA			
EBITDA der Segmente A-C		25.725	22.134
EBITDA des Segments Zentrale Funktionen		-2.384	-2.487
Effekte auf Konsolidierungsebene		23.341	19.647
Bewertungseffekte aus der Überleitung IFRS		-3.532	-3.921
EBITDA Konzern		2.353	3.285
		22.162	19.011
Abschreibungen und Wertminderungen		-11.800	-9.945
Zinsergebnis		-2.332	-2.719
Sonstiges Finanzergebnis		-215	-275
Konzernergebnis vor Steuern		7.815	6.075
Steuerergebnis		-2.964	-2.107
Konzernergebnis		4.851	3.965

	in TEUR	1.1.-31.12.	
		2013	2012
ABSCHREIBUNGEN			
Abschreibungen der Segmente A-C		12.607	11.903
Abschreibungen des Segments Zentrale Funktionen		20	89
Effekte aus der Umbewertung IFRS Entwicklungskosten		3.075	1.829
Effekte aus der Umbewertung IFRS Leasing		-477	-677
Effekte aus der Abschreibung Kundenbeziehungen		477	296
Effekte aus der Abschreibung selbst erstellter Software		68	68
Effekte Anpassung übrige immaterielle Vermögenswerte		-825	-790
Übrige Effekte aus Umbewertung IFRS		-155	-361
		14.790	12.357
Effekte auf Konsolidierungsebene		-2.990	-2.412
Abschreibungen laut Abschluss		11.800	9.945

	in TEUR	31.12.	
		2013	2012
VERMÖGEN			
Vermögen der Segmente A-C		276.589	292.306
Vermögen des Segments Zentrale Funktionen		139.322	125.788
Aktivierung Entwicklungskosten nach IFRS		17.817	17.150
Effekte aus der Umbewertung Firmenwerte		6.917	6.083
Effekte aus Abschreibung von Kundenbeziehungen		-477	-296
Effekte aus Abschreibung selbst erstellter Software		-68	-68
Übrige Überleitungen auf IFRS		4.202	4.642
		444.303	445.605
Effekte auf Konsolidierungsebene (u. a. Schuldenkonsolidierung)		-306.902	-309.599
Vermögen laut Abschluss		137.400	136.046

SCHULDEN	in TEUR	31.12.2013	31.12.2012
Schulden der Segmente A-C		248.955	264.383
Schulden des Segments Zentrale Funktionen		71.588	63.955
Effekte aus der Anpassung Pensionsrückstellungen		3.853	2.391
Effekte aus der Anpassung sonstige Rückstellungen		-3.778	-4.541
Übrige Überleitungen auf IFRS		12.430	13.295
		333.048	339.483
Effekte auf Konsolidierungsebene (u. a. Schuldenkonsolidierung)		-221.522	-226.681
Schulden laut Abschluss		111.526	112.802

INVESTITION	in TEUR	31.12.2013	31.12.2012
Investitionen der Segmente A-C		15.992	13.319
Investitionen des Segments Zentrale Funktionen		10	97
Effekte aus der Umbewertung IFRS		3.478	4.629
		19.479	18.045
Effekte auf Konsolidierungsebene		-4.697	-3.379
Investitionen laut Abschluss		14.782	14.666

VERMÖGEN NACH REGIONEN 2013	31.12.2013	kurzfristig	langfristig
in TEUR			
Deutschland	334.642	165.285	169.357
USA und Kanada	38.822	18.275	20.547
Europa (ohne Deutschland)	41.919	33.350	8.570
Übrige Regionen	528	496	31
	415.911	217.406	198.505
Effekte aus Umbewertung nach IFRS	28.937		
Effekte aus Abschreibung von Kundenbeziehungen	-477		
Effekte aus Abschreibung selbst erstellter Software	-68		
Effekte auf Konsolidierungsebene (u. a. Schuldenkonsolidierung)	-306.902		
Vermögen laut Abschluss	137.400		

VERMÖGEN NACH REGIONEN 2012	31.12.2012	kurzfristig	langfristig
in TEUR			
Deutschland	323.612	157.774	165.838
USA und Kanada	39.599	23.782	15.817
Europa (ohne Deutschland)	41.989	33.456	8.533
Übrige Regionen	12.895	12.847	48
	418.095	227.859	190.236
Effekte aus Umbewertung nach IFRS	27.873		
Effekte aus Abschreibung von Kundenbeziehungen	-296		
Effekte aus Abschreibung selbst erstellter Software	-68		
Effekte auf Konsolidierungsebene (u. a. Schuldenkonsolidierung)	-309.599		
Vermögen laut Abschluss	136.046		

Der in der Konzernbilanz ausgewiesene Geschäfts- oder Firmenwert in Höhe von TEUR 9.147 (im Vorjahr TEUR 9.147 – geändert) ist ausschließlich dem Segment Vertrieb Deutschland zugeordnet.

Im Übrigen machen wir von den Erleichterungsmöglichkeiten nach IFRS 8.33 Gebrauch.

Die Angaben beruhen auf Zahlen aus den HB-I-Abschlüssen (nach jeweils lokalen Rechnungslegungsgrundsätzen) der in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften.

Für eine Aufgliederung der Umsatzerlöse verweisen wir auf Abschnitt III., Tz. 1.

Francotyp-Postalia realisiert Umsatzerlöse aus Geschäftsvorfällen mit einer sehr breiten Kundenbasis. Dabei liegt der Umsatzanteil von jedem externen Kunden oder jeder Gruppe von Unternehmen, die als einziger externer Kunde anzusehen ist, unterhalb von 10 % der Umsatzerlöse von Francotyp-Postalia.

III. ERLÄUTERUNGEN ZUR KONZERN- GESAMTERGEBNISRECHNUNG

(1) UMSATZERLÖSE

Die Umsatzerlöse des FP-Konzerns lassen sich wie folgt aufgliedern:

in TEUR	2013	2012
Frankieren	23.614	25.445
Kuvertieren	6.883	6.284
Sonstige	1.563	1.783
Erträge aus Produktverkäufen	32.059	33.512
Mail Services	42.665	39.100
Service/Kundendienst	25.700	24.917
Vermietung	22.922	24.355
Verbrauchsmaterial	21.117	20.115
Teleporto	11.597	12.226
Software	12.859	11.416
Wiederkehrende Erträge	136.859	132.128
Gesamt	168.918	165.640

Nimmt man die Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Verbrauchsmaterial zu den Erträgen aus Produktverkäufen, so hat der FP-Konzern im Jahr 2013 TEUR 53.176 (im Vorjahr TEUR 53.627) Erträge aus dem Verkauf von Gütern erzielt. Aus dem Verkauf von Dienstleistungen (einschließlich Vermietung) wurden hingegen Erlöse in Höhe von TEUR 115.742 (im Vorjahr TEUR 112.013) erwirtschaftet. Auf Projekte nach IAS 11 entfielen TEUR 1.075 (im Vorjahr TEUR 0).

Die Umsatzerlöse gliedern sich regional wie folgt auf (die regionale Zuordnung der Umsatzerlöse richtet sich hierbei nach dem Sitz der Kunden):

in TEUR	2013	2012
Deutschland	92.050	86.622
USA	33.032	32.934
Europa (ohne Deutschland und Großbritannien)	23.644	24.333
Großbritannien	13.730	15.049
Übrige	6.463	6.702
Gesamt	168.919	165.640

(2) AKTIVIERTE EIGENLEISTUNGEN

in TEUR	2013	2012
Aktivierete Entwicklungskosten	4.165	5.174
Mietmaschinen	5.918	3.971
Anlagen in Finanzierungsleasing	3.164	2.795
Sonstiges	229	188
Gesamt	13.476	12.128

Von den aktivierten Entwicklungskosten entfielen TEUR 1.593 (im Vorjahr TEUR 2.580) auf die Entwicklung von zusätzlichen Ländervarianten und Zubehörkomponenten PostBase.

Aktivierete Eigenleistungen auf Anlagen in Finanzierungsleasing betreffen selbsterstellte, vermietete Erzeugnisse die refinanziert wurden.

Die aktivierten Entwicklungskosten sind um Zuwendungsrücknahmen zur Förderung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten in Höhe von TEUR -121 erhöht (im Vorjahr TEUR -92). Die Zuwendungen wurden im Vorjahr als Förderung von Entwicklungsprojekten zur Deckung der zuwendungsfähigen Kosten als Anteilsfinanzierung gewährt.

Die Position Sonstige beinhaltet Softwareentwicklungen. Im Vorjahr betraf sie im Wesentlichen maschinelle Anlagen in Höhe von TEUR 97.

(3) SONSTIGE ERTRÄGE

in TEUR	2013	2012
Schadenersatz	740	0
Nutzungsentgelte	360	256
Bonusgutschriften	332	0
Ausbuchung von Verbindlichkeiten	272	0
Zahlungseingänge auf bereits abgeschriebene Forderungen	197	4
Aufwandszuschüsse und Zulagen	126	156
Buchgewinne aus dem Verkauf von Anlagevermögen	61	148
Provisionseinnahmen	31	51
Erträge aus dem Verkauf von Vorräten (RHB, UE)	0	523
Übrige Erträge	357	211
Gesamt	2.475	1.349

Unter den Aufwandszuschüssen und Zulagen sind Zuschüsse für die Beschäftigung von Schwerbehinderten in Höhe von TEUR 84 (im Vorjahr TEUR 146) enthalten.

Im Berichtsjahr hat der FP-Konzern aufgrund eines abgeschlossenen Prozesses der freesort einen Ertrag aus Schadenersatzforderungen in Höhe von TEUR 153 erzielt. Daneben werden bei der FP Holding Erträge im Zusammenhang mit einer Schadenersatzklage gegen ein ehemaliges Vorstandsmitglied in Höhe von TEUR 587 ausgewiesen. Die Erfolgsaussichten in diesem Verfahren werden als überwiegend wahrscheinlich eingeschätzt. Aufgrund einer bestehenden D & O-Versicherung ist im Fall einer erfolgreichen Klage auch die Realisierung der Forderung überwiegend wahrscheinlich.

Im Zusammenhang mit der Auslagerung der Fertigung einer Produktlinie wurden in 2012 die im Konzern vorhandenen Vorräte für diese Produktlinie (insbesondere unfertige Erzeugnisse) in Höhe von TEUR 523 an den zukünftigen Zulieferbetrieb veräußert. Im Berichtsjahr fielen in diesem Zusammenhang keine Erträge mehr an.

In Höhe von TEUR 122 (im Vorjahr TEUR 1.064) wurden Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in den jeweiligen Aufwandspositionen verrechnet.

(4) MATERIALAUFWAND

in TEUR	2013	2012
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	34.157	32.048
Aufwendungen für bezogene Leistungen	43.778	40.505
Gesamt	77.935	72.553

(5) PERSONALAUFWAND

in TEUR	2013	2012 angepasst
Löhne und Gehälter	45.518	44.449
Soziale Abgaben	7.438	7.883
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	1.036	924
Gesamt	53.992	53.256

In den Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung sind TEUR 161 (im Vorjahr TEUR 163) Dienstzeitaufwendungen für leistungsorientierte Versorgungsverpflichtungen enthalten.

Für beitragsorientierte Pläne wurden im Berichtsjahr 2013 TEUR 2.705 (im Vorjahr TEUR 3.399) als Aufwand erfasst. Diese Aufwendungen enthalten auch die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung.

Darüber hinaus bestehen bei unseren europäischen Tochtergesellschaften zum Teil leistungsorientierte Pläne, an denen mehrere Arbeitgeber beteiligt sind. Da die betreffenden Pensionsfonds keine ausreichenden Informationen über die Pensionsverpflichtungen und das Planvermögen, soweit es unsere Tochtergesellschaft betrifft, zur Verfügung stellen können, werden diese Pläne wie beitragsorientierte Pläne behandelt.

Sämtliche Arbeitgeber der Branche sind verpflichtet, sich für ihre Arbeitnehmer an dieser Form der Altersvorsorge zu beteiligen. Die Versorgungszusage an die Arbeitnehmer wird vollständig durch das Planvermögen des gemeinschaftlichen Plans finanziert. Um die Finanzierung sicherzustellen, werden die zu zahlende Beiträge von der Versorgungseinrichtung festgelegt. Die Beiträge orientieren sich am Beschäftigungsentgelt der Arbeitnehmer.

Der im Berichtsjahr angefallene Aufwand betrug für leistungsorientierte Multi-Employer-Pläne TEUR 374 (im Vorjahr TEUR 405). Für 2014 werden Beitragszahlungen in Höhe von TEUR 380 erwartet. Die Versorgungspläne weisen Ende des Jahres 2013 entsprechend den Informationen des Versorgungsträgers wie im Vorjahr weiterhin eine Vermögensüberdeckung auf.

(6) ANDERE AUFWENDUNGEN

in TEUR	2013	2012
Mieten/Pachten	6.498	7.352
Provisionen	3.514	4.044
Gebühren, Honorare, Beratung	2.106	2.098
Verpackung und Fracht	2.668	3.042
Reparatur und Instandhaltung	2.476	2.489
Marketing	2.031	2.389
Nachrichtenübermittlung und Porto	1.749	1.719
Reisekosten	1.580	1.779
Personalbezogene Kosten	1.109	1.462
Forderungsbewertung	989	814
EDV-Fremdleistungen	985	1.243
Beiträge zu Berufsvertretungen	532	540
Fremdbewachung und -reinigung	525	496
Kosten des Geldverkehrs	460	491
Büromaterial	437	502
Aufwendungen aus dem Abgang von Anlagevermögen	164	166
Aufwand aus dem Verkauf von Vorräten (RHB, UE)	0	447
Übrige	2.424	3.042
Gesamt	30.262	34.115

Die größten Positionen in den übrigen Aufwendungen waren im Berichtsjahr 2013 Kfz-Kosten TEUR 702 (im Vorjahr TEUR 532), Bewirtungskosten mit TEUR 412 (im Vorjahr TEUR 351), Aufwendungen für Schutzrechte und Lizenzen TEUR 406 (im Vorjahr TEUR 386) sowie Aufwendungen für Versicherungen mit TEUR 399 (im Vorjahr TEUR 419).

(7) FINANZERGEBNIS

in TEUR	2013	2012 angepasst
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	939	977
davon aus Finanzierungsleasing	505	529
davon aus Bankguthaben	334	381
davon von Dritten	100	67
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.271	3.696
davon aus Bankverbindlichkeiten	2.078	2.361
davon Zinsen aus Nettoschuld für Versorgungsverpflichtungen	426	534
davon aus Finanzierungsleasing	357	117
Übrige	410	684
Zinsergebnis	-2.332	-2.719
Sonstige Finanzerträge	1.111	679
Sonstige Finanzaufwendungen	1.326	954
Gesamt	-2.547	-2.994

Die sonstigen Finanzerträge und sonstigen Finanzaufwendungen resultieren wie im Vorjahr aus Fremdwährungsumrechnungen.

In den Zinsaufwendungen sind Aufwendungen im Zusammenhang mit Derivaten in Höhe von TEUR 113 (im Vorjahr TEUR 201) enthalten.

(8) STEUERN

Das Steuerergebnis stellt sich wie folgt dar:

in TEUR	2013	2012 angepasst
Laufender Steueraufwand (im Vorjahr Steuerertrag)	1.477	-298
davon periodenfremd	-40	-1.568
davon Steuern der laufenden Periode	1.517	1.270
Latenter Steueraufwand	1.487	2.405
davon periodenfremd	-135	992
davon latente Steuern der laufenden Periode	1.622	1.413
Steueraufwand	2.964	2.107

Bei der Bewertung der latenten Steuern wurden die am Abschlussstichtag gültigen oder angekündigten Steuersätze und Steuervorschriften herangezogen. Für die inländischen Kapitalgesellschaften wurden zusammengefasste Ertragsteuersätze aus Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer berücksichtigt. Die inländischen Steuersätze betragen von 27,13 % bis 29,13 % (im Vorjahr 27,13 % bis 30,18 %). Bei den ausländischen Gesellschaften wurden länderspezifische Steuersätze von 17,0 % bis 38,35 % (im Vorjahr 17,0 % bis 38,11 %) ermittelt.

Von dem latenten Steueraufwand sind TEUR 1.027 (im Vorjahr TEUR 1.346) auf die Veränderung temporärer Differenzen und TEUR 460 (im Vorjahr TEUR 1.057) auf die Veränderung der aktivierten latenten Steuern für Verlust- und Zinsvorträge zurückzuführen. Der erfolgsneutral im Eigenkapital erfasste Aufwand aus der Veränderung der latenten Steuern betrug in 2013 insgesamt TEUR 79 (im Vorjahr TEUR -584).

Der Buchwert der berücksichtigten aktiven latenten Steuern auf nicht genutzte steuerliche Verlust- und Zinsvorträge beträgt zum Abschlussstichtag TEUR 5.429 (im Vorjahr TEUR 5.889). Die aktivierten Steuerlatenzen für Verlustvorträge beruhen auf der Erwartung, dass die Verlustvorträge mit künftigen steuerlichen Gewinnen verrechnet werden können. Bei den zugrunde gelegten Planungen wird als Betrachtungshorizont ein Zeitraum von maximal fünf Jahren zugrunde gelegt.

Es wurde in Höhe von TEUR 1.057 (im Vorjahr TEUR 3.601) ein Überhang von aktiven über passive latente Steuern für Unternehmen angesetzt, die in der laufenden Periode oder der Vorperiode Verluste erlitten haben. Der Überhang der aktiven latenten Steuern kann voraussichtlich planmäßig durch Gewinne aus dem laufenden Geschäft und aus Umstrukturierungen in Folgejahren realisiert werden.

In Bezug auf die mit der Aktivierung der Steuerlatenzen für Verlustvorträge verbundenen Schätzungsunsicherheiten verweisen wir auf unsere Ausführungen in Abschnitt I., „Annahmen und Schätzungen des Managements“.

In Höhe von insgesamt TEUR 1.044 (im Vorjahr TEUR 1.167) sind für Verlustvorträge und abzugsfähige temporäre Differenzen keine aktiven latenten Steuern angesetzt worden. Die den nicht aktivierten latenten Steuern

zugrunde liegenden Verlustvorträge und abzugsfähigen temporären Differenzen betragen TEUR 2.662 (im Vorjahr TEUR 1.651) und TEUR 1.016 (im Vorjahr TEUR 4.148).

Auf den Unterschiedsbetrag zwischen dem in der Konzern-Bilanz erfassten anteiligen Eigenkapital von Tochtergesellschaften und den korrespondierenden steuerbilanziellen Beteiligungsansätzen, z. B. durch Gewinnthesaurierung, sind grundsätzlich latente Steuern zu berechnen. Auf temporäre Differenzen in Höhe von TEUR 327 (im Vorjahr TEUR 527) sind passive latente Steuern nicht angesetzt worden, da eine Realisierung aus heutiger Sicht nicht geplant ist. Bei Veräußerung oder Ausschüttung würden der Veräußerungsgewinn bzw. die Dividende zu 5 % der Besteuerung in Deutschland unterliegen.

Der Aufwand aus Ertragsteuern von TEUR 2.964 laut Gewinn- und Verlustrechnung (im Vorjahr TEUR 2.107) steht einem erwarteten Ertragsteueraufwand von TEUR 2.194 (im Vorjahr TEUR 1.705) gegenüber, der sich bei Anwendung des Konzernertragsteuersatzes auf das Konzernergebnis vor Ertragsteuern ergeben würde. Als Konzernertragsteuersatz wurde der Steuersatz der wesentlichen inländischen Konzerngesellschaften in Höhe von 28,08 % verwendet.

in TEUR	2013	2012 angepasst
Konzernergebnis vor Ertragsteuern	7.815	6.067
Erwarteter Steueraufwand (28,08%; im Vorjahr 28,08%)	2.194	1.705
Steuersatzdifferenzen	265	240
Steuereffekt der nicht abzugsfähigen Aufwendungen und steuerfreien Erträge	577	456
Ertragsteuern für Vorjahre	-40	-1.568
Änderung des Ansatzes bzw. Nichtansatz von aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge und abzugsfähige temporäre Differenzen	-135	1.493
Sonstige Abweichungen	103	-219
Tatsächlicher Steueraufwand	2.964	2.107
Steuerbelastung in %	37,9	34,7

(9) ERGEBNIS JE AKTIE

Der Vorstand der Francotyp-Postalia Holding AG hat am 20. November 2007 auf Grundlage des Ermächtigungsbeschlusses der Hauptversammlung der Gesellschaft vom 16. Oktober 2006 die Durchführung eines Programms zum Rückkauf von Aktien der Gesellschaft beschlossen. Es wurden insgesamt 370.444 eigene Aktien erworben.

Zur Berechnung des Ergebnisses je Aktie werden die gewichtete durchschnittliche Anzahl der in der Berichtsperiode im Umlauf befindlichen Aktien sowie das auf die Anteilseigner der FP Holding entfallende Konzernergebnis herangezogen. Die Anzahl der Aktien ist daher gemäß IAS 33.20 um die zurückgekauften eigenen Aktien bereinigt. Zudem ist das Aktienoptionsprogramm 2010 bei der Berechnung der durchschnittlichen Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien zu berücksichtigen.

Die gewichtete durchschnittliche Zahl der Stückaktien beträgt für das Geschäftsjahr 2013 somit 15.789.556 Aktien (unverwässert) und 15.920.729 Aktien (verwässert). Im Vorjahr gab es keinen Verwässerungseffekt; die gewichtete durchschnittliche Zahl der Stückaktien betrug 15.458.463 Aktien (unverwässert und verwässert).

Die gewichtete durchschnittliche Zahl der unverwässerten und verwässerten Stückaktien ergab sich dabei wie folgt:

	2013	2012
Ausgegebene Stammaktien zum 1.1.	16.160.000	14.700.000
Auswirkung eigener Aktien	-370.444	-370.444
Auswirkung der im März 2012 ausgegebenen Aktien	0	1.128.907
Gewichteter Durchschnitt der Stammaktien (unverwässert) zum 31.12.	15.789.556	15.458.463
Auswirkung der ausgegebenen Aktienoptionen	131.173	0
Gewichteter Durchschnitt der Stammaktien (verwässert) zum 31.12.	15.920.729	15.458.463

Bei einem Konzernergebnis (auf die Anteilseigner der FP Holding entfallend) von TEUR 4.932 (im Vorjahr TEUR 4.124) beträgt das Ergebnis EUR 0,31 (im Vorjahr EUR 0,27) je Aktie (unverwässert und verwässert).

IV. ERLÄUTERUNGEN ZUR KONZERNBILANZ

(10) ANLAGEVERMÖGEN

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens für die Berichtsperiode ist im Anlagenspiegel in der Anlage 1 zum Anhang dargestellt (Anlage 1a für 2012 sowie Anlage 1b für 2013). Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögenswerte werden in der Bilanz zusammen mit den selbst erstellten immateriellen Vermögenswerten, die ausschließlich aktivierte Entwicklungskosten betreffen, ausgewiesen. Im Anlagenspiegel erfolgt eine getrennte Darstellung.

In den **immateriellen Vermögenswerten** mit Buchwerten in Höhe von TEUR 32.750 (im Vorjahr TEUR 33.009 – angepasst) sind u. a. entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte mit TEUR 4.749 (im Vorjahr TEUR 5.887) und Entwicklungskosten für selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte mit TEUR 11.723 (im Vorjahr TEUR 11.840) enthalten.

Weiterhin werden unter den immateriellen Vermögenswerten noch nicht abgeschlossene Entwicklungsprojekte mit Buchwerten von TEUR 7.131 (im Vorjahr EUR 6.135) – gesondert – ausgewiesen.

Im Rahmen der Neubewertung bei Entstehung des Konzerns im April 2005 wurde eine Kaufpreisallokation vorgenommen, wobei die **Kundenbeziehungen** auf Konzernebene mit TEUR 38.703 bewertet worden waren. Bei der Allokation des Kaufpreises für freesort und iab (Erwerb im Jahr 2006) wurden für die Kundenlisten Werte in Höhe von TEUR 2.670 bzw. TEUR 1.421 ermittelt. Bei der Allokation des Kaufpreises für Franco Frankerings Interessenter AB, Stockholm / Schweden, in 2010 wurde den Kundenbeziehungen ein Wert in Höhe von TEUR 4.751 zugeordnet. Die jeweiligen Kundenbeziehungen wurden aus vertraglichen Vereinbarungen aufgebaut und waren jeweils zum Zeitpunkt unmittelbar vor Zusammenschluss nicht bilanziert.

Zum 31. Dezember 2013 haben die genannten Kundenbeziehungen noch einen Buchwert in Höhe von TEUR 2.946 (im Vorjahr TEUR 3.614), der sich ausschließlich auf die Kundenbeziehungen im Zusammenhang mit dem Erwerb der Franco Frankerings Interessenter AB bezieht. Die planmäßigen Abschreibungen auf diese Kundenbeziehungen betragen im Geschäftsjahr 2013 TEUR 283

(im Vorjahr TEUR 282). Darüber hinaus gab es eine Wertminderung in Höhe von TEUR 180 (im Vorjahr TEUR 0). Der noch verbleibende Amortisationszeitraum beträgt 11 Jahre und 3 Monate.

Da die im Geschäftsjahr 2013 erzielten Umsatzerlöse den Erwartungswert aus dem Vorjahr deutlich unterschritten hat, wurden die Kundenbeziehungen anlassbezogen auf Wertminderung nach IAS 36 überprüft. Hierzu wurde die Residualwertmethode verwendet. Bei der Residualwertmethode wird der Barwert der Cashflows, die allein auf den zu bewertenden Vermögenswert zurückzuführen sind, ermittelt. Der Diskontierungszinssatz für die Cashflows beträgt basierend auf dem Konzept der durchschnittlichen gewichteten Kapitalkosten (sog. weighted average cost of capital – WACC) nach Steuern 7,58 %. Für die Kundenbeziehungen wurde ein Wert von TEUR 2.946 ermittelt.

Die mit dem Kauf der freesort und der iab erworbene **Software** wurde im Zeitpunkt der Erstkonsolidierung der freesort und der iab mit einem beizulegenden Zeitwert in Höhe von TEUR 600 bzw. TEUR 9.238 angesetzt. Beim Kauf der Anteile an der Mentana-Claimsoft AG (seit 16. Dezember 2011 Mentana-Claimsoft GmbH) wurde die erworbene Software (Technologien) mit einem beizulegenden Zeitwert in Höhe von TEUR 374 angesetzt. Die Bewertung erfolgte ebenfalls nach dem Ertragswertverfahren.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2013 hat die erworbene Software noch einen Buchwert in Höhe von TEUR 180 (im Vorjahr TEUR 249) und entfällt nur noch auf Mentana-Claimsoft. Die Software wurde im Jahr 2013 mit TEUR 68 (im Vorjahr TEUR 68) abgeschrieben. Der noch verbleibende Amortisationszeitraum liegt zwischen 2 und 38 Monaten.

Im Geschäftsjahr 2013 sind für Forschung und Entwicklung Kosten in Höhe von TEUR 8.989 (im Vorjahr TEUR 10.362) angefallen, von denen TEUR 4.165 (im Vorjahr TEUR 5.174) aktiviert wurden und TEUR 4.604 (im Vorjahr TEUR 5.188) im Aufwand erfasst sind. In der Berichtsperiode wurden TEUR 266 (im Vorjahr TEUR 287) Fremdkapitalkosten aktiviert. Dabei kam ein durchschnittlicher Finanzierungskostensatz von 4,19 % (im Vorjahr 4,50 %) zur Anwendung.

Der **Geschäfts- oder Firmenwert** in Höhe von TEUR 9.147 (im Vorjahr TEUR 9.147 – angepasst) verteilt sich mit TEUR 5.851 (unverändert zum Vorjahr) auf die zahlungsmittelgenerierende Einheit freesort, mit TEUR 2.643

(unverändert zum Vorjahr) auf die zahlungsmittelgenerierende Einheit iab und mit TEUR 653 auf die zahlungsmittelgenerierende Einheit Mentana-Claimsoft (im Vorjahr TEUR 653). Die für den ausgewiesenen Geschäfts- oder Firmenwert kumulierten Wertminderungsaufwendungen betragen bei freesort TEUR 12.500 und bei iab TEUR 1.275 (jeweils unverändert zum Vorjahr).

Zum Bilanzstichtag bestimmte der Konzern gemäß IAS 36 im Rahmen von Impairment-Tests den erzielbaren Betrag der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten, denen Geschäfts- oder Firmenwert zugeordnet waren. Der erzielbare Betrag ist der höhere Wert aus beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten („fair value less cost to sell“) und Nutzungswert („value in use“).

Bei der Bestimmung des erzielbaren Betrags der entsprechenden zahlungsmittelgenerierenden Einheiten freesort, iab und Mentana-Claimsoft wurde auf den beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten abgestellt, da dieser nach Einschätzung des Managements jeweils über dem zugehörigen Nutzungswert liegt.

Da eine Ableitung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten auf Basis von Informationen von aktiven Märkten mangels erfolgter Transaktionen nicht möglich ist, erfolgt eine Ermittlung auf Basis diskontierter Cashflows (Level 3 Fair Value Hierarchie). Grundlage sind Cashflow-Prognosen, die auf den Finanzplänen des Managements beruhen. Die hierbei berücksichtigten Werte für diese Annahmen beruhen auf externen Untersuchungen zum Postmarkt und auf Erfahrungswerten des Managements. Die Finanzplanungen bestehen grundsätzlich aus Erfolgsplanung, Bilanz und Kapitalflussrechnung und werden für die ersten drei Jahre detailliert auf Basis der Absatzplanung abgeleitet und unter pauschalierten Annahmen für die beiden folgenden Planjahre weiterentwickelt. Nach dem fünften Planjahr wird jeweils bei freesort, iab und Mentana-Claimsoft von einer ewigen Rente ausgegangen.

Die Diskontierungssätze wurden gemäß den Vorgaben des IAS 36 unter Berücksichtigung einer Wachstumsrate für die Cashflows nach Ende des fünfjährigen Planungszeitraums abgeleitet. Die Diskontierungssätze basieren auf dem Konzept der durchschnittlichen gewichteten Kapitalkosten (Weighted Average Cost of Capital – WACC).

Die Ableitung des erzielbaren Betrags basiert zunächst auf einer Diskontierung der Cashflows mit den Kapitalkosten nach Steuern. Im Anschluss wurden die Kapitalkosten vor Steuern iterativ ermittelt.

Im Rahmen der Berechnung des beizulegenden Zeitwerts werden Veräußerungskosten pauschaliert berücksichtigt.

Bei dem mit den Geschäften der **freesort** verbundenen Firmenwert wurde im Rahmen des 2013 durchgeführten Impairment-Tests keine Wertminderung festgestellt, da ein beizulegender Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten über dem Buchwert der Vermögenswerte ermittelt wurde. Der erzielbare Betrag bezogen auf den Gesamtunternehmenswert lag um TEUR 10.206 über dem Buchwert (im Vorjahr TEUR 2.367). Sofern nur 58,6 % (im Vorjahr 79,6 %) des geplanten EBIT erreicht werden, wäre der erzielbare Betrag gleich dem Buchwert der Vermögenswerte.

Für die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten der freesort wurde ein Diskontierungssatz (WACC) nach Steuern von 8,9 % (im Vorjahr 9,52 %) herangezogen. Der entsprechende Diskontierungssatz vor Steuern beläuft sich auf 10,18 % (im Vorjahr 12,73 %). Die bei der freesort nach dem Betrachtungszeitraum von fünf Jahren anfallenden Cashflows werden auf Basis des fünften Planjahres mit einer Wachstumsrate von 1,0 % (im Vorjahr 1,0 %) fortgeschrieben.

Bei folgenden Grundannahmen, die der Berechnung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten der freesort zugrunde liegen, bestehen Schätzungsunsicherheiten mit Auswirkungen auf das EBIT und damit die zu diskontierenden Cashflows bzw. den Diskontierungssatz:

- Sendungsvolumen: Die künftige Entwicklung der Cashflows ist abhängig von der Anzahl der Kundenbeziehungen beziehungsweise der Anzahl der bearbeiteten Sendungen. Das Umsatzwachstum liegt in einer Bandbreite von 2,0 % bis 12,3 %. Die angesetzten Werte beruhen auf der Evaluierung von Marktpotenzialen sowie aktuellen Kundenkontakten und weisen eine stark steigende Tendenz auf. Die Annahmen beruhen auf der positiven Entwicklung im Geschäftsjahr und dem geplanten Ausbau der Vertriebsaktivitäten.

- Bruttogewinnmargen: Die angesetzten Bruttogewinnmargen basieren auf den aktuell realisierbaren Werten und den Erfahrungen des Managements; es wurde von einer moderat steigenden Tendenz der Margen ausgegangen. Das EBITDA in % vom Umsatz steigt in einer Bandbreite von 3,9 % bis 6,9 %.

- Diskontierungssatz: Annahmen zu den einzelnen Bestandteilen des WACC sowie der nachhaltigen Wachstumsrate.

Die zugrunde gelegten Planungen sind insgesamt deutlich optimistischer im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der Geschäftsentwicklung von freesort im Berichtsjahr.

Eine Sensitivierung der wesentlichen Berechnungsparameter zeigt folgendes Bild (ceteris paribus):

31.12.2013

Diskontierungssatz	8,9 %	14,5 %
Wertminderung	-	0,4 Mio. EUR
Schwankung geplantes EBIT	100 %	55 %
Wertminderung	-	0,9 Mio. EUR
Wachstumsrate	1,0 %	-11,0 %
Wertminderung	-	0,2 Mio. EUR

31.12.2012

Diskontierungssatz	9,5 %	12,0 %
Wertminderung	-	0,4 Mio. EUR
Schwankung geplantes EBIT	100 %	75 %
Wertminderung	-	0,5 Mio. EUR
Wachstumsrate	1,0 %	-4,0 %
Wertminderung	-	0,5 Mio. EUR

Bei dem mit den Geschäften der **iab** verbundenen Firmenwert wurde im Rahmen des 2013 durchgeführten Impairment-Tests keine Wertminderung festgestellt, da ein beizulegender Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten über dem Buchwert der Vermögenswerte ermittelt wurde. Der erzielbare Betrag bezogen auf den Gesamtunternehmenswert (inkl. Minderheitenanteile von 49 %) lag mit TEUR 7.747 insgesamt um TEUR 1.213 (im Vorjahr TEUR 354) über dem Buchwert. Sofern nur 86,3 % (im Vorjahr 95,7 %) des geplanten EBIT erreicht werden,

wäre der erzielbare Betrag gleich dem Buchwert der Vermögenswerte.

Für die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten wurde ein Diskontierungszinssatz (WACC) nach Steuern von 10,23 % (im Vorjahr 10,78 %) herangezogen. Der entsprechende Diskontierungssatz vor Steuern beläuft sich auf 11,53 % (im Vorjahr 14,1 %). Die bei der iab nach dem Betrachtungszeitraum von fünf Jahren anfallenden Cashflows werden auf Basis des fünften Planjahres mit einer Wachstumsrate von 2,0 % (im Vorjahr 2,0 %) fortgeschrieben.

Bei folgenden Grundannahmen, die der Berechnung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten zugrunde liegen, bestehen Schätzungsunsicherheiten mit Auswirkungen auf das EBIT und damit die zu diskontierenden Cashflows bzw. den Diskontierungszinssatz:

- **Sendungsvolumen:** Die künftige Entwicklung der Cashflows ist abhängig von der Anzahl der Kundenbeziehungen beziehungsweise der Anzahl der bearbeiteten Sendungen. Das Umsatzwachstum ab 2014 liegt in einer Bandbreite von 7,0 % bis 12,5 %. Die angesetzten Werte beruhen auf der Evaluierung von Marktpotenzialen sowie aktuellen Kundenkontakten und weisen eine stark steigende Tendenz auf.
- **Bruttogewinnmargen:** Die angesetzten Bruttogewinnmargen basieren auf den aktuell realisierbaren Werten und den Erfahrungen des Managements; es wurde von einer moderat steigenden Tendenz der Margen ausgegangen. Das EBITDA in % vom Umsatz liegt in einer Bandbreite von 5,4 % bis 7,4 %.
- **Diskontierungszinssatz:** Annahmen zu den einzelnen Bestandteilen des WACC sowie der nachhaltigen Wachstumsrate.

Die zugrunde gelegten Planungen sind insgesamt leicht optimistischer im Vergleich zum Vorjahr, aufgrund der Geschäftsentwicklung von der iab im Berichtsjahr.

Eine Sensitivierung der wesentlichen Berechnungsparameter zeigt, bezogen auf den im Konzernabschluss ausgewiesenen Geschäfts- oder Firmenwert, folgendes Bild (*ceteris paribus*):

31.12.2013

Diskontierungssatz	10,2 %	12,0 %
Wertminderung	-	0,4 Mio. EUR
Schwankung geplantes EBIT	100 %	80 %
Wertminderung	-	0,6 Mio. EUR
Wachstumsrate	2,0 %	-1,0 %
Wertminderung	-	0,5 Mio. EUR

31.12.2012

Diskontierungssatz	10,8 %	11,8 %
Wertminderung	-	0,6 Mio. EUR
Schwankung geplantes EBIT	100 %	90 %
Wertminderung	-	0,5 Mio. EUR
Wachstumsrate	2,0 %	1,0 %
Wertminderung	-	0,3 Mio. EUR

Bei dem mit den Geschäften der **Mentana-Claimsoft** verbundenen Firmenwert wurde im Rahmen des 2013 durchgeführten Impairment-Tests keine Wertminderung festgestellt, da ein beizulegender Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten über dem Buchwert der Vermögenswerte ermittelt wurde. Der erzielbare Betrag bezogen auf den Gesamtunternehmenswert (inkl. Minderheitenanteile von 24,5 %) lag mit TEUR 15.970 insgesamt um TEUR 13.395 (im Vorjahr TEUR 1.972 – angepasst) über dem Buchwert. Sofern 15,6 % (im Vorjahr 60,8 %) des geplanten EBIT erreicht werden, wäre der erzielbare Betrag gleich dem Buchwert der Vermögenswerte.

Für die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten wurde ein Diskontierungszinssatz (WACC) nach Steuern von 14,25 % (im Vorjahr 15,75 %) herangezogen. Der entsprechende Diskontierungssatz vor Steuern beläuft sich auf 16,25 % (im Vorjahr 19,9 %). Die bei der Mentana-Claimsoft nach dem Betrachtungszeitraum von fünf Jahren anfallenden Cashflows werden auf Basis des fünften Planjahres mit einer Wachstumsrate von 2,0 % (im Vorjahr 2,0 %) fortgeschrieben.

Bei folgenden Grundannahmen, die der Berechnung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten zugrunde liegen, bestehen Schätzungsunsicherheiten mit Auswirkungen auf das EBIT und damit die zu diskontierenden Cashflows bzw. den Diskontierungszinssatz:

- **Sendungsvolumen:** Die künftige Entwicklung der Cashflows ist abhängig von der Anzahl der Kundenbeziehungen beziehungsweise der Anzahl der bearbeiteten Sendungen. Das Umsatzwachstum ab 2014 liegt in einer Bandbreite von 22,5 % bis 156,4 %. Die angesetzten Werte beruhen auf der Evaluierung von Marktpotenzialen und weisen eine steigende Tendenz auf. Die Annahmen basieren insbesondere auf den im Geschäftsjahr abgeschlossenen Kundenverträgen.
- **Bruttogewinnmargen:** Die angesetzten Bruttogewinnmargen je transportierter De-Mail basieren auf den aktuell erwarteten Werten des Managements. Sie reflektieren Vergleichswerte für physische Briefsendungen unter Berücksichtigung von Kostenvorteilen für die Marktteilnehmer. Es werden stark steigende Margen unterstellt. Das EBITDA in % vom Umsatz liegt in einer Bandbreite von 16,2 % bis 42,5 %.
- **Diskontierungszinssatz:** Annahmen zu den einzelnen Bestandteilen des WACC sowie der nachhaltigen Wachstumsrate.

Die zugrunde gelegten Planungen sind insgesamt wesentlich optimistischer im Vergleich zum Vorjahr, aufgrund gestiegener Markterwartungen.

Eine Sensitivierung der wesentlichen Berechnungsparameter zeigt, bezogen auf den im Konzernabschluss ausgewiesenen Geschäfts- oder Firmenwert, folgendes Bild (*ceteris paribus*):

31.12.2013

Diskontierungssatz	14,3 %	50,0 %
Wertminderung	-	0,2 Mio. EUR
Schwankung geplantes EBIT	100 %	10 %
Wertminderung	-	0,9 Mio. EUR
Wachstumsrate	2,0 %	-99,9 %
Wertminderung	-	0,0 Mio. EUR

31.12.2012 - ANGEPASST

Diskontierungssatz	15,8 %	25 %
Wertminderung	-	0,5 Mio. EUR
Schwankung geplantes EBIT	100 %	50 %
Wertminderung	-	0,5 Mio. EUR
Wachstumsrate	2,0 %	-10 %
Wertminderung	-	0,2 Mio. EUR

Im **Sachanlagevermögen** werden auch vermietete Erzeugnisse mit Buchwerten von TEUR 10.060 (im Vorjahr TEUR 7.732) sowie Anlagen aus Finanzierungsleasingverhältnissen (bei denen der FP-Konzern Leasingnehmer ist) mit Buchwerten von TEUR 7.509 (im Vorjahr TEUR 5.929) ausgewiesen. Insbesondere freesort und Francotyp-Postalia Inc. finanzieren über Finanzierungsleasingverträge Sortieranlagen und vermietete Erzeugnisse.

In den Herstellungskosten des Sachanlagevermögens sind in der Berichtsperiode aktivierte Eigenleistungen in Höhe von TEUR 13.476 erfasst worden (im Vorjahr TEUR 12.128). Entschädigungsbeträge von Dritten für Sachanlagen, die wertgemindert, untergegangen oder außer Betrieb genommen worden sind, wurden in Höhe von TEUR 5 (im Vorjahr TEUR 1) vereinnahmt.

Die in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung unter der Position „Abschreibungen und Wertminderungen“ ausgewiesenen Beträge enthalten im Berichtsjahr 2013 Wertminderungen in Höhe von TEUR 180 (im Vorjahr TEUR 0).

Wir verweisen an dieser Stelle auf unsere Angaben zu Sicherheiten unter Tz. 23 sowie Investitionsverpflichtungen unter Tz. 24 in diesem Abschnitt.

(11) FORDERUNGEN AUS FINANZIERUNGSLEASING

Die Überleitung der zukünftigen Leasingeinzahlungen zu den Forderungen aus Finanzierungsleasingverträgen stellt sich wie folgt dar:

	in TEUR			
	Gesamt	Restlaufzeiten		
		bis 1 Jahr	1 – 5 Jahre	über 5 Jahre
Zukünftige Mindestleasingzahlungen	2.296	1.246	1.050	0
Zinsanteil	306	251	55	0
Forderungen aus Finanzierungsleasingverträgen (Barwert)	1.990	995	995	0

Nicht garantierte Restwerte zu Gunsten des Leasinggebers liegen zum Stichtag nicht vor. Der Wert der Bruttoinvestitionen entspricht daher gemäß IAS 17.7 den angegebenen zukünftigen Leasingzahlungen in Höhe von TEUR 2.296 (im Vorjahr TEUR 3.168). Nach Abzinsung in Höhe von TEUR 306 (im Vorjahr TEUR 433) ergeben sich daraus Nettoinvestitionen in Höhe von TEUR 1.990 (im Vorjahr TEUR 2.735), die dem noch nicht realisierten Finanzertrag als Differenz aus Brutto- und Nettoinvestitionen entsprechen. Wertberichtigungen für uneinbringliche ausstehende Mindestleasingzahlungen sowie in der Berichtsperiode 2013 als Ertrag erfasste bedingte Mietzahlungen existieren zum Stichtag nicht (im Vorjahr ebenso nicht).

	in TEUR			
	Gesamt	Restlaufzeiten		
		bis 1 Jahr	1 – 5 Jahre	über 5 Jahre
Zukünftige Mindestleasingzahlungen	3.168	1.687	1.481	0
Zinsanteil	433	345	88	0
Forderungen aus Finanzierungsleasingverträgen (Barwert)	2.735	1.342	1.393	0

Die künftigen Mindestleasingeinzahlungen aus unkündbaren Operate-Lease-Vereinbarungen, die FP bei der Vermietung von Frankier- und Kuvertiermaschinen als Leasinggeber erhält, stellen sich wie folgt dar:

	in TEUR			
	Gesamt	Restlaufzeiten		
		bis 1 Jahr	1 – 5 Jahre	über 5 Jahre
Künftige Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Operate-Lease-Vereinbarungen	42.571	20.309	22.019	243

	in TEUR			
	Gesamt	Restlaufzeiten		
		bis 1 Jahr	1 – 5 Jahre	über 5 Jahre
Künftige Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Operate-Lease-Vereinbarungen	38.545	19.867	18.217	461

(12) VORRÄTE

in TEUR	31.12.2013	31.12.2012
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3.578	4.584
Unfertige Erzeugnisse	530	760
Fertige Erzeugnisse und Waren	4.712	5.428
Gesamt	8.820	10.772

Die Wertminderung auf das Vorratsvermögen auf den Nettoveräußerungswert beträgt TEUR 1.727 (im Vorjahr TEUR 1.302). Die in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung unter der Position „Materialaufwand“ ausgewiesenen Beträge enthalten die im Berichtsjahr vorgenommenen Wertminderungen. Von dem gesamten Vorratsbestand entfallen Vorräte in Höhe von TEUR 1.688 (im Vorjahr TEUR 1.342), die sich erst nach mehr als 12 Monaten realisieren werden.

(13) FORDERUNGEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen setzen sich wie folgt zusammen:

in TEUR	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen – Inland	7.903	6.563
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen – Ausland	9.164	11.085
Summe Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	17.067	17.648

Zum 31. Dezember 2013 werden Forderungen aus Lieferungen und Leistungen im Nennwert von TEUR 18.791 (im Vorjahr TEUR 19.539) ausgewiesen.

Die Wertberichtigungskonten berücksichtigen Einzelwertberichtigungen sowie Wertberichtigungen auf Portfoliobasis. Mit den Einzelwertberichtigungen wird einzelfallbezogen konkret erkennbaren Risiken Rechnung getragen. Bei der Ermittlung der Wertberichtigungen auf Portfoliobasis kommen indes pauschalisierende Verfahren zur Anwendung. Dabei werden auch die (Über-) Fälligkeiten der Forderungsbestände berücksichtigt.

Die Entwicklung der Wertberichtigungskonten stellt sich wie folgt dar:

	in TEUR
Stand 1.1.2012	2.229
Aufwandswirksame Zuführungen (Wertminderungsaufwand)	922
Inanspruchnahmen	1.260
Auflösungen	0
Stand 31.12.2012	1.891
Fremdwährungseffekte	-60
Stand 1.1.2013	1.831
Aufwandswirksame Zuführungen (Wertminderungsaufwand)	1.362
Inanspruchnahmen	1.412
Auflösungen	59
Stand 31.12.2013	1.723

Wertminderungsaufwendungen für andere Klassen von Finanzinstrumenten außer Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bestehen nicht.

Die Zuführungen zu den Wertberichtigungskonten werden unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst.

Zum 31. Dezember 2013 (sowie zum 31. Dezember 2012) stellt sich die Altersstruktur der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wie folgt dar:

in TEUR	Nennwert Summe	Davon nicht überfällig	Davon überfällige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		
			0 bis 60 Tage	61 bis 120 Tage	> 121 Tage
31.12.2013					
Bruttobuchwert	18.790	9.832	5.593	2.378	987
Wertminderung	1.723	196	260	583	684
31.12.2012					
Bruttobuchwert	19.539	11.522	4.905	1.407	1.705
Wertminderung	1.891	105	383	392	1.011

Die weder überfälligen noch wertberichtigten finanziellen Vermögenswerte werden als werthaltig angesehen.

(14) WERTPAPIERE

Bei den ausgewiesenen Wertpapieren mit einem Fair Value von TEUR 680 (im Vorjahr TEUR 680) handelt es sich um zu Handelszwecken gehaltene Anteile an einem thesaurierenden Fonds, der überwiegend in verzinsliche Wertpapiere, Geldmarktinstrumente und Sichteinlagen investiert ist. Die ausgewiesenen Wertpapiere haben keine feste Fälligkeit und keinen festen Zinssatz.

Unverändert zum Vorjahresbilanzstichtag sind in Höhe von TEUR 590 Wertpapiere aufgrund der Absicherung von Portogebühren der DPAG durch ein Aval der Commerzbank verpfändet.

(15) SONSTIGE KURZFRISTIGE VERMÖGENSWERTE

in TEUR	31.12.2013	31.12.2012 angepasst
Abgegrenzte Zahlungen	3.843	3.319
Erstattungsansprüche aus sonstigen Steuern	258	274
Forderungen gegen nahestehende Unternehmen	6	6
Übrige finanzielle Vermögenswerte	5.530	5.430
Gesamt	9.637	9.029

Die Erstattungsansprüche aus sonstigen Steuern entfallen in Höhe von TEUR 137 (im Vorjahr TEUR 171) auf die iab und in Höhe von TEUR 33 (im Vorjahr TEUR 0) auf freesort und betreffen Umsatzsteuervorauszahlungen.

Die übrigen finanziellen Vermögenswerte entfallen in Höhe von TEUR 2.470 (im Vorjahr TEUR 2.375) auf die freesort; zum 31.12.2013 betreffen sie mit TEUR 2.300 (im Vorjahr TEUR 1.750) insbesondere debitorische Kreditoren. Auf die FP Holding entfallen in dieser Position TEUR 1.024, die im Wesentlichen Forderungen im

Zusammenhang mit einer Schadenersatzklage gegen ein ehemaliges Vorstandsmitglied sowie Forderungen aus der Geltendmachung der Eigenkapitalgarantie aus dem Anteilskauf der Mentana-Claimsoft GmbH (vormals mentana-claimsoft AG) betreffen (im Vorjahr TEUR 868). Weitere TEUR 798 (im Vorjahr TEUR 1.025) entfallen auf die Francotyp-Postalia Ltd., Dartford, Großbritannien, die allein in Höhe von TEUR 431 Anzahlungen an die Royal Mail ausweist. Auf die Francotyp-Postalia GmbH entfallen übrige finanzielle Vermögenswerte in Höhe von TEUR 88, bei denen es sich im Wesentlichen um debitorische Kreditoren handelt. Im Vorjahr betragen die übrigen finanziellen Vermögenswerte TEUR 187 und betrafen im Wesentlichen finanzielle Hilfen.

(16) LIQUIDE MITTEL

in TEUR	31.12.2013	31.12.2012
Guthaben bei Kreditinstituten	28.647	25.850
Schecks und Kassenbestand	343	178
Gesamt	28.990	26.028

Von den Guthaben bei Kreditinstituten unterliegen TEUR 22.990 (im Vorjahr TEUR 21.088) einer eingeschränkten Verfügbarkeit. Es handelt sich dabei um von Kunden eingenommene Teleportogelder, die von den Kunden jederzeit abgerufen werden können. Ein korrespondierender Betrag ist in den sonstigen Verbindlichkeiten enthalten.

Die Entwicklung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente ist in der Kapitalflussrechnung dargestellt.

(17) EIGENKAPITAL

Die Entwicklung des Eigenkapitals ist in der Eigenkapitalveränderungsrechnung dargestellt.

Bestandteile des Konzerneigenkapitals

Das Kapital der FP Holding setzt sich zusammen aus dem Grundkapital in Höhe von TEUR 16.160 sowie einer von den Gesellschaftern erbrachten Kapitalrücklage in Höhe von TEUR 35.312 (im Vorjahr TEUR 35.312). Die Differenzen aus der Währungsumrechnung von Abschlüssen

ausländischer Tochterunternehmen und die Abweichungen zwischen Monatsdurchschnittskursen in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung mit den Stichtagskursen werden im sonstigen Ergebnis ausgewiesen.

Das Grundkapital ist eingeteilt in 16.160.000 auf den Inhaber lautender Stückaktien ohne Nennbetrag und mit anteiliger Berechtigung am Gewinn der Gesellschaft. Jede Stückaktie gewährt eine Stimme in der Hauptversammlung der Gesellschaft und dem Inhaber der Aktie jeweils eine Dividendenberechtigung. Das Grundkapital ist vollständig eingezahlt.

Kapitalrücklage

Am 30. November 2006 wurden sämtliche Aktien der FP Holding zum amtlichen Markt mit gleichzeitiger Zulassung zum Teilbereich des amtlichen Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassen. Die FP Holding erzielte beim Börsengang aus der Veräußerung von 2.700.000 Aktien einen Bruttoemissionserlös in Höhe von TEUR 51.300. Die Zuzahlungen der neuen Aktionäre in Höhe von TEUR 48.600 wurden einer Kapitalrücklage zugeführt. Die Aufwendungen des Börsengangs betragen insgesamt TEUR 4.603. Im Konzernabschluss wurden die Aufwendungen unter Berücksichtigung des Steuereffekts in Höhe von TEUR 1.711 mit einem Betrag von TEUR 2.892 erfolgsneutral mit der Kapitalrücklage verrechnet.

Im Geschäftsjahr 2012 wurde in Höhe von TEUR 12.527 ein Bilanzverlust mit der Kapitalrücklage verrechnet.

Am 23. März 2012 beschloss der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital um TEUR 1.460 gegen Bareinlagen durch Ausgabe von 1.460.000 auf den Inhaber lautenden Stückaktien zu erhöhen. Der Ausgabebetrag betrug EUR 2,66 je Aktie, womit ein Bruttoemissionserlös in Höhe von TEUR 3.884 erzielt wurde. Die Zuzahlung des neuen Aktionärs abzüglich der Kosten der Kapitalerhöhung nach Berücksichtigung des Steuereffektes wurde in Höhe von TEUR 2.131 in die Kapitalrücklage eingestellt.

Kapitalgenehmigung für genehmigtes und bedingtes Kapital

Am 30. Juni 2011 sind bei der FP Holding Hauptversammlungsbeschlüsse über die Schaffung von genehmigtem Kapital in Höhe von TEUR 7.350 und entsprechende Sat-

zungsänderung sowie über die bedingte Erhöhung des Grundkapitals um einen Betrag von bis zu TEUR 6.305 durch Ausgabe neuer auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem auf jede Aktie entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals von EUR 1,00 gefasst worden. Des Weiteren ist der Vorstand ermächtigt worden, Options- und Wandelschuldverschreibungen mit der Möglichkeit des Bezugsrechtsausschlusses nach §186 Abs. 3 Satz 4 AktG auszugeben sowie ein bedingtes Kapital und eine entsprechende Satzungsänderung zu schaffen.

Aktienrückkaufprogramm

Der Vorstand der Francotyp-Postalia Holding AG hat am 20. November 2007 auf Grundlage des Ermächtigungsbeschlusses der Hauptversammlung der Gesellschaft vom 16. Oktober 2006 die Durchführung eines Programms zum Rückkauf von Aktien der Gesellschaft beschlossen, um Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen mit eigenen Aktien als Akquisitionswährung erwerben zu können.

Es wurden im Zeitraum November 2007 bis April 2008 insgesamt 370.444 Aktien erworben, die in der Bilanz gemäß IAS 32.33 mit ihren Anschaffungskosten in Höhe von TEUR 1.829 vom Eigenkapital (Rücklagen für eigene Aktien) abgesetzt wurden. Im Berichtsjahr wurden keine weiteren Aktien hinzugekauft. Die eigenen Anteile entsprechen zum 31. Dezember 2013 einem Anteil von 2,29 % (im Vorjahr 2,29 %) des Grundkapitals, wobei sie einen Kurswert von TEUR 1.519 (im Vorjahr TEUR 900) zum Abschlussstichtag hatten. Die Entwicklung der Anzahl der im Umlauf befindlichen Anteile geht aus folgender Überleitungsrechnung hervor:

	Anzahl der im Umlauf befindlichen Anteile
Anzahl der Stückaktien	16.160.000
Rückkauf eigener Anteile	-370.444
Stand 31.12.2012	15.789.556
Anzahl der Stückaktien	16.160.000
Rückkauf eigener Anteile	-370.444
Stand 31.12.2013	15.789.556

Beschlussfassungen 2010

Die Hauptversammlung vom 1. Juli 2010 hat die Gesellschaft bis zum 30. Juni 2015 ermächtigt, mit Zustimmung

des Aufsichtsrats eigene Aktien bis zu insgesamt 10 % des zum 1. Juli 2010 bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Auf die nach dieser Ermächtigung erworbenen Aktien dürfen zusammen mit anderen eigenen Aktien, welche sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr gemäß den §§71d und 71e Aktiengesetz zuzurechnen sind, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10 % des jeweiligen Grundkapitals entfallen.

Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals ausgenutzt werden. Die Ermächtigung gilt bis zum 30. Juni 2015. Der Erwerb der Aktien erfolgt nach Wahl des Vorstands als Kauf über die Börse oder mittels eines öffentlichen Kaufangebots.

Der Vorstand bzw. – im unter lit. ee) genannten Fall – der Aufsichtsrat wurde ermächtigt, die erworbenen eigenen Aktien neben einer Veräußerung über die Börse oder über ein Angebot an alle Aktionäre auch wie unter Punkt aa) bis cc) aufgeführt zu verwenden. Die Ermächtigungen können einmal oder mehrmals, einzeln oder gemeinsam, ganz oder in Teilen ausgenutzt werden.

(aa) Die eigenen Aktien können mit Zustimmung des Aufsichtsrats eingezogen werden, ohne dass die Einziehung oder ihre Durchführung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Die Einziehung führt zur Kapitalherabsetzung. Die Einziehung kann auch im vereinfachten Verfahren ohne Kapitalherabsetzung durch Anpassung des anteiligen Betrags des Grundkapitals der übrigen Aktien gemäß § 8 Absatz 3 Aktiengesetz (AktG) erfolgen. Der Vorstand ist für diesen Fall ermächtigt, die Angabe der Zahl der Aktien in der Satzung entsprechend zu ändern.

(bb) Die eigenen Aktien können mit Zustimmung des Aufsichtsrats Dritten gegen Sachleistungen, insbesondere im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen oder beim Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen daran, angeboten und auf diese übertragen werden, sofern der Erwerb des Unternehmens oder der Beteiligung im wohlverstandenen Interesse der Gesellschaft liegt und sofern der für die eigenen Aktien zu erbringende Gegenwert nicht unangemessen niedrig ist.

(cc) Die eigenen Aktien können mit Zustimmung des Aufsichtsrats gegen Bareinlagen ausgegeben werden, um die Aktien der Gesellschaft an einer ausländischen Börse einzuführen, an denen die Aktien bisher nicht zum Handel zugelassen sind.

(dd) Die eigenen Aktien können mit Zustimmung des Aufsichtsrats gegen Barzahlung an Dritte veräußert werden, wenn der Preis, zu dem die Aktien veräußert werden, den am Tag der Veräußerung durch die Eröffnungsauktion ermittelten Kurs einer Aktie im elektronischen Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) der Deutsche Börse AG in Frankfurt am Main nicht wesentlich unterschreitet (ohne Erwerbsnebenkosten). Insgesamt dürfen die aufgrund der Ermächtigungen unter dieser lit. dd) verwendeten Aktien, die in entsprechender Anwendung des §186 Abs. 3 Satz 4 Aktiengesetz (unter Bezugsrechtsausschluss gegen Bareinlagen nahe am Börsenpreis) ausgegeben wurden, 10 % des Grundkapitals zum Zeitpunkt dieser Beschlussfassung und ihrer Verwendung nicht übersteigen. Auf diese Begrenzung sind Aktien anzurechnen, die in direkter oder entsprechender Anwendung dieser Vorschrift während der letzten 12 Monate vor Ausnutzung dieser Ermächtigung bis zu diesem Zeitpunkt ausgegeben oder veräußert wurden.

(ee) Die eigenen Aktien können von dem Aufsichtsrat dazu verwendet werden, einzelnen Mitgliedern des Vorstands anstelle der von der Gesellschaft geschuldeten Bar-Vergütung eigene Aktien anzubieten. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass der Preis, welcher bei der Ermittlung der Zahl der an Erfüllungsstatt zu übertragenden eigenen Aktien zugrunde gelegt wird, den am Tag der Angebotsunterbreitung durch die Eröffnungsauktion ermittelten Kurs einer Aktie im elektronischen Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) der Deutsche Börse AG in Frankfurt am Main nicht wesentlich unterschreitet (ohne Erwerbsnebenkosten).

(ff) Die eigenen Aktien können mit Zustimmung des Aufsichtsrats dazu verwendet werden, Bezugsrechte, die unter dem Aktienoptionsplan 2010 der Gesellschaft ordnungsgemäß ausgegeben und ausgeübt wurden, zu bedienen. Der Aktienoptionsplan 2010 lag der Hauptversammlung unter Tagesordnungspunkt 8 zur Entscheidung vor.

Das Bezugsrecht der Aktionäre auf erworbene eigene Aktien wird insoweit ausgeschlossen, als diese Aktien gemäß den vorstehenden Ermächtigungen unter (bb) bis (ff) verwendet werden.

Beschlussfassung 2012

Mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschloss der Vorstand am 23. März 2012, das Grundkapital der FP Holding AG

von EUR 14.700.000, eingeteilt in 14.700.000 auf den Inhaber lautenden Stückaktien, um EUR 1.460.000 gegen Bareinlagen auf EUR 16.160.000 durch Ausgabe von 1.460.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien mit voller Gewinnberechtigung ab dem 1. Januar 2012 zu erhöhen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre wurde ausgeschlossen. Der Ausgabebetrag betrug EUR 2,66 je Aktie, womit ein Bruttoemissionserlös in Höhe von EUR 3.883.600 erzielt wurde. Die Zeichnung und Übernahme der 1.460.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien erfolgte durch die 3R Investments Ltd., Limassol, Zypern. Die Bareinlagen zuzüglich Aufgeld flossen im März 2012 zu.

Bedingte Kapitalerhöhung und Aktienoptionsplan 2010

In 1.1 des Aktienoptionsplans 2010 der Francotyp-Postalia Holding AG heißt es: „Die ordentliche Hauptversammlung der Francotyp-Postalia Holding AG [...] hat am 1. Juli 2010 beschlossen, (i) das Grundkapital der Gesellschaft in Höhe von bis zu EUR 1.045.000,00 durch die Ausgabe von bis zu 1.045.000 Stück nennwertloser Inhaberaktien [...] bedingt zu erhöhen und (ii) an Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft, an Mitglieder der Geschäftsführung von verbundenen Unternehmen im Sinne des §15 AktG [...] und an Führungskräfte der FP Gruppe Bezugsrechte [...] auszugeben, die die Inhaber dazu berechtigen, insgesamt maximal 1.045.000 Aktien gegen Zahlung des Ausübungspreises zu beziehen.“

Der damit beschlossene Aktienoptionsplan sieht ausschließlich den Ausgleich in Eigenkapitalinstrumenten vor, und zwar vorrangig durch den Einsatz eigener Aktien, nachrangig im Wege einer bedingten Kapitalerhöhung.

Zweck des Aktienoptionsplans ist gemäß 1.3 des Aktienoptionsplans „die nachhaltige Verknüpfung der Interessen der Unternehmensführung und der Führungskräfte mit den Interessen der Aktionäre an der langfristigen Steigerung des Unternehmenswertes.“

Zum 1. September 2010 wurden insgesamt 900.000 Aktienoptionen zugeteilt. Weitere 75.000 Aktienoptionen wurden zum 27. April 2012 und zusätzlich 20.000 Aktienoptionen am 7. September 2012 zugeteilt. Am 6. Dezember 2013 wurden weitere 57.500 Aktienoptionen zugeteilt. Eine Option hat gemäß 2.3 des Aktienoptionsplans jeweils eine Laufzeit von 10 Jahren ab dem Zeitpunkt der Zuteilung. Die Optionen sind entsprechend

2.4 des Aktienoptionsplans 2010 nicht verbrieft. Zuzahlungen waren bei der Zuteilung der Optionen entsprechend 5.5 des Aktienoptionsplans 2010 nicht zu leisten. Von den 900.000 zugeteilten Aktienoptionen entfallen jeweils 180.000 Aktienoptionen auf die beiden Mitglieder des Vorstands der Francotyp-Postalia Holding AG.

Jede einzelne Aktienoption berechtigt gemäß 2.2 des Aktienoptionsplans 2010 zum Erwerb einer Aktie der Francotyp-Postalia Holding AG. Für die Ausübung der Optionen müssen folgende Voraussetzungen kumulativ erfüllt sein:

a) Wartezeit

Soweit sich gemäß 7.1 des Aktienoptionsplans aus den Bedingungen des Aktienoptionsplans „nicht ausdrücklich etwas anderes ergibt, muss die Wartezeit abgelaufen sein und die Ausübung nicht innerhalb einer [bestimmten] Ausübungssperrfrist erfolgen. [...] Die Wartezeit bis zur Ausübung der Optionen beträgt 4 Jahre.“ Es handelt sich hierbei um eine Dienstbedingung.

b) Erfolgsziel

7.2 des Aktienoptionsplans bestimmt: „Das Erfolgsziel muss erreicht sein. Das Erfolgsziel für die ausgegebenen Optionen ist erreicht, wenn das EBITDA, wie im Konzernjahresabschluss für das Geschäftsjahr der Zuteilung der Optionen ausgewiesen, gegenüber dem EBITDA, wie im Konzernjahresabschluss für das letzte Geschäftsjahr vor Zuteilung ausgewiesen, um 10 % gestiegen ist. [...] Soweit das Erfolgsziel nicht erreicht wurde, verfallen die Optionen.“ Bei diesem Erfolgsziel handelt es sich um eine nicht-marktbezogene Leistungsbedingung.

c) Persönliche Ausübungsvoraussetzungen

7.3 des Aktienoptionsplans bestimmt, dass der Optionsinhaber sich im Zeitpunkt der Ausübung grundsätzlich in einem Dienstverhältnis entweder mit der Francotyp-Postalia Holding AG oder einem in- oder ausländischen Unternehmen der FP-Gruppe befinden muss.

Folgende beizulegende Zeitwerte wurden für die Optionen ermittelt:

		Zuteilungszeitpunkt			
		1.9.2010	27.4.2012	7.9.2012	6.12.2013
31.12.2013					
Eine Option	EUR	1,37	1,31	1,17	1,85
Alle Optionen	TEUR	893	71	17	77
31.12.2012					
Eine Option	EUR	1,37	1,31	1,17	n/a
Alle Optionen	TEUR	1.067	85	20	n/a

Die Bewertung erfolgte mit Hilfe eines Black-Scholes-Optionspreismodells, da ein öffentlicher Handel von Optionen auf Francotyp-Postalia-Aktien mit gleichen Ausstattungsmerkmalen nicht existiert.

Der Bewertung liegt Folgendes zugrunde:

	Zuteilungszeitpunkt			
	1.9.2010	27.4.2012	7.9.2012	6.12.2013
Kurs einer FP-Aktie	2,55 EUR	2,60 EUR	2,32 EUR	4,10 EUR
Ausübungspreis	2,50 EUR	2,61 EUR	2,34 EUR	3,86 EUR
Erwarteter Ausübungszeitpunkt	31.8.2015	26.4.2017	6.9.2017	5.12.2018
Erwartete Volatilität	74,48%	70,8%	71,3%	59,9%
Jährliche Dividendenrendite	2%	2%	2%	2%
Laufzeitäquivalenter risikofreier Zinssatz	1,32%	0,67%	0,60%	0,82%
Anzahl der ausübenden Aktienoptionen	780.462	65.039	17.344	39.646

- Der Ausübungspreis der zugeteilten Aktienoptionen entspricht gemäß Aktienoptionsplan dem durchschnittlichen Börsenkurs (Schlusskurs) der nennwertlosen Inhaberaktien der Francotyp-Postalia Holding AG im elektronischen Xetra-Handel der Deutsche Börse AG in Frankfurt am Main oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem an den letzten 90 Kalendertagen vor dem 1. September 2010, 27. April 2012, 7. September 2012 bzw. 6. Dezember

2013 in EUR, mindestens aber dem auf eine Aktie entfallenden Anteil am Grundkapital.

- Die Optionsausübung erfolgt im Durchschnitt schätzungsweise nach 5 Jahren (erwartete durchschnittliche Haltedauer).
- Die erwartete Volatilität wurde unter Rückgriff auf die im Zeitraum 30. November 2006 bis 27. August 2010, 28. April 2007 bis 27. April 2012, 8. September 2007 bis 7. September 2012 bzw. 8. Dezember 2008 bis 6. Dezember 2013 gezeigte Kursvolatilität einer Francotyp-Postalia-Aktie bestimmt.
- Bei der Schätzung der Dividendenrendite wurde das Ausschüttungsverhalten der FP-Gruppe in der Vergangenheit berücksichtigt.
- Der laufzeitäquivalente risikofreie Zinssatz für die erwartete Optionslaufzeit von 5 Jahren basiert auf Zinsstrukturdaten vom 31. August 2010, 27. April 2012, 7. September 2012 bzw. 6. Dezember 2013, wobei aus den Umlaufrenditen von Kuponanleihen der Bundesrepublik Deutschland hypothetische Zerobonds abgeleitet worden sind.

Für die Ermittlung der Anzahl der ausübbarer Aktienoptionen zum Ende der Sperrfrist wurden folgende Annahmen getroffen:

- Die jährliche Mitarbeiterfluktuation wurde mit 7,70 % (im Vorjahr 3,50 %) geschätzt.
- Die Wahrscheinlichkeit der EBITDA-Steigerung von über 10 % wurde auf 95 % geschätzt.

Bei Optionsausübung ist der Betrag von EUR 2,50 (EUR 2,61, EUR 2,34 bzw. EUR 3,86) je Aktie von dem jeweiligen Optionsinhaber zu entrichten, wobei es für die Mitglieder des Vorstands der Francotyp-Postalia Holding AG eine bestimmte Begrenzung gibt. Punkt 9 des Aktienoptionsplans bestimmt: „Für den Vorstand muss der Aufsichtsrat eine maximale Jahresgesamtvergütung (Kappungsgrenze) nach Maßgabe von Ziffer 4.2.3 des Corporate Governance Kodex vorsehen. Die entsprechende Vereinbarung erfolgt in einer Ergänzungsvereinbarung zum Dienstvertrag der Vorstandsmitglieder vor Zuteilung der Optionen.“

Nachfolgende Tabelle stellt die Entwicklung der anteilsbasierten Vergütungsvereinbarung im Berichtsjahr gem. IFRS 2 dar:

Optionen	Anzahl	Durchschnittlicher Ausübungspreis in EUR
Stand 31.12.2011	862.500	2,50
im Geschäftsjahr gewährt	95.000	2,55
im Geschäftsjahr verwirkt	-30.000	2,50
im Geschäftsjahr ausgeübt	0	n/a
im Geschäftsjahr verfallen	0	n/a
Stand 31.12.2012	927.500	2,51
Bandbreite des Ausübungspreises		2,34-2,61
Durchschnittliche Restlaufzeit zum 31.12.2012		34 Monate
Ausübbar per 31.12.2012	0	n/a
Stand 31.12.2012	927.500	2,51
im Geschäftsjahr gewährt	57.500	3,86
im Geschäftsjahr verwirkt	-65.000	2,50
im Geschäftsjahr ausgeübt	0	n/a
im Geschäftsjahr verfallen	0	n/a
Stand 31.12.2013	920.000	2,59
Bandbreite des Ausübungspreises		2,34 - 3,86
Durchschnittliche Restlaufzeit zum 31.12.2013		25 Monate
Ausübbar per 31.12.2013	0	n/a

Zum 31.12.2013 wurden – aus dem Aktienoptionsplan resultierend – TEUR 145 (im Vorjahr TEUR 290) als Personalaufwand erfasst mit Gegenbuchung direkt im Eigenkapital (Stock-Options-Rücklage).

Sonstiges Ergebnis

In den Konzernabschluss 2013 sind auch Gesellschaften einbezogen, die nicht zum Euro-Währungsraum gehören. Da der Euro die funktionale Währung des FP-Konzerns ist, werden im Rahmen der Konzernabschlusserstellung die Abschlüsse der betreffenden Landesgesellschaften in Euro umgerechnet. Umrechnungsbezogene Auswirkungen, die entstehen, wenn sich der Wert der in Euro umgerechneten Nettovermögenspositionen wegen Wechselkurschwankungen ändert, werden im sonstigen Ergebnis bzw. der Währungsumrechnungsrücklage erfasst.

Umrechnungsdifferenzen aus monetären Posten die Teil einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb darstellen werden im sonstigen Ergebnis bzw. in der Rücklage für Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe erfasst. Die Umrechnungsdifferenzen umfassen dabei die langfristigen Darlehen an FP Canada und FP Schweden.

Der Saldo der Umrechnungsdifferenzen (Fremdwährungsumrechnung und Nettoinvestitionen), der im sonstigen Ergebnis erfasst ist, hat sich wie folgt entwickelt:

in TEUR	2013	2012
Saldo Beginn Berichtsperiode	-459	26
Umrechnungsdifferenzen Berichtsperiode	-764	-485
Saldo 31.12.	-1.223	-459

Im Zusammenhang mit der Neubewertung der leistungsorientierten Versorgungszusagen erhöhte sich das sonstige Ergebnis im Berichtsjahr um TEUR 385. Im Vorjahresvergleichszeitraum verminderte es sich um TEUR 2.080. Die Beträge werden entsprechend in der Rücklage für die Neubewertung von leistungsorientierten Versorgungszusagen erfasst. Wir verweisen an dieser Stelle auch auf Abschnitt III, Tz. 18.

Insgesamt umfasst das sonstige kumulierte Eigenkapital damit Beträge aus der Währungsumrechnung, aus den Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe sowie aus der Neubewertung von leistungsorientierten Versorgungszusagen.

Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe

Die FP GmbH hat ihrer kanadischen Tochtergesellschaft signifikante Geldmittel zur Verfügung gestellt, um nach einer Dezentrierung neue Maschinen anzuschaffen und ihren Kunden zur Verfügung zu stellen. Dies stellt eine Nettoinvestition in einen (kanadischen) Geschäftsbetrieb dar, deren Abwicklung in einem absehbaren Zeitraum weder geplant noch wahrscheinlich ist. Die aus der Umrechnung resultierende Währungsdifferenz nach latenten Steuern in Höhe von netto TEUR -545 (im Vorjahr TEUR -14) ist gemäß IAS 21.32 f. im sonstigen Ergebnis erfasst.

Die FP GmbH hat die Francotyp-Postalia Sverige AB in Zusammenhang mit dem Erwerb der Anteile an der Franco Frankerings Intressenter AB (vormals: Carl Lamm Personal AB) in erheblichem Maße refinanziert. Da mit einer Rückzahlung der betreffenden Mittel von der Francotyp-Postalia Sverige AB an die FP GmbH in nächster Zeit nicht zu rechnen ist, wird die Refinanzierung der Francotyp-Postalia Sverige AB durch die FP GmbH als eine Nettoinvestition in einen (schwedischen) Geschäftsbetrieb angesehen. Die aus der Umrechnung resultierende Währungsdifferenz nach latenten Steuern in Höhe von netto TEUR -46 (im Vorjahr TEUR 66) ist gemäß IAS 21.32 f. im sonstigen Ergebnis erfasst.

Nicht beherrschende Anteile

Die nicht beherrschenden Anteile beinhalten Ausgleichsposten für Anteile fremder Gesellschafter am konsolidierungspflichtigen Kapital aus der Kapitalkonsolidierung sowie die ihnen zustehenden Gewinne und Verluste. Die nicht beherrschenden Anteile in Höhe von TEUR 764 (im Vorjahr TEUR 492) werden gemäß IAS 27.33 innerhalb des Konzerneigenkapitals getrennt vom Eigenkapital des Mutterunternehmens ausgewiesen und entfallen auf die übrigen Gesellschafter der iab und der Mentana-Claimsoft.

Ausschüttung einer Dividende

Im Berichtsjahr 2013 erfolgte keine Dividendenausschüttung. Der Vorstand wird dem Aufsichtsrat vorschlagen und der ordentlichen Hauptversammlung 2014 empfehlen, den Bilanzgewinn von EUR 6.937.894,40 wie folgt zu verwenden:

in EUR		
Ausschüttung	von EUR 0,08 Dividende je dividendenberechtigter Stückaktie	1.263.164,48
Gewinnvortrag		5.674.729,86
Bilanzgewinn		6.937.894,40

Die Gesellschaft erwirtschaftete basierend auf den deutschen handelsrechtlichen Bestimmungen bis zum 31. Dezember 2013 folgenden ausschüttbaren Betrag:

in EUR	31.12.2013
Ausgegebenes Kapital	15.789.556,00
Kapitalrücklagen	38.496.831,39
Bilanzgewinn	6.937.894,34
Eigenkapital	61.224.281,79
./. Ausgegebenes Kapital	-15.789.556,00
./. Kapitalrücklage	-38.496.831,39
./. Ausschüttungssperre gem. § 268 Abs. 8 HGB	-4.079.769,97
Ausschüttungspotential	2.858.124,43

(18) RÜCKSTELLUNGEN FÜR PENSIONEN UND ÄHNLICHE VERPFLICHTUNGEN

Für die betriebliche Altersversorgung von Mitarbeitern bestehen leistungsorientierte Versorgungszusagen.

Gemäß einer die inländischen Gesellschaften betreffenden Betriebsvereinbarung vom 9. Juli 1996 gehören alle Mitarbeiter zum Kreis der Begünstigten, deren Arbeitsverhältnis vor dem 1. Januar 1995 begonnen hat. Die Versorgungsleistungen in Form von Pensionen, Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung werden den Mitarbeitern nach Vollendung von zehn anrechnungsfähigen Dienstjahren gewährt. Die Höhe der Versorgungszusagen basiert auf Beschäftigungsdauer und Beschäftigungsentgelt der Mitarbeiter.

Weiterhin haben auch übertarifliche Angestellte nach Maßgabe der „Richtlinien für die Zahlung von Ruhegehalt an übertarifliche Angestellte“ in der Fassung vom Januar 1986 einen Anspruch auf Pensionen, Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung. Die Begünstigten müssen bereits vor dem 1. Januar 1994 im Anstellungsverhältnis gewesen sein und mindestens zehn Dienstjahre vollendet haben. Die Höhe der Versorgungszusagen orientiert sich an Beschäftigungsdauer und Beschäftigungsentgelt der Mitarbeiter.

Sterbegeldverpflichtungen gegenüber den Hinterbliebenen von Mitarbeitern bestehen auf der Grundlage der Manteltarifverträge für Angestellte und Mitarbeiter sowie der Betriebsvereinbarung vom 30. Dezember 1975. Die Leistungen sind abhängig von Beschäftigungsdauer und Beschäftigungsentgelt und werden als Festbetrag gewährt.

Darüber hinaus besteht bei unseren europäischen Tochtergesellschaften zum Teil die rechtliche Verpflichtung, Versorgungspläne einzurichten. Diese Pläne sehen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses eine Einmalzahlung vor. Die Höhe der Zahlungen richtet sich nach Beschäftigungsdauer und Beschäftigungsentgelt der Mitarbeiter.

Ein weiterer leistungsorientierter Pensionsplan basiert auf individuellen Vereinbarungen und sieht einen Anspruch auf Pensionen, Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung vor. Die betragsmäßig festgelegten Pensionen werden im Ermessen des FP-Konzerns als Einmalbetrag, in drei oder fünf Jahresraten oder als lebenslange Rente mit jährlich steigenden Leistungen gezahlt. Für die Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung wurde ebenfalls eine feste monatliche Zahlung vereinbart. Der Pensionsplan wird zum Teil über Rückdeckungsversicherungen finanziert.

Die vorstehenden Versorgungszusagen werden im Wege der Bildung von Rückstellungen bilanziert.

Die Angaben zu den vorstehend genannten Versorgungszusagen werden nachfolgend zusammengefasst dargestellt.

Im Zusammenhang mit den leistungsorientierten Versorgungszusagen bestehen insbesondere versicherungsmathematische Risiken wie das Langlebkeitsrisiko oder Zinsänderungsrisiken.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden aufgrund von Versorgungszusagen auf Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenleistungen gebildet. Die Bildung von Rückstellungen erfolgt dabei ausschließlich für leistungsorientierte Versorgungszusagen, bei denen das Unternehmen den Arbeitnehmern einen bestimmten Versorgungsumfang garantiert.

Es wird von folgenden wesentlichen versicherungsmathematischen Annahmen ausgegangen, die bei der Ermittlung des Anwartschaftsbarwerts der Versorgungsverpflichtung zum Stichtag zugrunde liegen:

in % pro Jahr	31.12.2013	31.12.2012
Zinssatz	3,21	3,00
Gehaltstrend	3,00	3,00
Rententrend	2,00	2,00

Die biometrischen Rechnungsgrundlagen wie Sterblichkeit und Invalidität basieren für die Pensionen in Deutschland unverändert auf den Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck, die zur Bewertung von betrieblichen Versorgungsverpflichtungen allgemein anerkannt sind.

Der Anwartschaftsbarwert der Versorgungsverpflichtung, der beizulegende Zeitwert des Planvermögens und die Nettoschuld der Versorgungsverpflichtung haben sich in den Jahren 2013 und 2012 wie folgt entwickelt:

in TEUR	Anwartschaftsbarwert der Versorgungsverpflichtung		Beizulegender Zeitwert des Planvermögens		Nettoschuld der Versorgungsverpflichtung	
	2013	2012 geändert*	2013	2012 geändert*	2013	2012 geändert*
Stand am 1.1. der Berichtsperiode	14.913	11.900	-283	-253	14.630	11.649
Im Gewinn und Verlust enthalten						
Laufender Dienstaufwand	161	163	-	-	161	163
Zinsaufwand (+) -ertrag (-)	439	554	-8	-13	431	541
Im sonstiges Ergebnis enthalten						
Neubewertungen						
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste						
aus Änderungen biometrischer Annahmen	-4		-	-	-4	
aus Änderungen finanzieller Annahmen	-405	3.050	-	-	-405	3.050
aus erfahrungsbedingten Anpassungen	-129	-163	-	-	-129	-163
Ertrag aus Planvermögen (ohne obigen Zinsertrag)	-	-	3	7	3	7
Sonstige						
Arbeitgeberbeiträge zum Versorgungsplan	-	-	-24	-24	-24	-24
Zahlungen aus dem Versorgungsplan	-574	-592			-574	-592
Stand am 31.12. der Berichtsperiode	14.401	14.913	-312	-283	14.089	14.630
davon durch Planvermögen finanzierte Versorgungsverpflichtung					210	215
davon nicht durch Planvermögen finanzierte Versorgungsverpflichtung					13.879	14.415

* Wir verweisen an dieser Stelle auf „IAS 19 – Employee Benefits (revised 2011)“ im Abschnitt I.

Das Planvermögen setzt sich aus Rückdeckungsversicherungen in Form von klassischen Kapitallebens- und Rentenversicherungen mit Überschussbeteiligungen zusammen.

Die Arbeitgeberbeiträge zum Planvermögen für das Geschäftsjahr 2014 werden voraussichtlich TEUR 16 betragen.

Der Anwartschaftsbarwert der Versorgungsverpflichtung verteilt sich wie folgt auf die einzelnen Gruppen der Versorgungsberechtigten:

in Prozent	31.12.2013	31.12.2012
Aktive Anwärter	24,6	22,9
Ausgeschiedene Anwärter	21,1	21,5
Pensionäre	54,3	55,6

Sämtliche Versorgungszusagen sind unverfallbar.

Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der Versorgungsverpflichtungen beläuft sich zum 31. Dezember 2013 auf 14,1 Jahre (im Vorjahr 14,5 Jahre). Die Fälligkeit der undiskontierten Versorgungsverpflichtungen verteilt sich auf folgende Laufzeitbänder:

in TEUR	31.12.2013	31.12.2012
bis 1 Jahr	618	645
1–5 Jahre	3.110	3.027
6–10 Jahre	3.913	3.989
über 10 Jahre	17.898	18.373
Gesamt	25.540	26.034

Ein Anstieg oder Rückgang der wesentlichen versicherungsmathematischen Annahmen hätte folgende Auswirkungen auf den Anwartschaftsbarwert der Versorgungsverpflichtung:

in TEUR	Auswirkung auf den Anwartschaftsbarwert der Versorgungsverpflichtung zum 31.12.2013	
	Anstieg	Rückgang
Zinssatz (Veränderung um 1,00 %)	-1.701	2.119
Gehaltstrend (Veränderung um 0,50 %)	8	-7
Rententrend (Veränderung um 0,25 %)	372	-356
Erwartete Lebensdauern (Veränderung um 1 Jahr)	398	-394

Die Sensitivitätsberechnungen wurden für die maßgeblichen versicherungsmathematischen Annahmen isoliert vorgenommen, um die Auswirkungen auf den zum 31. Dezember 2013 berechneten Anwartschaftsbarwert der Versorgungsverpflichtung separat aufzuzeigen.

(19) STEUERANSPRÜCHE UND -VERBINDLICHKEITEN

Es werden die folgenden Steueransprüche ausgewiesen:

in TEUR	31.12.2013	31.12.2012 angepasst
Latente Ertragsteuerforderungen	5.450	6.902
Tatsächliche Ertragsteuerforderungen (langfristig)	6.689	6.689
Tatsächliche Ertragsteuerforderungen (kurzfristig)	228	1.446
Steuerforderungen	12.367	15.037

Es werden die folgenden Steuerverbindlichkeiten und Steuerschulden ausgewiesen:

in TEUR	31.12.2013	31.12.2012 angepasst
Latente Ertragsteuerverbindlichkeiten	824	710
Tatsächliche Ertragsteuerschulden (kurzfristig)	1.931	1.874
Sonstige Steuerschulden (kurzfristig)	257	267
Steuerverbindlichkeiten und Steuerschulden	3.012	2.851

Die unsaldierten aktiven und passiven latenten Steuern verteilen sich wie folgt:

in TEUR	Aktive latente Steuern 31.12.2013	Passive latente Steuern 31.12.2013	Aktive latente Steuern 31.12.2012 angepasst	Passive latente Steuern 31.12.2012 angepasst
Langfristige Vermögenswerte	8.345	12.495	7.801	11.260
Übrige Vermögenswerte	1.247	315	1.013	334
Rückstellungen	3.192	145	3.351	159
Verbindlichkeiten	1.436	2.068	1.597	1.706
Steuerliche Verlustvorträge	5.429	0	5.889	0
Summe	19.649	15.023	19.651	13.459
Saldierung	-14.199	-14.199	-12.749	-12.749
Konzernbilanzausweis	5.450	824	6.902	710

Die latenten Steuern haben sich wie folgt verändert:

in TEUR	2013	2012
Veränderung der latenten Steuern	-1.566	-1.821
– davon im Gewinn und Verlust	-1.487	-2.405
– davon im sonstigen Ergebnis	-79	584

(20) SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN (KURZFRISTIG) UND RÜCKSTELLUNGEN (LANGFRISTIG)

in TEUR	Stand 1.1.2013 angepasst	Währungs- differen- zen	Zuführung	Verbrauch	Auflösung	Stand 31.12.2013	davon langfristig	davon kurzfristig
Rückstellungen im Personalbereich	2.315*	-24	3.176	-1.486	-72	3.909	1.121	2.788
Restrukturierungen	2.901	0	92	-1.880	-36	1.077	0	1.077
Prozesskosten	181	0	321	-210	0	292	0	292
Gewährleistungen	274	0	34	-19	0	289	0	289
Erfindervergütungen	146	0	125	-121	0	150	0	150
Verluste aus Aufträgen	8	0	0	-8	0	0	0	0
Übrige Rückstellungen	335	-2	184	-223	-14	280	73	207
(Sonstige) Rückstellungen	6.160	-26	3.932	-3.947	-122	5.997	1.194	4.803

* Erläuterung zu den Änderungen: Siehe „Angabepflichtige Vorschriften nach IAS 8.28 (IAS 19 – Employee Benefits)“.

Sämtliche in der Konzernbilanz unter den langfristigen Schulden ausgewiesenen sonstigen Rückstellungen haben eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Die Rückstellungen im Personalbereich enthalten im Wesentlichen Jubiläumsrückstellungen, Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen sowie Tantiemen.

Die Rückstellungen für Restrukturierungen betreffen einen belastenden Vertrag im Zusammenhang mit dem Leerstand der Produktionshalle in Birkenwerder sowie Abfindungszahlungen. In Bezug auf Schätzungsunsicherheiten verweisen wir auf unsere Ausführungen unter dem Punkt „Annahmen und Schätzungen des Managements“ in Abschnitt I.

Die Gewährleistungen beziehen sich im Wesentlichen auf veräußerte Produkte.

Die Erträge aus Auflösungen von Rückstellungen in Höhe von TEUR 122 (im Vorjahr TEUR 1.064) entfallen im Wesentlichen auf die Francotyp-Postalia GmbH TEUR 34 (im Vorjahr TEUR 780) und auf die Francotyp-Postalia Vertrieb und Service GmbH in Höhe von TEUR 34 (im Vorjahr TEUR 185).

in TEUR	31.12.2013			31.12.2012 – angepasst		
	Gesamt	Restlaufzeit < 1 Jahr	Restlaufzeit > 1 Jahr ≤ 5 Jahre	Gesamt	Restlaufzeit < 1 Jahr	Restlaufzeit > 1 Jahr ≤ 5 Jahre
Restrukturierungen	1.077	1.077	0	2.901	2.092	808
Prozesskosten	292	292	0	181	182	0
Gewährleistungen	289	289	0	274	274	0
Erfindervergütungen	150	150	0	146	146	0
Verluste aus Aufträgen	0	0	0	8	8	0
Übrige Rückstellungen	280	207	73	335	283	52
(Sonstige) Rückstellungen	5.997	4.803	1.194	6.160	4.338	1.822

(21) VERBINDLICHKEITEN

in TEUR	31.12.2013			31.12.2012		
	Gesamt	Rest- laufzeit < 1 Jahr	Rest- laufzeit > 1 Jahr ≤ 5 Jahre	Gesamt	Rest- laufzeit < 1 Jahr	Rest- laufzeit > 1 Jahr ≤ 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	33.294	3.300	29.994	36.544	15.227	21.317
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	5.266	1.923	3.343	4.202	1.602	2.600
Finanzverbindlichkeiten	38.560	5.223	33.337	40.746	16.829	23.917
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen						
gegenüber fremden Dritten	7.381	7.381	0	8.184	8.184	0
aus erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen	75	75	0	93	93	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.456	7.456	0	8.277	8.277	0
Sonstige Verbindlichkeiten aus Steuern	1.374	1.374	0	1.540	1.540	0
(davon aus Ertragsteuern)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)
im Rahmen der sozialen Sicherheit	71	71	0	69	69	0
aus Teleporto	22.990	22.990	0	21.088	21.088	0
gegenüber Mitarbeitern	1.033	1.033	0	1.072	1.072	0
aus Derivaten	69	69	0	206	206	0
aus Abgrenzungsposten	11.550	11.550	0	11.581	11.581	0
übrige Verbindlichkeiten	5.325	5.012	313	6.688	6.312	376
Sonstige Verbindlichkeiten	42.412	42.099	313	42.244	41.868	376
Gesamt	88.428	54.778	33.650	91.267	66.974	24.293

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren sind zum Abschlussstichtag nicht zu verzeichnen (im Vorjahr TEUR 0).

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** bestehen gegenüber einem Bankenkonsortium und umfassen primär Darlehen zur Finanzierung des geleisteten Kaufpreises für die FP-Gruppe im Jahr 2005. Zum 31. Dezember 2013 betragen die Darlehen TEUR 32.000 (im Vorjahr TEUR 30.565 und TUSD 5.078) (wir verweisen an dieser Stelle auf unsere Ausführungen zum Konsortialdarlehensvertrag unter dem Punkt „Finanzinstrumente – beizulegende Zeitwerte und Risikomanagement“, 4. Liquiditätsrisiken, in Abschnitt IV).

Gemäß dem am 31. Dezember 2013 bestehenden Konsortialdarlehensvertrag ist für die einzelnen Darlehen ein an den EURIBOR gekoppelter Zins festgelegt. Diese Zinssätze wurden über verschiedene Derivatgeschäfte abgesichert (wir verweisen an dieser Stelle auf unsere Ausführungen zu Derivatgeschäften unter dem Punkt

„Finanzinstrumente – beizulegende Zeitwerte und Risikomanagement“, 2. Zinsrisiken, in Abschnitt IV).

Aus den 2013 eingegangenen Finanzierungsvereinbarungen resultieren im Jahr 2014 voraussichtlich TEUR 3.300 Rückführung des Gesamtkreditvolumens; diese Beträge werden entsprechend als mit einer Restlaufzeit von unter einem Jahr in der obigen Tabelle ausgewiesen. Die übrige Kreditfinanzierung wird als mit einer Laufzeit von über einem Jahr angesehen.

Die zukünftig zu leistenden Leasingzahlungen lassen sich wie in Tz. 25 erläutert auf die Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingverträgen überleiten.

Die Laufzeiten der Leasingverträge betragen überwiegend bis zu 75 % der wirtschaftlichen Nutzungsdauer. Im Anschluss an die Grundlaufzeit besteht in der Regel die Möglichkeit, die Verträge zu verlängern oder die Gegenstände gegen einen zuvor festgelegten Betrag zu übernehmen. Der Buchwert der an Dritte vermieteten

Anlagen beträgt TEUR 4.560 (im Vorjahr TEUR 2.549). Der Buchwert der geleasten Anlagen inklusive der zuvor genannten Weitervermietungen beträgt zum 31. Dezember 2013 TEUR 7.510 (im Vorjahr TEUR 5.928). Im Zusammenhang mit den Leasingverhältnissen wurden Kauttionen im Gesamtbetrag von TEUR 84 (im Vorjahr TEUR 108) geleistet. Insgesamt entfielen auf Leasingverhältnisse Zahlungen in Höhe von TEUR 551 (im Vorjahr TEUR 1.111), die in der Berichtsperiode als Aufwand erfasst wurden.

Die Verbindlichkeiten aus **Teleporto** betreffen treuhänderisch verwaltete Kundengelder.

Die Verbindlichkeiten aus **Abgrenzungsposten** in Höhe von TEUR 11.550 beinhalten die aus den Zahlungseingängen abgegrenzten Umsatzerlöse aus den Finanzierungsleasingverträgen.

(22) FINANZINSTRUMENTE

Im Rahmen der operative Tätigkeit ist der FP-Konzern im Finanzbereich Kredit-, Liquiditäts- sowie Marktrisiken ausgesetzt. Die Marktrisiken betreffen insbesondere Zinsänderungs- und Währungskursrisiken. Detaillierte Angaben über das Risikomanagement und die Steuerung der Risiken sind im Folgendem unter Punkt Risikomanagement dargestellt. Die folgenden Ausführungen beziehen sich ausschließlich auf quantitative Auswirkungen der Risiken im Geschäftsjahr.

Die oben beschriebenen Risiken wirken sich in den nachfolgenden finanziellen Vermögenswerten und Schulden aus. Die nachstehende Tabelle zeigt die beizulegenden Zeitwerte und Buchwerte von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Schulden:

KLASSEN VON FINANZINSTRUMENTEN Werte in TEUR	Beizulegende Zeitwerte 31.12.2013	Beizulegende Zeitwerte 31.12.2012	Buchwerte 31.12.2013	Buchwerte 31.12.2012
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte				
Beteiligungen	Nicht verfügbar	Nicht verfügbar	199	176
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte				
Wertpapiere	680	680	680	680
Derivative Finanzinstrumente mit positiven Zeitwerten	81	11	81	11
Kredite und Forderungen				
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	17.067	17.648	17.067	17.648
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	5.737	4.749	5.737	4.749
Forderungen aus Finanzierungsleasing	2.550	3.338	1.990	2.735
Liquide Mittel	28.990	26.028	28.990	26.028
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	31.160	33.575	33.294	36.554
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.456	8.277	7.456	8.277
Sonstige finanzielle Schulden	27.824	27.187	27.824	27.187
Verpflichtungen aus Finanzierungs- leasingverhältnissen	5.520	3.751	5.267	4.202
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten				
Derivative Finanzinstrumente mit negativen Zeitwerten	69	206	69	206

Die verwendete Bewertungstechnik einschließlich der relevanten Inputfaktoren für die finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, ergibt sich aus folgender Übersicht:

KLASSEN VON FINANZINSTRUMENTEN Werte in TEUR	Beizulegende Zeitwerte 31.12.2013	Beizulegende Zeitwerte 31.12.2012	Bewertungstechnik	Wesentliche nicht beobachtbare In- putfaktoren	Hierarchie
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte					
Wertpapiere	680	680	Quotierter Marktpreis	nicht anwendbar	Stufe 1
Derivative Finanzinstrumente mit positiven Zeitwerten	81	11	Marktvergleichsverfahren: Die beizulegenden Zeitwerte basieren auf Preisnotierungen von Brokern	nicht anwendbar	Stufe 2
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten					
Derivative Finanzinstrumente mit negativen Zeitwerten	69	206	Marktvergleichsverfahren: Die beizulegenden Zeitwerte basieren auf Preisnotierungen von Brokern	nicht anwendbar	Stufe 2

Zwischen den Bewertungsklassen der Finanzinstrumente erfolgte im Berichtsjahr keine Umgruppierung.

Der Stufe 1 werden beizulegende Zeitwerte zugeordnet, die als quotierte Marktpreise jederzeit verfügbar sind. Der Stufe 2 werden beizulegende Zeitwerte zugeordnet, die auf Basis von direkt oder indirekt beobachtbaren Parametern ermittelt werden. Der Stufe 3 liegen Bewertungsparameter zugrunde, die nicht auf beobachtbaren Marktdaten beruhen.

Die beizulegenden Zeitwerte der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte werden auf Basis von Börsenkursen (Stufe 1) beziehungsweise abgezinsten Zahlungsflüssen (Stufe 3) ermittelt.

Die Erläuterung zur Veränderung der beizulegenden Zeitwerte ist in den entsprechenden Ausführungen der Bilanzposten enthalten.

Risikomanagement

Der FP-Konzern ist im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit bestimmten finanziellen Risiken ausgesetzt, die insbesondere Währungsschwankungen, Zinsänderungsrisiken, Liquiditätsrisiken und Forderungsausfälle umfassen. Das übergeordnete Risikomanagementsystem des Konzerns berücksichtigt die Unvorhersehbarkeit der Finanzmärkte und ist darauf ausgerichtet, negative Auswirkungen auf die Ertragslage des Konzerns zu minimieren. Zur Erreichung dieses Zieles bedient sich der Konzern bestimmter Finanzinstrumente.

Zu weiteren Informationen hinsichtlich qualitativer Angaben zum Risikomanagement und zu den Finanzrisiken verweisen wir auf den Risikobericht im Konzernlagebericht.

Weitere wesentliche Risikokonzentrationen in Bezug auf die Finanzinstrumente sind nicht erkennbar. Der Handlungsrahmen, die Verantwortlichkeiten, die finanzwirtschaftliche Berichterstattung und die Kontrollmechanismen für Finanzinstrumente sind durch konzerninterne Regelungen festgelegt. Hierzu gehört eine Funktionstrennung zwischen Erfassung und Kontrolle der Finanzinstrumente. Die Währungs-, Zinsänderungs- und Liquiditätsrisiken des FP-Konzerns werden zentral gesteuert.

1. Fremdwährungsrisiken

Aufgrund seiner internationalen Ausrichtung ist der FP-Konzern im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit Fremdwährungsrisiken ausgesetzt. Fremdwährungsrisiken resultieren aus Bilanzpositionen und aus schwebenden Geschäften in Fremdwährungen sowie aus allen Mittelzuflüssen und Mittelabflüssen in Fremdwährungen. Um diese Risiken zu begrenzen, werden derivative Finanzinstrumente eingesetzt.

Wechselkursschwankungen können zu unerwünschten und unvorhergesehenen Ergebnis- und Cashflow-Volatilitäten führen. Jede FP-Gesellschaft ist Risiken im Zusammenhang mit Wechselkursänderungen ausgesetzt, wenn sie Geschäfte mit internationalen Vertragspartnern abschließt und daraus in der Zukunft Zahlungsströme entstehen, die nicht der funktionalen Währung der jeweiligen FP-Gesellschaft entsprechen. Das Unternehmen reduziert das Risiko, indem es Geschäftstransaktionen (Verkäufe und Zukäufe von Produkten und Dienstleistungen sowie Investitions- und Finanzierungsaktivitäten) hauptsächlich in der jeweiligen funktionalen Währung abrechnet. Außerdem gleicht es das Fremdwährungsrisiko zum Teil dadurch aus, dass es Güter, Rohstoffe und Dienstleistungen in der entsprechenden Fremdwährung beschafft.

Den operativen Einheiten ist es untersagt, aus spekulativen Gründen Finanzmittel in Fremdwährungen aufzunehmen und/oder anzulegen. Konzerninterne

Finanzierungen oder Investitionen werden bevorzugt in der jeweiligen funktionalen Währung durchgeführt. Die Unternehmensfinanzierung wird von dem Konzernsitz Birkenwerder aus organisiert und durchgeführt.

Im Berichtsjahr wurden im Finanzergebnis Erträge aus Umrechnungsdifferenzen in Höhe von TEUR 667 (im Vorjahr TEUR 1.875) sowie Aufwendungen in Höhe von TEUR 905 (im Vorjahr TEUR 2.334) erfasst.

Die Fremdwährungsrisiken aus den künftig erwarteten Zahlungseingängen in US-Dollar sowie Britischen Pfund werden zu einem wesentlichen Teil abgesichert. Am 20. Dezember 2013 wurde zur Absicherung gegen Kursänderungsrisiken im Zusammenhang mit den erwarteten Zahlungseingängen in Britischen Pfund (GBP) und US Dollar (USD) insgesamt 27 Devisentermingeschäfte mit Banken aus dem Konsortium abgeschlossen. Es handelt sich dabei um: Devisen-Termin-Geschäfte mit variabler Fälligkeit (nachfolgend auch „DTG“), Termingeschäfte mit Partizipation (nachfolgend auch „Part. 50 %“) sowie ein Forwardgeschäft (nachfolgend auch „Forw.“). Die Konditionen der Verträge sowie die Marktwerte zum 31. Dezember 2013 sind aus folgender Tabelle ersichtlich:

Lfd. Nr.	Absicherungsbetrag	Art	Fälligkeitstag / Ausübungsfrist	Absicherungskurs zum EUR	Marktwert
1	USD 900.000	DTG	21.1.-31.1.2014	1,3681	5.212,20
2	USD 900.000	Part. 50%	28.2.2014	1,3980	-1.686,45
3	USD 900.000	Forw.	19.3.2014	1,3840/1,3320	1.485,71
4	USD 900.000	DTG	14.4.-30.4.2014	1,3685	5.058,70
5	USD 450.000	DTG	19.5.-30.5.2014	1,3685	2.375,20
6	USD 225.000	DTG	17.6.-30.6.2014	1,3683	1.298,46
7	USD 450.000	Part. 50%	31.7.2014	1,3980	1.066,24
8	USD 450.000	DTG	15.8.-29.8.2014	1,3720	1.449,55
9	USD 90.000	DTG	16.9.-30.9.2014	1,3727	260,24
10	USD 500.000	DTG	17.9.-30.9.2014	1,3690	2.591,82
11	USD 550.000	Part. 50%	31.10.2014	1,3980	2.478,88
12	USD 450.000	DTG	14.11.-28.11.2014	1,3725	1.405,05
13	USD 450.000	Part. 50%	31.12.2014	1,4055	-2.555,72
14	GBP 350.000	DTG	20.1.-31.1.2014	0,8388	-2.472,20
15	GBP 350.000	DTG	13.2.-28.2.2014	0,8393	-1.362,11
16	GBP 350.000	DTG	17.3.-31.3.2014	0,8398	-3.143,17
17	GBP 350.000	DTG	17.4.-30.4.2014	0,8393	-1.079,17
18	GBP 350.000	DTG	15.5.-30.5.2014	0,8398	-1.269,86
19	GBP 350.000	DTG	16.6.-30.6.2014	0,8406	-3.190,56
20	GBP 350.000	DTG	17.7.-31.7.2014	0,8401	-1.074,92
21	GBP 350.000	DTG	14.8.-29.8.2014	0,8408	-1.321,80
22	GBP 350.000	DTG	16.9.-30.9.2014	0,8415	-3.181,85
23	GBP 350.000	DTG	20.10.-31.10.2014	0,8410	-2.354,15
24	GBP 175.000	DTG	13.11.-28.11.2014	0,8380	567,87
25	GBP 175.000	DTG	17.11.-28.11.2014	0,8414	-525,16
26	GBP 175.000	DTG	11.12.-30.12.2014	0,8431	-1.698,64
27	GBP 175.000	DTG	12.12.-30.12.2014	0,8418	-1.184,45

Sämtliche Änderungen der Marktwerte der vorgenannten Kontrakte haben sich im Konzernergebnis niederschlagen. Die angegebenen Marktwerte werden seitens der Kreditinstitute ermittelt und bestätigt.

Die Nettorisikoposition der finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Fremdwährungen stellt sich wie folgt dar:

In Tausend	31.12.2013	
	GBP	USD
Erwartete Cashflows für 2014	6.000	18.000
Devisentermingeschäfte für 2014	4.200	7.200
Nettorisiko	1.800	10.800

Nachfolgend sind die erwarteten Cash-Abflüsse aus dem ehemaligen US-Dollar-Darlehen dargestellt:

In Tausend	31.12.2013		31.12.2012	
	EUR	USD	EUR	USD
Ungesichertes Bankdarlehen	0	0	0	-2.588
Gesichertes Bankdarlehen	0	0	0	-2.490
Nettorisiko in TEUR	0	0	0	-5.078

Die nachfolgende Aufstellung zeigt die Sensitivität des Konzernergebnisses vor Steuern und des Konzerneigenkapitals in Abhängigkeit von möglichen Änderungen von für die FP-Gruppe relevanten Wechselkursen (USD; GBP) – ceteris paribus. Als Bezugsgröße für die ermittelten Sensitivitäten wurden die derivativen Geschäfte verwendet.

in TEUR	Kursentwicklung der Fremdwährung in Prozentpunkten	Auswirkung auf das Konzernergebnis vor Steuern	Auswirkung auf das Eigenkapital
2013			
USD	+5 %	-262	-262
	-5 %	213	213
GBP	+5 %	-285	-285
	-5 %	220	220
2012			
USD	+5 %	-282	-282
	-5 %	219	219
GBP	+5 %	-35	-35
	-5 %	15	15

2. Zinsrisiken

Das Risiko von Schwankungen der Marktzinssätze, dem der FP-Konzern ausgesetzt ist, resultiert überwiegend aus den langfristigen Verbindlichkeiten mit einem variablen Zinssatz. Der Finanzbereich des Konzerns steuert die Zinsrisiken mit dem Ziel, das Zinsergebnis des Konzerns zu optimieren sowie das gesamte Zinsänderungsrisiko zu minimieren. Der Finanzierungsbedarf von Unternehmen des FP-Konzerns wird über konzerninterne Darlehen bzw. konzerninterne Verrechnungskonten gedeckt.

Am 20. Dezember 2013 wurden Zinssicherungsgeschäfte mit Banken des Konsortiums abgeschlossen (Angaben zum Konsortialdarlehen unter Abschnitt I., Tz. 4). Dabei handelt es sich um fünf Zins-Swap-Geschäfte (nachfolgend „Swap“) für das Tilgungsdarlehen sowie fünf Zinsbegrenzungs-geschäfte in Form von Höchstsatzvereinbarungen (nachfolgend „Cap“) für das Darlehen auf revolvingender Basis.

Im Rahmen der Zins-Swap-Geschäfte tauscht der Konzern variable 6-Monats-EURIBOR-Zinszahlungen gegen einen Festzinssatz in der Bandbreite von 1,0 – 0,88 % p. a. für den Zeitraum vom 30. Juni 2014 bis 30. Dezember 2016. Der Marktwert dieser Swaps beträgt zum 31. Dezember 2013 TEUR -41 (31. Dezember 2012: TEUR -202). Die Swaps werden halbjährlich ausgeglichen. Gemäß den im Konsortialdarlehensvertrag definierten, planmäßig vorzunehmenden Tilgungen reduziert sich die Höhe des jeweiligen Bezugsbetrags über die Laufzeit.

Im Rahmen der Cap-Geschäfte deckelt der Konzern die variablen 3-Monats-EURIBOR-Zinszahlungen des revolvingenden Darlehens mit einer Cap-Rate von 1,00 %. Der Bezugsbetrag bleibt bei jedem einzelnen Cap-Geschäft über die Vertragslaufzeit konstant. Der Marktwert der Caps beträgt zum 31. Dezember 2013 TEUR 55 (31. Dezember 2012: TEUR 0). Die Caps werden vierteljährlich ausgeglichen.

Die Konditionen der Verträge sowie die Marktwerte zum 31. Dezember 2013 sind aus folgenden beiden Tabellen ersichtlich:

Lfd. Nr.	Art	Anfangsdatum	Enddatum	Bezugsbetrag am Anfang in EUR	Bezugsbetrag am Ende in EUR	Festsatz	Marktwert in EUR
1	Swap	30.6.2014	30.9.2016	2.916.666,67	1.249.999,99	0,90 %	-11.860,79
2	Swap	30.6.2014	30.9.2016	2.616.498,74	349.496,22	0,88 %	-10.110,38
3	Swap	30.6.2014	19.10.2016	2.100.000,00	900.000,00	0,88 %	-7.630,31
4	Swap	30.6.2014	30.9.2016	1.866.900,00	800.700,00	0,90 %	-7.765,94
5	Swap	30.6.2014	30.12.2016	700.000,00	300.000,00	1,00 %	-3.759,60

Lfd. Nr.	Art	Anfangsdatum	Enddatum	Bezugsbetrag in EUR	Cap-Rate	Marktwert in EUR
6	Cap	31.3.2014	30.9.2016	4.166.666,67	1,00 %	14.013,82
7	Cap	31.3.2014	30.9.2016	4.150.000,00	1,00 %	16.703,20
8	Cap	30.6.2014	19.10.2016	3.000.000,00	1,00 %	10.212,12
9	Cap	31.3.2014	30.9.2016	2.666.666,00	1,00 %	9.987,67
10	Cap	31.3.2014	31.12.2016	1.000.000,00	1,00 %	4.344,34

Die Konditionen der Verträge sowie die Marktwerte zum 31. Dezember 2012 sind aus folgenden beiden Tabellen ersichtlich:

Lfd. Nr.	Art	Anfangsdatum	Enddatum	Bezugsbetrag am Anfang in EUR	Bezugsbetrag am Ende in EUR	Festsatz	Marktwert in EUR
1	Swap	31.08.11	31.12.13	USD 4.280.000	EUR 1.900.000	0,78 %	-5.120,86
2	Swap	30.08.11	31.12.13	USD 1.320.000	EUR 590.000	0,80 %	-486,27
3	Swap	31.08.11	31.12.13	EUR 8.920.000	EUR 8.340.000	1,55 %	-114.081,37
4	Swap	30.08.11	31.12.13	EUR 3.790.000	EUR 3.400.000	1,56 %	-36.963,05
5	Swap	31.08.11	31.12.13	EUR 3.420.000	EUR 2.960.000	1,53 %	-45.779,29

Die beizulegenden Zeitwerte bestehender Zinsderivate-geschäfte lassen sich nachstehender Tabelle entnehmen:

in TEUR	31.12.2013		31.12.2012	
	Vermö-genswerte	Schulden	Vermö-genswerte	Schulden
Zins-Swap-Geschäfte				
Beizulegender Zeitwert	0	41	0	202
Zins-Cap-Geschäfte				
Beizulegender Zeitwert	55	0	0	0

Sämtliche Änderungen der beizulegenden Zeitwerte haben sich im Konzernergebnis niedergeschlagen.

Variabel verzinsliche finanzielle Schulden bestehen ausschließlich in Form der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Sensitivität des Konzernergebnisses vor Steuern und des Konzerneigenkapitals gegenüber einer nach vernünftigen Ermessen möglichen Änderung der Zinssätze. Alle anderen Variablen bleiben konstant. Als Bezugsgröße für die Sensitivität wurde der durchschnittliche jährliche Darlehensbestand verwendet.

	Veränderung in Prozentpunkten	Auswirkungen auf das Konzernergebnis vor Steuern in TEUR	Auswirkung auf das Eigenkapital in TEUR
2013	+1%	-348	-348
	-1%	+348	+348
2012	+1%	-365	-365
	-1%	+365	+365

3. Ausfallrisiken

Die bilanzierte Höhe der finanziellen Vermögenswerte gibt das maximale Ausfallrisiko für den Fall wieder, dass Kontrahenten ihren vertraglichen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Für alle den originären Finanzinstrumenten zugrunde liegenden Leistungsbeziehungen gilt, dass zur Minimierung der Ausfallrisiken in Abhängigkeit von Art und Höhe der jeweiligen Leistung Sicherheiten verlangt werden, Kreditauskünfte / Referenzen eingeholt werden oder historische Daten aus der bisherigen Geschäftsbeziehung (etwa Betrachtung des Zahlungsverhaltens) zur Vermeidung von Zahlungsausfällen genutzt werden. Gemäß den Allgemeinen Geschäftsbedingungen von Francotyp-Postalia besteht bei Kauf ein Eigentumsvorbehalt an der Kaufsache bis zum Eingang aller Zahlungen. Befindet sich bei einer Vermietung einer Maschine ein Kunde in Zahlungsverzug oder verweigert ein Mieter trotz Fristsetzung die Durchführung des Mietvertrags, so ist der Kunde neben der Zahlung eines Schadensersatzes verpflichtet, den Mietgegenstand an Francotyp-Postalia bei Vertragskündigung zurückzugeben.

Den erkennbaren Ausfallrisiken von Forderungen sowie den allgemeinen Kreditrisiken wird durch entsprechende Einzel- und Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen. Eine Altersstruktur der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen findet sich in Abschnitt IV., Tz. 13, des vorliegenden Anhangs. Aus dieser Altersstruktur sind auch die Überfälligkeiten erkennbar.

Bei den sonstigen finanziellen Vermögenswerten (wie liquide Mittel, zur Veräußerung verfügbare Finanzinstrumente und derivative Finanzinstrumente) entspricht das maximale Kreditrisiko bei Ausfall des Kontrahenten dem jeweils ausgewiesenen Buchwert. Altersstrukturen für die sonstigen finanziellen Vermögenswerte werden nicht angegeben, da es keine entsprechenden überfälligen, nicht wertberichtigten Vermögenswerte gibt.

Im Übrigen verweisen wir auf unsere Angaben in Abschnitt IV., Tz. 22 Finanzielles Risikomanagement, des vorliegenden Anhangs.

4. Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätsrisiken des Konzerns bestehen darin, dass möglicherweise finanziellen Verpflichtungen nicht mehr nachgekommen werden kann (etwa Tilgung von Finanzschulden, Bezahlung von Zulieferern oder Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Finanzierungsleasing und aus den Restrukturierungsmaßnahmen). Der FP-Konzern begrenzt diese Risiken durch ein Working-Capital- sowie Cash-Management. Den Liquiditätsrisiken wird weiterhin mit einer Liquiditätsvorschau für den gesamten Konzern begegnet. Zusätzlich wird die Liquiditätssituation durch die Finanzierung von Investitionen in vermietete Erzeugnisse über Sale-and-lease-Back-Geschäfte verbessert.

Ergänzend zu den oben genannten Instrumenten der Liquiditätssicherung verfolgt der FP-Konzern kontinuierlich die sich an den Finanzmärkten bietenden Finanzierungsmöglichkeiten. Zentrales Ziel dabei ist, die finanzielle Flexibilität des Konzerns zu sichern und Finanzierungsrisiken zu begrenzen.

Finanzverbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen Darlehen zur Finanzierung des Kaufpreises der FP-Gruppe. Seit dem Börsengang wurden die Akquisitionsdarlehen sowie eine Akquisitions- und Capex-Linie zu einer Fazität zusammengefasst.

Mit Datum vom 19. April 2013 wurde ein neuer Konsortialdarlehensvertrag über EUR 45.000.000 zwischen der Francotyp-Postalia Holding AG und der Francotyp-Postalia GmbH als Darlehensnehmer und Garanten und einem Bankenkonsortium als Darlehensgeberin abgeschlossen. Das Darlehen setzt sich aus einem Darlehen A (Tilgungsdarlehen in Höhe von bis zu EUR 15.000.000) und einem Darlehen B (Darlehen in Höhe von bis zu EUR 30.000.000 auf revolving Basis) zusammen. Dem Darlehensvertrag nach sind mit den Darlehen, vorrangig mit Darlehen A, zunächst die alten Konsortialdarlehen abzulösen. Darüber hinaus dienen sie allgemeinen betrieblichen Zwecken, wobei Darlehen B insbesondere zur Finanzierung des weiteren Aufbaus des Vermietgeschäfts der Francotyp-Postalia Inc. (USA) verwendet werden kann.

In Anrechnung auf das Darlehen B können die Darlehensnehmer über die Abzweiglinien Banken bilaterale Abzweiglinien in Form einer Kontokorrent- und/oder Avallinie bis einen Bankarbeitstag vor Endfälligkeit in Anspruch genommen werden. Die Abzweiglinie darf für jede Abzweiglinien den Betrag von EUR 3.000.000 bzw. für beide EUR 6.000.000 zu keinem Zeitpunkt übersteigen und jede Abzweiglinienvereinbarung muss eine Laufzeit bis zur Endfälligkeit vorsehen.

Die Darlehen haben eine Laufzeit von drei Jahren und sechs Monaten ab Unterzeichnung des Darlehensvertrages. Es besteht für beide Darlehen eine Verlängerungsoption für weitere achtzehn Monate.

Mit Schreiben vom 10. Juni 2013 kündigte FP den alten Konsortialdarlehensvertrag vom 21. Februar 2011 und löste unter Zuhilfenahme der neuen Konsortialdarlehen am 25. Juni 2013 die finanziellen Verpflichtungen aus dem alten Konsortialdarlehensvertrag in Höhe von TEUR 29.535 und TUSD 4.953 ab.

Zum Bilanzstichtag verfügt der FP-Konzern über nicht genutzte Kreditlinien in Höhe von EUR 8,3 Mio.

Zu den Fälligkeiten der derivativen Verbindlichkeiten verweisen wir auf unsere Ausführungen zu den Zinsrisiken in Abschnitt IV., „Finanzinstrumente – beizulegende Zeitwerte und Risikomanagement“.

Die Verbindlichkeiten aus Finanzierungs-Leasing, die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die sonstigen Verbindlichkeiten stammen hauptsächlich aus der Finanzierung von in den fortgeführten Aktivitäten genutzten operativen Vermögenswerten (etwa Sachanlagen) und aus Investitionen innerhalb des Working Capital (zum Beispiel Vorräte und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen). Der Konzern berücksichtigt diese Vermögenswerte bei der effektiven Steuerung des gesamten Liquiditätsrisikos.

Die folgende Tabelle zeigt die aus dem Konsortialdarlehensvertrag resultierenden Cashflows einschließlich geschätzter Zinszahlungen sowie die Zahlungen aus damit in Zusammenhang stehenden derivativen Finanzinstrumenten. Neben den genannten Darlehen in Höhe von TEUR 32.000 (im Vorjahr TEUR 34.416) bestanden weitere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von TEUR 994 (im Vorjahr TEUR 2.128).

in TEUR	Buchwert per 31.12.2013	Cashflows		
		2014	2015	2016
Darlehen	-32.000	-4.166	-4.038	-26.747
Zinssicherung	14	-104	-104	0
		-4.270	-4.038	-26.747

in TEUR	Buchwert per 31.12.2012	Cashflows	
		2013	2014
Darlehen	-34.416	-14.403	-21.425
Währungssicherung	8	8	0
Zinssicherung	-202	-202	0
		-14.598	-21.425

In Abschnitt IV., Tz. 21, sind auch die vertraglich fixierten Cashflows aus Finanzierungsleasing differenziert nach Restlaufzeiten zu entnehmen.

Bei den sonstigen finanziellen Schulden (siehe Abschnitt IV., Tz. 22 c Finanzielles Risikomanagement) entspricht der ausgewiesene Buchwert jeweils dem Zahlungsmittelabfluss im Folgejahr.

Nettogewinne und Nettoverluste aus Finanzinstrumenten

Wie im Vorjahr gibt es keine Nettogewinne bzw. Nettoverluste in der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“.

Die Nettogewinne bzw. Nettoverluste in der Kategorie „Zu Handelszwecken gehaltene Finanzinstrumente“ setzen sich aus den Fair-Value-Änderungen sowie Zinszahlungen zusammen. Für das Jahr 2013 ergibt sich danach ein Nettogewinn in Höhe von TEUR 80 (im Vorjahr TEUR 2). Der gesamte Nettogewinn schlägt sich wie im Vorjahr im Konzernergebnis nieder. Wertminderungen in dieser Kategorie betragen wie im Vorjahr TEUR 0.

Die Nettogewinne bzw. Nettoverluste aus der Kategorie „Kredite und Forderungen“ setzen sich zusammen aus Wertminderungen, Wertaufholungen und Fremdwährungseffekten. Für das Jahr 2013 ergibt sich danach ein Nettoverlust in Höhe von TEUR -141 (im Vorjahr TEUR -1.961). Im Übrigen verweisen wir auf Abschnitt IV., Tz. 13.

Für die Kategorie der zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten setzen sich die Nettogewinne bzw. Nettoverluste aus Fremdwährungseffekten und Abgangserfolgen zusammen. Für das Jahr 2013 ergibt sich danach ein Nettogewinn in Höhe von TEUR 366 (im Vorjahr TEUR 10).

Bilanzierung derivativer Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente werden ausschließlich außerhalb von Sicherungsbeziehungen im Sinne der IFRS eingesetzt. Die Bilanzierung erfolgt jeweils zum beizulegenden Zeitwert, und zwar ergebniswirksam.

Kapitalsteuerung

Maßgeblich für die Kapitalsteuerung des Konzerns ist die Kapitalstruktur. Die Steuerungsgröße für die Kapitalstruktur ist der Nettoverschuldungsgrad. Dieser ergibt sich aus dem Verhältnis der Netto-Schulden zum Eigenkapital.

Zu den ausgewählten Schulden zählen insbesondere die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (TEUR 33.294; im Vorjahr TEUR 36.544) sowie die Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing (TEUR 5.266; im Vorjahr TEUR 4.202). In die in dem Zusammenhang definierten Finanzmittel werden die eigenen Anteile (TEUR 1.829; im Vorjahr TEUR 1.829) und die Wertpapiere (TEUR 680; im Vorjahr TEUR 680) einbezogen sowie die Portoguthaben, die von der FP-Gruppe verwaltet werden (TEUR 22.990; im Vorjahr TEUR 21.088), herausgerechnet.

Der Nettoverschuldungsgrad wird fortlaufend überwacht. Dieser stellt sich wie folgt dar:

in TEUR	31.12.2013	31.12.2012*
Schulden	38.560	40.746
Finanzmittel	-8.509	-7.449
Nettoschulden	30.051	33.297
Eigenkapital	25.874	21.571
Nettoverschuldungsgrad	116%	154%

* Nach Anpassung aufgrund erstmaliger Anwendung von IAS 19R.

Mit der Kapitalsteuerung wird ein möglichst hohes Bonitätsrating angestrebt. Zudem soll Going Concern sichergestellt werden.

Im Berichtsjahr 2013 sind keine Änderungen bei den Zielen, Richtlinien und Verfahren für die Kapitalsteuerung zu verzeichnen.

Der FP-Konzern hat gemäß dem mit den Banken abgeschlossenen Konsortialdarlehensvertrag vier definierte Finanzkennzahlen (Covenants) einzuhalten. Es ist ein Kapitaldienstdeckungsgrad einzuhalten. D. h. das EBITDA, geteilt durch die Finanzierungskosten muss mindestens 2,5 betragen. Zudem darf ein definierter Verschuldungsgrad – ab 1. Januar 2014 in Höhe von maximal 2,25 – nicht überschritten werden. Dieser ergibt sich aus dem Verhältnis von Nettoverschuldung zum EBITDA, wobei diese beiden Werte gemäß Kreditvertragsdefinition bezogen auf bestimmte Positionen in geringem Umfang korrigiert werden. Daneben dürfen zeitlich gestaffelte, bereinigte Eigenmittel und Eigenmittelquoten nicht unterschritten werden.

Die zum 31. Dezember 2013 maßgeblichen Finanzkennzahlen wurden eingehalten. Bei einer Nichteinhaltung der Finanzkennzahlen hätte das Bankenkonsortium das vertragliche Recht gehabt, den Kredit fällig zu stellen.

Finanzielle Steuerungsgrößen

Die Steuerung des Konzerns erfolgt im Wesentlichen über die folgenden finanziellen Kennzahlen:

- Umsatz
- EBITDA
- EBIT
- Free Cashflow
- Nettoverschuldung

Damit stellt der FP-Konzern sicher, dass Entscheidungen immer das Spannungsfeld zwischen Wachstum, Profitabilität und Liquidität ausreichend berücksichtigen.

Der Umsatz dient der Messung des Erfolgs am Markt. Mit dem Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA) misst der Konzern die operative Leistungskraft und den Erfolg der einzelnen Geschäftseinheiten. Das EBIT, also der Gewinn vor Zinsen und Steuern, ist eine wichtige Kenngröße, ohne dass die Resultate durch schwankende Steuersätze, Zinsaufwendungen oder sonstige außerordentliche Faktoren verzerrt werden.

Mit der Berücksichtigung des Free Cashflow wird sichergestellt, dass die finanzielle Substanz des Konzerns erhalten bleibt. Der Free Cashflow ergibt sich aus dem Saldo von Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit abzüglich Investitionen. Ebenfalls eine wichtige Kennzahl ist die Nettoverschuldung, die sich aus den Nettoschulden abzüglich der Finanzmittel ergibt.

Die Entwicklung der Umsatzerlöse sowie das EBITDA-Ergebnis sind der Segmentberichterstattung in Abschnitt II. zu entnehmen.

(23) SICHERHEITEN

in TEUR	31.12.2013	31.12.2012
Bürgschaftsverpflichtungen	1.617	1.615
Verpfändung Wertpapiere	590	590
Gesamt	2.207	2.205

Die Bürgschaftsverpflichtungen beinhalten Mietbürgschaften für Büroflächen von Vertriebsniederlassungen, für Mietbürgschaften für Maschinen, Bürgschaften für Kontokorrentkredite, Portogebühren und eventuelle Erstattungsansprüche aus Subventionszahlungen.

Für den Konsortialdarlehensvertrag sind durch den Konzern folgende Kreditsicherheiten bestellt:

1. Grundschild auf das Betriebsobjekt in Wittenberge in Höhe von TEUR 1.000 (GB von Wittenberge, Blatt 5179);
2. (Anfänglich stille) Sicherungsabtretung von Forderungen aus Lieferung und Leistungen der folgenden Gesellschaften des Konzerns mit Sitz in Deutschland gegen Kunden oder gegen andere Gesellschaften des Konzerns: FP Holding, FP GmbH, freesort GmbH, FP International GmbH, Francotyp-Postalia Vertrieb und Service GmbH, FP Produktionsgesellschaft mbH, FP Direkt Vertriebs GmbH
3. Sicherungsübereignung des derzeitigen und künftigen Vorratsvermögens und mobilen Sachanlagevermögens der folgenden deutschen Gesellschaften des Konzerns: FP GmbH, freesort GmbH, FP International GmbH, Francotyp-Postalia Vertrieb und Service GmbH und FP Produktionsgesellschaft mbH

4. Sicherungsabtretungen von bestehenden und künftigen Forderungen aus Versicherungsverträgen, die mit den unter Ziffer 3 aufgeführten deutschen Gesellschaften des Konzerns bestehen

5. Verpfändungen der bestehenden und künftigen Markenrechte der Darlehensnehmer und Garanten, sofern diese nach deutschem Recht bestehen

6. Garantie der Francotyp-Postalia Inc. (USA), Ruys Handelsvereniging B. V. (Niederlande), Francotyp-Postalia Ltd., Großbritannien, die jeweils die gesicherten Ansprüche abdeckt

Der Buchwert des zur Sicherung abgetretenen bzw. übereigneten Vermögens der genannten deutschen Konzerngesellschaften betrug zum Bilanzstichtag TEUR 18.643 (im Vorjahr TEUR 80.138). Die Buchwerte verteilen sich wie folgt:

in TEUR	2013	2012
Immaterielle Vermögenswerte	0	18.799
Sachanlagevermögen	6.711	24.700
Anteile an assoziierten Unternehmen	0	163
Vorräte	5.037	9.730
Forderungen	7.890	14.555
Sonstige Vermögenswerte	0	8.691
Bankguthaben	0	3.500
Gesamt	18.643	80.138

Daneben garantierten die ausländischen Konzerngesellschaften Francotyp-Postalia Inc. (USA), Ruys Handelsvereniging B. V. (Niederlande), Francotyp-Postalia Ltd., Großbritannien, jeweils als zusätzliche Sicherheit den Darlehensgebern, unwiderruflich und unbedingt die Zahlung aller geschuldeten Beträge, sofern diese nicht rechtzeitig oder nicht in voller Höhe beglichen werden.

Die Sicherheiten dienen der Besicherung aller gegenwärtigen, bedingten und künftigen Forderungen der Darlehensgeber aus oder im Zusammenhang mit diesem Darlehensvertrag, einer Abzweiglinien-Vereinbarung oder den weiteren Finanzierungsdokumenten. Die genannten Sicherheiten können in Anspruch genommen werden, wenn seitens der FP-Gesellschaften unter dem Konsortialkreditvertrag oder den bilateralen Abzweiglinien fällige Zahlungen nicht geleistet werden. Per 31. Dezember 2013 beträgt der in Anspruch genommene Kredit TEUR 32.000.

Erhaltene Sicherheiten haben einen beizulegenden Zeitwert von TEUR 1.235 (im Vorjahr TEUR 1.251) und stehen dem FP-Konzern im Berichtsjahr ausschließlich kurzfristig zur Verfügung (im Vorjahr ebenso). Die Sicherheiten bestehen im Wesentlichen aus Mietkautionsbürgschaften und Bürgschaften für Warenlieferungen von Banken und einer Versicherung.

(24) SONSTIGE ANGABEN ZU OPERATE-LEASE-VERTRÄGEN

Die Nominalwerte der finanziellen Verpflichtungen aus Operate-Lease-Verträgen betragen zum 31. Dezember 2013 TEUR 27.670 (Vorjahr TEUR 20.601) und gliedern sich nach Fristen wie folgt auf:

31.12.2013 in TEUR	Gesamt	< 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre
Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen	27.670	14.036	9.446	4.188

31.12.2012 in TEUR	Gesamt	< 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre
Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen	20.601	12.498	7.585	518

Aus den Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen wurden solche Mietverpflichtungen eliminiert, die bereits als Drohverlustrückstellung bilanziell unter den sonstigen Rückstellungen abgebildet sind. Im Zusammenhang mit der Restrukturierung am Standort Birkenwerder sind per 31. Dezember 2013 TEUR 868 als Drohverlustrückstellung unter den sonstigen Rückstellungen erfasst (im Vorjahr TEUR 1.645).

Auf Bestellobligo entfallen TEUR 6.706 (im Vorjahr TEUR 5.459).

(25) SONSTIGE ANGABEN ZU FINANCE-LEASE-VERTRÄGEN

Die Nominalwerte der sonstigen finanziellen Verpflichtungen aus Finance-Lease-Verträgen betragen zum 31. Dezember 2013 TEUR 5.266 (im Vorjahr TEUR 4.202) und gliedern sich nach Fristen wie folgt auf:

In TEUR	Künftige Mietleasing-zahlungen		Zinszahlungen		Barwert der künftigen Mietleasingzahlungen	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Unter einem Jahr	2.233	1.899	310	297	1.923	1.602
Zwischen einem und fünf Jahren	3.558	2.826	215	226	3.343	2.600
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	5.791	4.725	525	523	5.266	4.202

(26) EVENTUALFORDERUNGEN UND -VERBINDLICHKEITEN

Der FP-Konzern führt als Marktteilnehmer auf einem umkämpften Markt naturgemäß eine Reihe von Rechtsstreitigkeiten. Betroffen ist insbesondere die Francotyp-Postalia Vertrieb und Service GmbH, die mehrere außergerichtliche und gerichtliche Wettbewerbsstreitigkeiten mit Konkurrenzunternehmen führt und dabei sowohl als Anspruchsteller als auch als Anspruchsgegner auftritt. Inhalt dieser Streitigkeiten sind Werbemethoden gegenüber Kunden sowie das Auftreten am Markt. Diese Verfahren sind auf das Unterlassen von wettbewerbswidrigem Verhalten gerichtet und haben keine wesentliche wirtschaftliche Bedeutung. Im Fall des Unterliegens kann auf andere Werbemaßnahmen ausgewichen werden. Auch die Francotyp-Postalia GmbH führt mehrere Verfahren gegen Wettbewerber wegen Verstößen gegen Marken- und Patentrechte, von denen nach aktueller Einschätzung kein größeres Risiko für die Gesellschaft ausgeht.

Neopost hat außergerichtlich mehrere Patentverletzungen geltend gemacht. Diese Vorwürfe werden zurzeit geprüft. Eine abschließende Bewertung ist noch nicht möglich. Sollten sich die Patentverletzungen bestätigen, besteht die Gefahr, dass Neopost Patentverletzungs- und Schadensersatzklagen gegen FP anstrengt.

Wesentlich könnte allerdings die Klage der SBW Vermögensverwaltungs GmbH vom 9. März 2011 sein, in der sie Ansprüche gegenüber der FP Holding geltend gemacht hat. Die angeblichen Ansprüche resultieren aus dem von der FP Holding geschlossenen Kaufvertrag über Anteile an der iab-Gruppe. Eingeklagt werden EUR 1.518.750,00. Die Forderung wird mit Ansprüchen auf den erhöhten Kaufpreis aus dem Unternehmenskaufvertrag sowie der angeblichen Unzulässigkeit der teilweisen Zahlung mit Aktien der Beklagten begründet. Mit Urteil vom 8. November 2011 hat das Landgericht Neuruppin die Klage abgewiesen. Gegen das Urteil hat die SBW Vermögensverwaltungs GmbH fristgerecht Berufung eingelegt und begründet. Das Prozessrisiko wird seitens des Konzerns weiterhin als gering eingeschätzt.

V. SONSTIGE ANGABEN

ERLÄUTERUNGEN ZUR KAPITALFLUSSRECHNUNG

Die Kapitalflussrechnung des FP-Konzerns weist die Entwicklung der Zahlungsströme getrennt nach Mittelzuflüssen und Mittelabflüssen aus der betrieblichen Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit aus.

Aus dem Finanzmittelbestand wurden Portoguthaben, die von der FP-Gruppe verwaltet werden, herausgerechnet. Die entsprechende Gegenposition ist in den sonstigen Verbindlichkeiten enthalten. Die Zahlungsmittel bzw. Zahlungsmitteläquivalente sowie die sonstigen Verbindlichkeiten werden deshalb in der Kapitalflussrechnung saldiert ausgewiesen. Der Finanzmittelbestand errechnet sich daher wie folgt:

in TEUR	31.12.2013	31.12.2012
Liquide Mittel	28.990	26.028
zuzüglich Wertpapiere	680	680
Kurzfristige Verbindlichkeiten aus verwalteten Portoguthaben	-22.990	-21.088
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	6.680	5.620

Da bei dem neuen Konsortialdarlehensvertrag auch Banken beteiligt sind, die bereits beim alten Konsortialdarlehensvertrag beteiligt waren und es sich um eine Anschlussfinanzierung handelt, erfolgte die Darstellung der mit der Konzernfinanzierung verbundenen Mittelflüsse netto.

Mitarbeiter

Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter verteilt sich regional wie folgt:

LAND	2013	2012
Deutschland	678	711
USA	111	116
Großbritannien	93	94
Niederlande	54	53
Kanada	36	38
Italien	22	22
Österreich	20	21
Belgien	18	24
Schweden	18	20
Singapur	8	8
Frankreich	5	4
Gesamt	1.063	1.111

Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter verteilt sich wie folgt auf die Segmente:

SEGMENT	2013	2012
Vertrieb Deutschland	483	493
Vertrieb International	376	391
Produktion	181	211
Zentrale Funktionen	23	16
Gesamt	1.063	1.111

Vorstand und Aufsichtsrat (Zusatzangaben nach HGB)

Der Vorstand der FP Holding bestand im Berichtszeitraum 2013 wie auch im Vorjahr 2012 aus zwei Personen, wobei es im Berichtsjahr zu einem Wechsel kam. Herr Thomas Grethe löste Herrn Andreas Drechsler als Vorstand zuständig für Vertrieb ab.

Dem Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand der Francotyp-Postalia Holding AG nach stellen sich die Zuständigkeiten der Vorstandsmitglieder wie folgt dar:

Name	Bestellung	Ende der Bestellung	Zuständigkeitsbereiche
Hans Szymanski Diplom-Ökonom	Dezember 2008	Dezember 2014 (im Februar 2014 vorzeitig verlängert bis zum 31. Dezember 2016)	<ul style="list-style-type: none"> - Strategische Geschäftsentwicklung - Produktion / Logistik / Einkauf - Qualitätsmanagement - Entwicklung - Informationstechnik - Compliance - Personal / Recht - Finanzen / Controlling / Rechnungswesen
Thomas Grethe Bankkaufmann und Betriebswirt	Juni 2013	Juni 2016	<ul style="list-style-type: none"> - Vertrieb Deutschland / International - Strategische Geschäftsentwicklung - Produktmanagement - Marketing / Brand Management - Corporate Communication - Interne Revision
Andreas Drechsler Diplom-Kaufmann	Februar 2009	Juni 2013	<ul style="list-style-type: none"> - Vertrieb Deutschland / International - Strategische Geschäftsentwicklung - Produktmanagement - Marketing / Brand Management - Corporate Communication - Interne Revision

Seit dem 1. Januar 2011 ist Herr Szymanski Vorstandssprecher.

Die Vorstandsmitglieder waren im Geschäftsjahr 2013 außerhalb des FP-Konzerns in keinen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten oder vergleichbaren in- oder ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen vertreten.

Folgende Übersicht zeigt die Mitglieder des Aufsichtsrats der Francotyp-Postalia Holding AG mit ihren Tätigkeiten außerhalb der Gesellschaft und mit sonstigen Verwaltungs-, Management- oder Aufsichtsratsmandaten bzw. Mandaten bei vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen:

Name	Berufliche Tätigkeit	Sonstige Verwaltungs- oder Aufsichtsratsmandate bzw. Mandate bei vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien
Klaus Röhrig (Mitglied und stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats seit 1. April 2013; Vorsitzender seit 9. April 2013)	– Geschäftsführender Gesellschafter der Mercury Capital Unternehmensberatungs-GmbH, Wien, Österreich	– keine
Dr. Claus C. R. Gerckens (Vorsitzender des Aufsichtsrats vom 27. Juni 2012 bis 9. April 2013; stellvertretender Vorsitzender vom 9. April 2013 bis 27. Juni 2013)	– Gesellschafter-Geschäftsführer der GVG Industrieverwaltungs GmbH, Augsburg – Geschäftsführer der Vermögensverwaltung Königsdorf GmbH, Augsburg – Gesellschafter-Geschäftsführer der Butenfeld Vermögensverwaltungs GmbH, Augsburg	– Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats der International School Augsburg – ISA – gGmbH, Augsburg
Robert Feldmeier (Mitglied des Aufsichtsrats seit 28. Juli 2012; stellvertretender Vorsitzender seit 27. Juni 2013)	– Geschäftsführer der Unigloves GmbH, Siegburg – Geschäftsführer der Unigloves Service und Logistik GmbH, Troisdorf – Unigloves Arzt- und Klinikbedarfshandels Gesellschaft mbH, Troisdorf-Spich	– keine
Felix Hölzer (Mitglied des Aufsichtsrats vom 27. Juni 2012 bis 31. März 2013, stellvertretender Vorsitzender vom 31. Juli 2012 bis 31. März 2013)	– Geschäftsführender Gesellschafter des Investmentunternehmens Novum Capital Beratungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main – Geschäftsführer der Novum Capital Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main – Geschäftsführer der ES-Plastic GmbH, Passau – Geschäftsführer der ES-Plastic Verwaltungsgesellschaft mbH – Geschäftsführer der E. S. – Plastik Grundstücksverwaltungs GmbH	– keine
Botho Oppermann (Mitglied des Aufsichtsrats seit 27. Juni 2013)	– Geschäftsführender Gesellschafter der Internet Business Solutions Nord UG (haftungsbeschränkt), Wentorf bei Hamburg – Geschäftsführender Gesellschafter der Internet Business Solutions Süd UG (haftungsbeschränkt), Wentorf bei Hamburg – Geschäftsführender Gesellschafter der Internet Business Solutions Ost UG, (haftungsbeschränkt), Wentorf bei Hamburg – Geschäftsführender Gesellschafter der Internet Business Solutions West UG, (haftungsbeschränkt), Wentorf bei Hamburg	– Präsident des Verwaltungsrates der Internet Business Solutions AG, Boppelsen, Schweiz – Aufsichtsrat der ID Information und Dokumentation im Gesundheitswesen GmbH & Co. KGaA, Berlin – Verwaltungsrat der ID Suisse AG, St. Gallen, Schweiz – Verwaltungsrat der HCG Holding AG, Zug, Schweiz

Aktionärsstruktur (Zusatzangaben nach HGB)

Die Francotyp-Postalia Holding AG hat im Geschäftsjahr 2013 von ihren Anteilseignern gemäß § 21 Abs. 1 WpHG folgende Mitteilungen erhalten und gemäß § 26 Abs. 1 WpHG und § 26a WpHG veröffentlicht:

Veröffentlichung vom 9. Januar 2013

Die 3R Investments Ltd., Limassol, Zypern, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 27. Dezember 2012 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 20. Dezember 2012 die Schwelle von 10 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 10,27 % (das entspricht 1.660.000 Stimmrechten) betragen hat.

Die Tamolino Import & Advisory LP, Limassol, Zypern, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 27. Dezember 2012 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 20. Dezember 2012 die Schwelle von 10 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 10,27 % (das entspricht 1.660.000 Stimmrechten) betragen hat.

10,27 % der Stimmrechte (das entspricht 1.660.000 Stimmrechten) sind der Gesellschaft gemäß § 22 Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 WpHG von der 3R Investments Ltd. zuzurechnen.

Die Tamolino Investments Ltd., Limassol, Zypern, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 27. Dezember 2012 mitgeteilt,

dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 20. Dezember 2012 die Schwelle von 10 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 10,27% (das entspricht 1.660.000 Stimmrechten) betragen hat.

10,27% der Stimmrechte (das entspricht 1.660.000 Stimmrechten) sind der Gesellschaft gemäß §22 Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 WpHG von der 3R Investments Ltd. über die Tamolino Import&Advisory LP zuzurechnen.

Herr Klaus Röhrig, Österreich, hat uns gemäß §21 Abs. 1 WpHG am 27. Dezember 2012 mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 20. Dezember 2012 die Schwelle von 10 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 10,27% (das entspricht 1.660.000 Stimmrechten) betragen hat.

10,27% der Stimmrechte (das entspricht 1.660.000 Stimmrechten) sind Herrn Klaus Röhrig gemäß §22 Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 WpHG von der 3R Investments Ltd. über die Tamolino Import&Advisory LP und die Tamolino Investments Ltd. zuzurechnen.

Veröffentlichung vom 18. Januar 2013

Die ARGOS FUNDS SICAV, Luxemburg, Luxemburg, hat uns gemäß §21 Abs. 1 WpHG am 18. Januar 2013 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 26. April 2012 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,09% (das entspricht 500.000 Stimmrechten) betragen hat.

Die ARGOS INVESTMENT MANAGERS SA, Meyrin, Schweiz hat uns gemäß §21 Abs. 1 WpHG am 18. Januar 2013 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 26. April 2012 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,09% (das entspricht 500.000 Stimmrechten) betragen hat. 3,09% der Stimmrechte (das entspricht 500.000 Stimmrechten) sind der Gesellschaft gemäß §22 Abs. 1, Satz 1, Nr. 6 WpHG von der ARGOS FUNDS SICAV zuzurechnen.

Veröffentlichung vom 21. Januar 2013 gemäß §27a WpHG

Die 3R Investments Ltd, Limassol, Zypern, die Tamolino Import&Advisory LP, Limassol, Zypern, die Tamolino Investments Ltd., Limassol, Zypern, und Herr Klaus Röhrig, Wien, Österreich, haben uns gemäß §27a WpHG

am 18. Januar 2013 im Zusammenhang ihrer Mitteilung gemäß §21 Abs. 1 WpHG und der Überschreitung der 10%-Schwelle der Stimmrechtsanteile vom 27. Dezember 2012 ihre Investorenerklärung übersandt.

Ziele des Erwerbs der Stimmrechte gemäß §27a Abs. 1 Satz 3 WpHG:

1. Der Erwerb von Stimmrechten durch die Mitteilenden erfolgt zum Zweck eines längerfristigen Investments und dient der Umsetzung strategischer Ziele. Als Finanzinvestoren streben die Mitteilenden ferner zu einem späteren Zeitpunkt eine Veräußerung ihrer Beteiligung an der Francotyp-Postalia Holding AG an.
2. Die Mitteilenden beabsichtigten, innerhalb der nächsten zwölf Monate bei geeigneten Marktbedingungen weitere Stimmrechte an der Francotyp-Postalia Holding AG durch Erwerb oder auf sonstige Weise zu erlangen.
3. Die Mitteilenden streben eine der Bedeutung ihrer Beteiligung an der Francotyp-Postalia Holding AG entsprechende Repräsentation im Aufsichtsrat der Gesellschaft an. Eine Veränderung der Besetzung des Vorstands wird derzeit nicht angestrebt.
4. Die Mitteilenden streben keine wesentliche Änderung der Kapitalstruktur der Francotyp-Postalia Holding AG, insbesondere im Hinblick auf das Verhältnis von Eigen- und Fremdfinanzierung an. Langfristig wird die Zahlung einer Dividende angestrebt.

Herkunft der zum Kauf der Stimmrechte verwendeten Mittel gemäß §27a Abs. 1 Satz 4 WpHG:

Die Mitteilenden haben teilweise Eigenmittel und teilweise Fremdmittel zur Finanzierung des Erwerbs der Stimmrechte verwendet.

Veröffentlichung vom 31. Januar 2013

Die LRI Invest S.A., Munsbach, Luxemburg, hat uns gemäß §21 Abs. 1 WpHG am 31. Januar 2013 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 30. Januar 2013 die Schwelle von 5 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 4,95% (das entspricht 800.000 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichung vom 1. Februar 2013

Die Amiral Gestion, Paris, Frankreich, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 31. Januar 2013 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 30. Januar 2013 die Schwelle von 5 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 4,35 % (das entspricht 703.651 Stimmrechten) betragen hat.

Gemäß § 22 Abs. 1, Satz 1, Nr. 6 WpHG halten Sextant grand Large und Sextant PEA (Mutual funds) direkt 3 % oder mehr der Stimmrechte, die der Amiral Gestion zugerechnet werden.

Veröffentlichung vom 7. Februar 2013

Die HANSAINVEST GmbH, Hamburg, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 6. Februar 2013 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 31. Januar 2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,39 % (das entspricht 547.179 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichung vom 8. Februar 2013

Die HANSAINVEST Hanseatische Investment-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hamburg, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 4. Februar 2013 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 31. Januar 2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,39 % (das entspricht 547.179 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichung vom 8. Februar 2013

Die AMIRAL GESTION, Paris, Frankreich, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 31. Januar 2013 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 30. Januar 2013 die Schwelle von 5 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 4,35 % (das entspricht 703.651 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichung vom 8. Februar 2013

Die HANSAINVEST Hanseatische Investment-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hamburg, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 31. Januar 2013 die Schwelle

von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,39 % (das entspricht 547.179 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichung vom 8. Februar 2013

Die AMIRAL GESTION, Paris, Frankreich, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 30. Januar 2013 die Schwelle von 5 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 4,35 % (das entspricht 703.651 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichung vom 11. Februar 2013

Die SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft, Dortmund, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 31. Januar 2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,39 % (das entspricht 547.179 Stimmrechten) betragen hat. Davon sind der SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft 3,39 % (547.179 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Zugerechnete Stimmrechte werden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechte an der Francotyp-Postalia Holding AG jeweils 3 % oder mehr betragen, gehalten: HANSAINVEST Hanseatische Investment-Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Die SIGNAL IDUNA Holding Aktiengesellschaft, Dortmund, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 31. Januar 2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,39 % (das entspricht 547.179 Stimmrechten) betragen hat. Davon sind der SIGNAL IDUNA Holding Aktiengesellschaft 3,39 % (547.179 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Zugerechnete Stimmrechte werden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechte an der Francotyp-Postalia Holding AG jeweils 3 % oder mehr betragen, gehalten: SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft, HANSAINVEST Hanseatische Investment-Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Die IDUNA Vereinigte Lebensversicherung aG für Handwerk, Handel und Gewerbe, Hamburg, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 31. Januar 2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,39 % (das entspricht 547.179 Stimmrechten) betragen hat. Davon sind der IDUNA Vereinigte Lebensversicherung aG für Handwerk, Handel und Gewerbe 3,39 % (547.179 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Zugerechnete Stimmrechte werden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechte an der Francotyp-Postalia Holding AG jeweils 3 % oder mehr betragen, gehalten: SIGNAL IDUNA Holding Aktiengesellschaft, SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft, HANSAINVEST Hanseatische Investment-Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Veröffentlichung vom 19. Februar 2013

Die LRI Invest S.A., Munsbach, Luxemburg, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 15. Februar 2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 2,48 % (das entspricht 400.000 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichung vom 28. März 2013

Die SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft, Dortmund, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 25. März 2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0 % (das entspricht 0 Stimmrechten) betragen hat.

Die SIGNAL IDUNA Holding Aktiengesellschaft, Dortmund, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 25. März 2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0 % (das entspricht 0 Stimmrechten) betragen hat.

Die IDUNA Vereinigte Lebensversicherung aG für Handwerk, Handel und Gewerbe, Hamburg, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 25. März 2013 die

Schwelle von 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0 % (das entspricht 0 Stimmrechten) betragen hat.

Zusatz zu den Stimmrechtsmitteilungen: Aufgrund der seit dem 25. März 2013 geltenden Unabhängigkeitserklärung für die HANSAINVEST Hanseatische Investment-GmbH werden die Stimmrechte nicht mehr zugerechnet.

Veröffentlichung vom 28. März 2013

Die AMIRAL GESTION, Paris, Frankreich, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 28. März 2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 2,67 % (das entspricht 430.839 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichung vom 29. Mai 2013

Die Ludic GmbH, Bad Oldesloe, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 24. Mai 2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,51 % (das entspricht 566.882 Stimmrechten) betragen hat.

Herr Tom Hiss, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 24. Mai 2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,51 % (das entspricht 566.882 Stimmrechten) betragen hat.

3,51 % der Stimmrechte (das entspricht 566.882 Stimmrechten) sind Herrn Tom Hiss gemäß § 22 Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 WpHG von der Ludic GmbH zuzurechnen.

Veröffentlichung vom 5. Juni 2013

Herr Axel Sven Springer, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 3. Juni 2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,13 % (das entspricht 505.988 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichung vom 1. Juli 2013

Herr Thomas Lange, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 26. Juni 2013 die Schwelle von 3 % und 5 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 7,02 % (das entspricht 1.134.688 Stimmrechten) betragen hat.

Davon waren ihm 7,02 % der Stimmrechte (das entspricht 1.134.688 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 WpHG zuzurechnen. Von folgenden Aktionären, deren Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG jeweils 3 % oder mehr beträgt, wurden ihm dabei Stimmrechte zugerechnet: Axel Sven Springer.

Herr Thomas Lange teilte uns ferner mit, dass er gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 WpHG i. V. m. § 22 Abs. 4 WpHG nur zur Ausübung der Stimmrechte für die Hauptversammlung der Francotyp-Postalia Holding AG vom 27. Juni 2013 bevollmächtigt war. Sein Gesamtstimmrechtsanteil nach der Hauptversammlung beträgt 0 % (entspricht 0 Stimmrechten).

Veröffentlichung vom 25. Juli 2013

Die Scherzer & Co. AG, Köln, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 23. Juli 2013 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 22. Juli 2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,02 % (das entspricht 488.486 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichung vom 21. August 2013

Die Saltarax GmbH, Hamburg, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 8. August 2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,59 % (das entspricht 580.706 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichung vom 24. Januar 2014

Die Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 21. Januar 2014 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 2,87 % (das entspricht 463.990 Stimmrechten) betragen hat.

BEZIEHUNGEN ZU NAHESTEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN

Dem FP-Konzern nahestehende Unternehmen und Personen im Sinne von IAS 24 sind assoziierte Unternehmen und nicht konsolidierte Tochtergesellschaften einerseits und andererseits Personen sowie Unternehmen, die einen maßgeblichen Einfluss auf die Finanz- und Geschäftspolitik des FP-Konzerns ausüben können; nahestehende Personen sind des Weiteren Personen, die in Schlüsselpositionen des berichtenden Unternehmens tätig sind (jeweils einschließlich naher Familienangehöriger). Unternehmen, deren Finanz- und Geschäftspolitik von den vorgenannten nahestehenden Unternehmen und Personen mindestens maßgeblich beeinflusst wird, gehören ebenfalls zu dem Kreis der Francotyp-Postalia nahestehenden Unternehmen und Personen.

Ein maßgeblicher Einfluss auf die Finanz- und Geschäftspolitik des FP-Konzerns kann auf einem Anteilsbesitz an der FP Holding von 20 % oder mehr, einem Sitz im Vorstand der FP Holding oder einer anderen Schlüsselposition im FP-Konzern sowie auf vertraglichen oder satzungsgemäßen Vereinbarungen beruhen.

Nahestehende Unternehmen und Personen des FP-Konzerns waren – neben den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats (sowie deren nahen Familienangehörigen) der FP Holding im Berichtsjahr:

- das assoziierte Unternehmen FP Data Center Inc., Japan
- die nicht konsolidierte Tochtergesellschaft FP Systems India Private Limited, Indien
- Mercury Capital Unternehmensberatungs- GmbH, Wien, Österreich (über ein Mitglied des Aufsichtsrates)
- GVG Industrieverwaltungs GmbH, Augsburg (über ein Mitglied des Aufsichtsrates)
- Königsdorf Vermögensverwaltungs- GmbH, Augsburg (über ein Mitglied des Aufsichtsrates)
- Butenfeld Vermögensverwaltungs GmbH, Augsburg (über ein Mitglied des Aufsichtsrates); Unigloves GmbH, Siegburg (über ein Mitglied des Aufsichtsrates)
- Geschäftsführer der Unigloves Service und Logistik GmbH, Troisdorf (über ein Mitglied des Aufsichtsrates)

- Unigloves Arzt- und Klinikbedarf Handelsgesellschaft mbH, Troisdorf-Spich (über ein Mitglied des Aufsichtsrates)
- Novum Capital Beratungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main (über ein Mitglied des Aufsichtsrats)
- Geschäftsführender Gesellschafter der Internet Business Solutions Nord UG (haftungsbeschränkt), Wentorf bei Hamburg (über ein Mitglied des Aufsichtsrates)
- Geschäftsführender Gesellschafter der Internet Business Solutions Süd UG (haftungsbeschränkt), Wentorf bei Hamburg (über ein Mitglied des Aufsichtsrates)
- Geschäftsführender Gesellschafter der Internet Business Solutions Ost UG, (haftungsbeschränkt), Wentorf bei Hamburg (über ein Mitglied des Aufsichtsrates)
- Geschäftsführender Gesellschafter der Internet Business Solutions West UG, (haftungsbeschränkt), Wentorf bei Hamburg (über ein Mitglied des Aufsichtsrates)
- Präsident des Verwaltungsrates der Internet Business Solutions AG, Boppelsen, Schweiz (über ein Mitglied des Aufsichtsrates)
- die CamTech GmbH, Berlin (über ein Mitglied des Vorstands).

An den Kreis der nahestehenden Unternehmen und Personen, die einen maßgeblichen Einfluss auf die Finanz- und Geschäftspolitik des FP-Konzerns haben, sind im Berichtsjahr 2013 insgesamt TEUR 0 (im Vorjahr TEUR 200) als Vergütungen gezahlt worden. Sachverhalte im Sinne des IAS 24.18 (b) bis (d) gab es im Berichtszeitraum nicht.

Wie im Vorjahresvergleichszeitraum stand die Franco-typ-Postalia GmbH in 2013 im Vertragsverhältnis mit der abcfinance GmbH, Köln. Angabegemäß ist Frau Dr. Barbara Gerckens Gesellschafterin (Kommanditistin) der Muttergesellschaft der abcfinance GmbH, der Wilh. Werhahn KG, Neuss. Frau Dr. Gerckens ist die Ehefrau von Dr. Claus Gerckens, der bis zum 27. Juni 2013 Aufsichtsrat der FP Holding war. Das Geschäftsvolumen belief sich 2013 auf TEUR 3.405 (im Vorjahr TEUR 540). Die Verbindlichkeiten aus diesen Geschäften betragen per 31. Dezember 2013 TEUR 2.782 (im Vorjahr TEUR 532).

Hinsichtlich der Gesamtbezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats verweisen wir auf den nachfolgenden Punkt „Gesamtbezüge von Vorstand und Aufsichtsrat“.

GESAMTBEZÜGE VON VORSTAND UND AUFSICHTSRAT

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Vergütung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2013. Diese umfasst nach DRS 17 die direkt oder indirekt geleisteten Vergütungsbestandteile. Der beizulegende Zeitwert der aktienbasierten Vergütung (Stock Options Tranche 2010) ist in Übereinstimmung mit DRS 17 bereits im Jahr der Gewährung der Zusage – im Geschäftsjahr 2010 – in den Gesamtbezügen ausgewiesen worden. Im Geschäftsjahr 2013 erfolgte keine neue Gewährung von Stock Options. Der im Geschäftsjahr 2013 gewährte Langfristbonus als nicht aktienbasierte Vergütung wird erst mit Eintritt der langfristigen Bedingungen im Vergütungsbericht gem. DRS 17 erfasst werden. Aufwandsbezogen sind im Jahresabschluss 2013 sowohl der Langfristbonus für Herrn Grethe in Höhe von TEUR 13,0 als auch jeweils die variable einjährige Vergütung in Höhe der wahrscheinlichen Zielerreichung erfolgswirksam erfasst worden.

In Bezug auf den Vergütungsbericht gemäß § 315 Abs. 2 Nr. 4 Satz 1 HGB verweisen wir auf den Konzernlagebericht. Gem. DRS 17 stellt sich die Gesamtvergütung wie folgt dar:

in TEUR		Herr Szymanski			
		2010	2011	2012	2013
Erfolgsunabhängige Komponente	Festvergütung	168	203	240	253
	Nebenleistungen	11	11	15	11
	Summe	179	214	255	265
Erfolgsbezogene Komponente					
ohne langfristige Anreizwirkung	Einjährige variable Vergütung	128	44	30	80 ¹⁾
mit langfristiger Anreizwirkung	Mehrjährige variable Vergütung				
	Stock Options Plan 2010	213	0	0	0
	Langzeitbonus	0	0	0	0
	Summe	341	44	30	80
Versorgungsaufwand	Versorgungsaufwand	76	76	76	76
Gesamtvergütung	Gesamtsumme	596	334	361	420

1) Im Geschäftsjahr 2013 zusätzlich periodenfremder Aufwand i. H. v. TEUR 50 erfasst.

in TEUR		Herr Grethe (Vorstandsmitglied ab 15.6.2013)	
		2012	2013
Erfolgsunabhängige Komponente	Festvergütung	0	119
	Nebenleistungen	0	6
	Summe	0	125
Erfolgsbezogene Komponente			
ohne langfristige Anreizwirkung	Einjährige variable Vergütung	0	20
mit langfristiger Anreizwirkung	Mehrjährige variable Vergütung		
	Stock Options Plan 2010	0	0
	Langzeitbonus ¹⁾	0	0
	Summe	0	20
Versorgungsaufwand	Versorgungsaufwand	0	2
Gesamtvergütung	Gesamtsumme	0	147

1) Nicht aktienbasierte Vergütungen werden nach DRS 17 in der Gesamtvergütung erfasst, wenn die an die Zusage geknüpften Bedingungen erfüllt sind, aufwandswirksam wurden im Jahresabschluss 2013 eine Rückstellungen in Höhe der wahrscheinlichen Zielerreichung berücksichtigt (TEUR 13).

Für das im Geschäftsjahr 2013 ausgeschiedene Vorstandsmitglied ergibt sich folgende anteilige Vergütung:

in TEUR		Herr Drechsler (Vorstandsmitglied bis zum 3.6.013)			
		2010	2011	2012	2013
Erfolgsunabhängige Komponente	Festvergütung	152	177	210	224
	Nebenleistungen	15	15	18	15
	Summe	167	192	228	239
Erfolgsbezogene Komponente					
ohne langfristige Anreizwirkung	Einjährige variable Vergütung	128	44	30	42
mit langfristiger Anreizwirkung	Mehrjährige variable Vergütung				
	Stock Options Plan 2010	213	0	0	0
	Langzeitbonus	0	0	0	0
	Summe	341	44	30	42
Versorgungsaufwand	Versorgungsaufwand	76	76	76	76
Gesamtvergütung	Gesamtsumme	584	312	334	357

Von der im Geschäftsjahr 2010 gewährten aktienbasierten Vergütungen aus dem Aktienoptionsplan 2010 entfielen auf Herrn Szymanski und Herrn Drechsler jeweils TEUR 213 bzw. jeweils 180.000 Optionen. Im Zeitraum bis zum 31. Dezember 2013 wurden keine weiteren Optionen gewährt. Der Ausübungszeitpunkt für die Optionen beginnt im Geschäftsjahr 2014.

Die in den obigen Tabellen als Versorgungsaufwand ausgewiesenen Beträge sind Zuschüsse zur Altersvorsorge und Teil der an die Vorstände gezahlten fixen Entgelte.

Die Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus den nach steuerlichen Vorgaben anzusetzenden Werten aus der Dienstwagenutzung.

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber den aktiven Vorstandsmitgliedern sind wie im Vorjahr nur unwesentliche Beträge zurückgestellt (2013: TEUR 3; 2012: TEUR 2).

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Vorstandsmitgliedern der Francotyp-Postalia Holding AG sind zum 31.12.2013 TEUR 744 (i.Vj. TEUR 536). Den Rückstellungen wurden im Berichtsjahr 2013 TEUR 43 (im Vorjahr TEUR 54) zugeführt.

Jedes Mitglied des Aufsichtsrats erhält neben dem Ersatz seiner baren Auslagen und seiner ihm für die Aufsichtsratsstätigkeit etwa zur Last fallenden Umsatzsteuer geschäftsjährlich eine feste im letzten Monat des Geschäftsjahres zahlbare Vergütung in Höhe von TEUR 30. Für den Vorsitzenden beträgt die feste Vergütung ab dem Geschäftsjahr 2009 150 % und für seinen Stellvertreter 125 % der Vergütung für das normale Aufsichtsratsmitglied.

Die Festvergütung des Aufsichtsrats betrug für das Geschäftsjahr 2013 TEUR 113 (im Vorjahr TEUR 93).

ABSCHLUSSPRÜFERHONORAR

Die Hauptversammlung hat, basierend auf einer Empfehlung des Aufsichtsrats, die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, zur Abschlussprüferin für das Geschäftsjahr 2013 gewählt. Das für Dienstleistungen der Abschlussprüferin im Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar stellt sich wie folgt dar:

in TEUR	2013	2012
Abschlussprüfungsleistungen	312	276
Steuerberatungsleistungen	124	86
Sonstige Leistungen	154	195
Gesamt	590	557

Von dem im Berichtsjahr 2013 berechneten Honorar entfallen TEUR 22 (im Vorjahr TEUR 68) auf Vorjahre.

Die ermittelten Angaben umfassen nur die rechtlich selbstständigen Einheiten des bestellten Abschlussprüfers.

WESENTLICHE EREIGNISSE NACH DEM ABSCHLUSSSTICHTAG

Im Februar 2014 hat der Aufsichtsrat der Francotyp-Postalia Holding AG den bestehenden Vorstandsvertrag mit Hans Szymanski vorzeitig bis zum 31. Dezember 2016 verlängert. Szymanski ist seit Dezember 2008 Vorstand und seit November 2010 Vorstandssprecher des FP-Konzerns. Er verantwortet die Bereiche Finanzen, strategische Geschäftsentwicklung, Produktion, IT, Forschung und Entwicklung sowie Personal und Recht.

Im Berichtsjahr 2013 erfolgte keine Dividendenausschüttung. Der Vorstand wird dem Aufsichtsrat und der ordentlichen Hauptversammlung 2014 vorschlagen, den Bilanzgewinn von EUR 6.937.894,40 wie folgt zu verwenden:

in EUR	
Ausschüttung von EUR 0,08 Dividende je	
dividendenberechtigter Stückaktie	1.263.164,48
Gewinnvortrag	5.674.729,86
Bilanzgewinn	6.937.894,40

Darüber hinaus sind nach dem Ende des Geschäftsjahres keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, die eine nennenswerte Auswirkung auf die Ertrags-, Finanz- oder Vermögenslage des FP-Konzerns gehabt hätten.

CORPORATE GOVERNANCE

Vorstand und Aufsichtsrat der Francotyp-Postalia Holding AG haben eine Erklärung zum Corporate Governance Kodex nach §161 AktG abgegeben und diese Erklärung auf der Internetseite der Gesellschaft (www.fp-francotyp.com/FP/unternehmen/investoren/corporate-governance/entsprechenserklärung) dauerhaft zugänglich gemacht.

BEKANNTMACHUNGEN IM ELEKTRONISCHEN BUNDESANZEIGER

Der Konzernabschluss 2013 der FP-Gruppe sowie der Jahresabschluss 2013 der Francotyp-Postalia Holding AG werden im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht. Die Bekanntmachungen werden unter Beifügung von Abschlussunterlagen beim Unternehmensregister eingereicht.

Die Francotyp-Postalia GmbH, die Francotyp-Postalia Vertrieb und Service GmbH, die FP Hanse GmbH, die FP Direkt Vertriebs GmbH, Francotyp-Postalia International GmbH, FP InovoLabs GmbH, Frankiersend UG (haftungsbeschränkt) sowie die Francotyp-Postalia Unterstützungseinrichtung GmbH sind gemäß § 264 Abs. 3 HGB i. V. m. § 325 HGB jeweils von der Verpflichtung zur Veröffentlichung ihres Jahresabschlusses 2013 befreit. Die genannten Gesellschaften sind zugleich auch von der Verpflichtung zur Aufstellung eines Lageberichts 2013 gemäß § 264 Abs. 3 HGB i. V. m. § 289 HGB befreit.

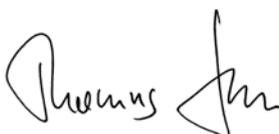
Die entsprechenden Beschlüsse wurden beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers eingereicht, die jeweilige Bekanntmachung wurde veranlasst.

Birkenwerder, 31. März 2014

Vorstand der Francotyp-Postalia Holding AG



Hans Szymanski
Vorstandssprecher



Thomas Grethe
Vorstand

ENTWICKLUNG DER IMMATERIELLEN VERMÖGENSWERTE UND SACHANLAGEN VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2012, ANGEPASST ¹⁾

in TEUR	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten					Stand 31.12.2012
	Vortrag 1.1.2012	Währungs- differenzen	Sonstige Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	
IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE ²⁾						
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	19.108	1	2.433	0	8.408	29.950
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	88.368	128	655	1.067	147	88.231
Immaterielle Vermögenswerte einschließlich Kunden- listen	107.476	129	3.088	1.067	8.555	118.181
Geschäfts- oder Firmenwert	22.922	0	0	0	0	23.791
Noch nicht abgeschlossene Entwicklungsprojekte und Anzahlungen	11.882	0	2.751	0	-8.498	6.135
Gesamt	142.280	129	5.839	1.067	57	148.107
SACHANLAGEN ²⁾						
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	1.243	3	515	0	800	2.561
Technische Anlagen und Maschinen	5.703	-2	225	2.390	197	3.733
Andere Anlagen und Betriebs- und Geschäftsausstattung	33.072	37	1.265	4.876	1.641	31.139
Vermietete Erzeugnisse	59.864	-887	3.984	14.939	11	48.033
Anlagen in Finanzierungsleasingverhältnissen	5.687	0	2.835	0	0	8.522
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.706	0	3	0	-2.706	3
Gesamt	108.275	-849	8.827	22.205	-57	93.991
Anlagevermögen gesamt	250.555	-720	14.666	23.272	0	242.098

1) Erläuterung zu den Änderungen: Siehe „Angabepflichtige Vorschriften nach IAS 8.41“.

2) Anhang (17)

	Abschreibungen und Wertminderungen					Buchwerte		
	Vortrag 1.1.2012	Währungs- differenzen	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Abgänge	Umbuchungen	Stand 31.12.2012	31.12.2012	1.1.2012
	15.265	2	1.843	0	1.000	18.110	11.840	3.843
	81.792	-18	1.475	909	4	82.344	5.887	6.576
	97.057	-16	3.318	909	1.004	100.454	17.727	10.419
	13.775	0	0	0	0	13.775	9.147	9.147
	1.000	0	0	0	-1.000	0	6.135	10.882
	111.832	-16	3.318	909	4	114.229	33.009	30.448
	185	3	89	0	0	277	2.284	1.058
	4.558	-2	326	2.316	15	2.581	1.152	1.145
	30.510	54	1.332	4.811	-19	27.066	4.073	2.562
	51.339	-556	4.212	14.694	0	40.301	7.732	8.525
	1.934	-9	669	0	0	2.594	5.928	3.753
	0	0	0	0	0	0	3	2.706
	88.526	-510	6.628	21.821	-4	72.819	21.172	19.749
	200.358	-526	9.946	22.730	0	187.048	54.181	50.197

ENTWICKLUNG DER IMMATERIELLEN VERMÖGENSWERTE UND SACHANLAGEN VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2013, ANGEPASST¹⁾

in TEUR	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten					Stand 31.12.2013
	Vortrag 1.1.2013	Währungs- differenzen	Sonstige Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	
IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE²⁾						
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	29.950	0	196	4	2.973	33.115
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	88.231	-428	312	940		87.175
Immaterielle Vermögenswerte einschließlich Kunden- listen	118.181	-428	508	944	2.973	120.290
Geschäfts- oder Firmenwert	22.922	0	0	0	0	22.922
Noch nicht abgeschlossene Entwicklungsprojekte und Anzahlungen	6.135	0	3.969	0	-2.973	7.131
Gesamt	147.238	-428	4.477	944	0	150.343
SACHANLAGEN²⁾						
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	2.561	-2	243	0	0	2.802
Technische Anlagen und Maschinen	3.733	-8	66	245	0	3.546
Andere Anlagen und Betriebs- und Geschäftsausstattung	31.139	-519	879	1.013	3	30.489
Vermietete Erzeugnisse	48.033	-2.606	5.918	5.727	0	45.618
Anlagen in Finanzierungsleasingverhältnissen	8.523	-175	3.164	96	0	11.415
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	3	0	36	0	-3	36
Gesamt	93.992	-3.310	10.306	7.081	0	93.907
Anlagevermögen gesamt	241.229	-3.738	14.783	8.025	0	244.249

1) Erläuterung zu den Änderungen: Siehe "Angabepflichtige Vorschriften nach IAS 8.41".

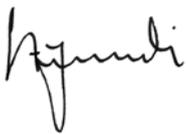
2) Anhang (17)

	Abschreibungen und Wertminderungen				Buchwerte			
	Vortrag 1.1.2013	Währungs- differenzen	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Wertminderungen	Abgänge	Stand 31.12.2013	31.12.2013	1.1.2013
	18.110	0	3.286	0	4	21.392	11.723	11.840
	82.344	-287	1.129	180	940	82.426	4.749	5.887
	100.454	-287	4.415	180	944	103.818	16.472	17.727
	13.775	0	0	0	0	13.775	9.147	9.147
	0	0	0	0	0	0	7.131	6.135
	114.229	-287	4.415	180	944	117.593	32.750	33.009
	277	-2	106	0	0	381	2.421	2.284
	2.581	-8	175	0	235	2.513	1.033	1.152
	27.066	-506	1.339	0	968	26.931	3.558	4.073
	40.301	-3.272	4.130	0	6.001	35.558	10.060	7.732
	2.594	-72	1.457	0	73	3.906	7.509	5.928
	0	0	0	0	0	0	36	3
	72.819	-3.860	7.207	0	7.277	69.289	24.617	21.172
	187.048	-4.147	11.622	180	8.221	186.882	57.367	54.181

Versicherung der gesetzlichen Vertreter nach §315 Abs. 1 Satz 6 und nach §289 Abs. 1 Satz 5 HGB

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Berlin, 31. März 2014



Hans Szymanski
Vorstandssprecher



Thomas Grethe
Vorstand

Bestätigungsvermerk

Wir haben den von der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Konzernbilanz, Konzern-Gesamtergebnisrechnung, Konzern-Kapitalflussrechnung, Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung und Konzernanhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Berlin, den 9. April 2014

KPMG AG – Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Großmann
Wirtschaftsprüfer

Unger
Wirtschaftsprüferin